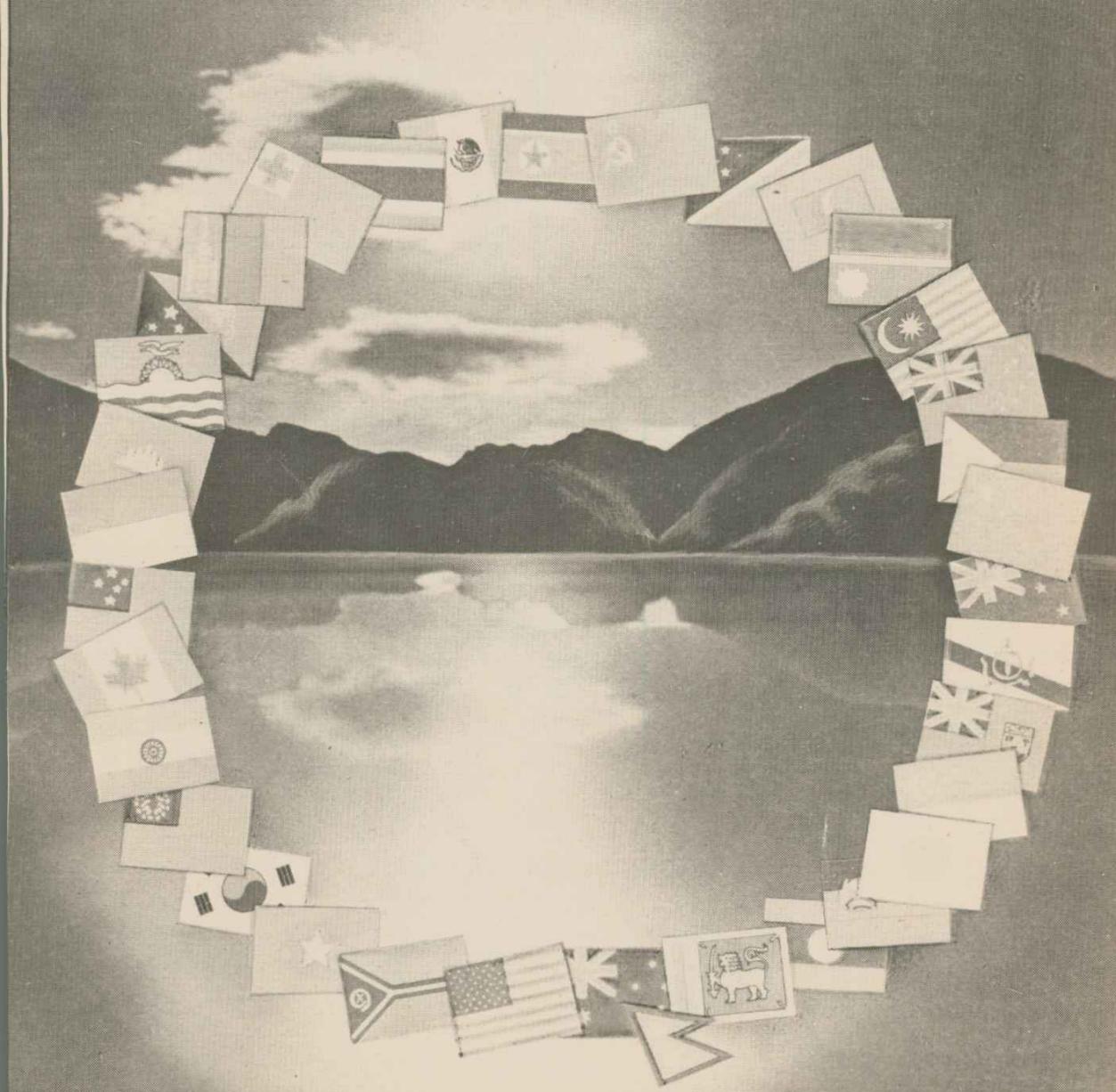


NEUE ZEIT

aus der 20. Auflage der LDK
"NEUE ZEIT"
1501 Plötzin, Orst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek





1920-INTERNATIONALES JAHR DES FRIEDENS

Im Kampf gegen ausländische Interventen und auch später, als sie ihren rechtmäßigen Platz in der Weltgemeinschaft behauptete, stand die Sowjetunion nie allein. Alle, die der Aufruf der Bolschewiki, den Raubkriegen und äußerer Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Völker ein Ende zu machen, begeistert hatte, standen zu ihrer Verteidigung bereit.

London, Januar 1919: Auf Initiative der Bergleute Yorkshires und South Wales, der Textilarbeiter von Lancashire und der Elektriker der britischen Hauptstadt wird auf einer nationalen Sonderkonferenz ein Komitee gegründet, das die Lösung ausgab: „Hände weg von



Rußland!“ Auf den Britischen Inseln entstehen um die 350 Aktionsräte. Sie fordern die Einstellung der antisowjetischen Intervention, die Aufhebung

der Blockade des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt.

Auch die französischen Arbeiter schlossen sich der Bewegung an. Sie antworteten mit Massenstreiks auf den Appell der revolutionären Mehrheit der Sozialistischen Partei, die sich gegen imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten Sowjetrußlands einzusetzen. Auf Kundgebungen italienischer Arbeiter zum 1. Mai wurden Forderungen laut, alle fremden

W. I. Lenin auf dem I. Komintern-Kongreß

Truppen aus Sowjetrußland abzuziehen.

Der revolutionäre Geist erfaßte auch die Interventionsstruppen. Am 20. April 1919 wehte die rote Fahne der Solidarität über dem Flaggschiff der französischen Flotte, dem Linienschiff „France“ und dem Panzerkreuzer „Jean Bart“, die in Sewastopol vor Anker lagen. In Odessa weigerte sich die Besatzung des Kreuzers „Waldeck-Rousseau“, auf Einheiten der Roten Armee zu schießen, die die Stadt angrißen. Im Norden der Republik verbrüdereten sich amerikanische Soldaten und Rotarmisten. Soldaten der britischen Expeditionstruppen gaben die Lösung aus: „Alle Interventionspläne gegen Rußland einstellen!“

Unter dem Einfluß der sozialistischen Revolution, die den Völkern Frieden auf ihre Fahnen geschrieben hatte, verstärkte das Klassenbewußtsein der Arbeiter auf dem Planeten. Lenin hatte guten Grund zu behaupten: „Wir haben also nicht deshalb gesiegt, weil wir stärker waren, sondern weil wir den Werktagen der Ententeländer näherstehen als ihre eigene Regierung.“

Tools and Machinery

Soviet Russia FOR YOU!

SOVIET RUSSIA

GIVE AT ONCE

TRACTORS, PLOUGHES, ETC.

International Tool D

FRIENDS OF

SOVIET RUSSIA

BUILD INTERNATIONAL GRADE UNION UNITY

FRIENDS OF THE WORLD UNITE!

I

DEFINITION OF FULL DIPLOMATIC AND TRADE RELATIONS WITH SOVIET RUSSIA

II

UNIVERSAL RESISTANCE BY THE ORGANISED BRITISH WORKERS AGAINST ATTACK ON SOVIET RUSSIA

III

CLOSEST POSSIBLE RELATIONS BETWEEN BRITISH AND RUSSIAN WORKERS

IV

DEVELOPMENT OF CO-OPERATIVE TRADE BETWEEN BRITAIN AND SOVIET RUSSIA

*I pledge myself to support the above objects
Signed*

Issued by the National Committee of the Friends of Soviet Russia, 162 Buckingham Palace Road, London, SW1 - Emily Hobhouse, Hon. Sec.

Diese Flugblätter verteilen Freunde Sowjetrußlands in England und in den USA.

Fortsetzung des geschichtlichen Risses über Antikriegsideen Friedenskampf (s. Heft 1, 4, 6, 14, 17, 21, 24, 28)

WORT DES REDAKTEURS

DER AUFRUF DER SECHS

Wachsende Sorge um die Zukunft der Zivilisation, die Erkenntnis dessen, daß die Menschheit eine Geisel des Atomtods ist, das Bewußtsein der globalen Verantwortung für den Weltfrieden. Eben das sind die Motive der Gruppe führender Repräsentanten von sechs Staaten aus vier Kontinenten — Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Tansania und Schweden. Bereits über zwei Jahre setzen sich diese "Sechs von Delhi" dafür ein, daß die nukleare Abrüstung vorankommt.

Kürzlich trafen sich diese Sechs erneut, diesmal im mexikanischen Ixtapa — während des Jahrestages der Tragödie von Hiroshima und Nagasaki. Sie unterzeichneten die "Deklaration von Mexiko" — ein antimilitaristisches Dokument, das den Willen aller Menschen zum Ausdruck bringt. Es enthält einen leidenschaftlichen Aufruf zur Beendigung des Wettrüstens und zur Abrüstung, vor allem zur nuklearen Abrüstung. Endziel ist die Beseitigung der Massenvernichtungswaffen. Das müsse, wie sie erklärten, absolute Priorität haben und entspreche den Forderungen aller realistisch denkenden Menschen, aller Völker. Das deckt sich auch mit dem von der Sowjetunion vorgeschlagenen konkreten Programm für die vollständige Befreiung unseres Planeten von den Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000.

Jetzt aber, als erster Schritt, müssen alle Nukleartests unverzüglich eingestellt werden, wie die Teilnehmer des Treffens in Mexiko mit Nachdruck verlangen. Und da klingt Unterstützung für das gute Beispiel der Sowjetunion an, die sich bereits über ein Jahr an ihr einseitiges Moratorium für Nuklearexpllosionen hält, während im US-Bundesstaat Nevada ein Test nach dem anderen durchgeführt wird. Man versteht, an wen vor allem der Aufruf aus Ixtapa gerichtet ist.

Die führenden Repräsentanten der sechs Staaten lassen es nicht bei Aufrufen bewenden. Sie bieten erneut ihre praktische Hilfe bei der Schaffung von Mechanismen zur Kontrolle der Einhaltung eines solchen Moratoriums und später eines so lebenswichtigen Vertrages über ein vollständiges Verbot der Nuklearwaffentests an.

Eine Militarisierung des Weltraums zu verhindern und die Verträge über dessen ausschließlich friedliche Nutzung ebenso wie den ABM-Vertrag und SALT 2 strikt einzuhalten — das sind einige andere eindringliche Forderungen der Verfasser der "Deklaration von Mexiko".

Kurz gesagt, das Wesen dieses wichtigen, aktuellen Dokuments läßt sich so formulieren: Hiroshima und Nagasaki dürfen sich nicht wiederholen, die Menschheit muß in einer atomwaffenfreien Welt leben, in einer friedlichen Welt, ohne Zukunftsangst. Für eine solche Welt, für die Abrüstung zu kämpfen, ist Sache aller.

POST

Ich meine, die Wochen nach der Havarie von Tschernobyl werden in die Geschichte unserer "demokratischen" westlichen Gesellschaft als eine ihrer schändlichsten Seiten eingehen: In dieser ganzen Zeit war in unserer Presse kein Wort des Mitgefühls für das Sowjetvolk zu finden. Beliebige Tricks und Fälschungen, unverschämte Lügen — alles wurde eingesetzt, um ein verzerrtes Bild des Geschehens zu geben, um die Sowjetunion anzuprangern. Und das wäre doch gerade der geeignete Moment gewesen, über den Wert menschlicher Solidarität, über die gemeinsame Bewahrung unseres gemeinsamen Hauses, der Erde, nachzudenken.

Alfonso DI LUISO
Canosa Di Puglia, Italien

Der Grund, warum ich Ihnen schreibe, sind die in Heft 25 veröffentlichten Artikel über den heldenhaf ten Kampf der sowjetischen Menschen im Großen Vaterländischen Krieg. Jedes mal, wenn ich etwas darüber lese oder im Fernsehen sehe, schäme ich mich für die grausamen Menschen, die Ihrem Land so viel Leid zugefügt haben. Im vorigen Jahr waren mein Mann und ich im KZ Sachsenhausen. Zu gleicher Zeit befand sich dort auch eine sowjetische Reisegruppe. Wir haben uns so für das Handeln der Mörder geschämt! Ich bin glücklich, daß ich in der DDR geboren bin und hier leben kann. Das verdanke ich Ihrem Volk, den vielen unbekannten Soldaten, die Ihr Leben für das Glück der Menschen hingegeben haben. Jenny ZAUMEIL

Berlin, DDR

In Wladiwostok sprach Michail Gorbatschow von den Aufgaben der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Länder des asiatisch-pazifischen Raums. Bitte bringen Sie in der NZ Beiträge über die politische und wirtschaftliche Lage dort. B. LISGATSCHEW
Tschkalowsk, RSFSR

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

33

AUGUST
1986

Gründungsjahr 1943

3
Asiatisch-pazifischer Raum.
Komplexes Herangehen an die Sicherheit

8
UdSSR--Uruguay.
60 Jahre diplomatische Beziehungen

10
Frankreich.
Kurs auf Reprivatisierung

12
KDVR.
Flaggen über dem Tä-dong

14
Prozeß in Kabul

16
Neue Adressen der Einwohner von Tschernobyl

17
Europa als Entspannungslabor

19
Sozialistische Internationale.
Das Manifest von Lima

24
Sergej Antonow:
Der "Prozeß von Rom" ist noch nicht beendet

An unsere Abonnenten
Mit dem Heft 33/86 der "Neuen Zeit" bekommen Sie eine politisch informative Beilage "Nichtpaktgebundenenbewegung: Ziele, Prinzipien, Aktivitäten".

Die Redaktion

TITELBILD: A. Garanin

HOBOE
BPEMR

NEW
TIMES

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS



NACH

1222 TAGEN

des zermürbenden Prozesses braucht Sergej Antonow medizinische Behandlung und Erholung. Doch der mutige Bulgar ist fest entschlossen, den Kampf für Gerechtigkeit fortzuführen. Er verlangt, daß die absurd Anschuldigungen der italienischen Justiz gegen ihn und seine Landsleute endgültig zurückgezogen werden.

S. 24

VOLLE FREIHEIT

für das Privatkapital — das ist das Wesen der Wirtschaftsstrategie der Regierung Frankreichs. In den kom-

menden 5 Jahren sollen 65 staatliche Betriebe, Versicherungsgesellschaften und Banken verkauft werden. Doch wird das zur Steigerung der Produktion und der Beschäftigung führen? Werden andere akute Probleme gelöst werden?

S. 10

WAHRHEIT UND GERÜCHTE

US-Präsident Ronald Reagan richtete an Michail Gorbatschow einen vertraulichen Brief. In der amerikanischen Presse tauchten Informationen über seinen Inhalt auf. Was ist der Grund für dieses offensichtlich beabsichtigte Durchsickern von Informationen? Was sind die wahren Ziele jener, die das sanktioniert haben?

Ein politischer Kommentar von Nikolai Schischlin und Alexander Bowin

S. 26



„DER MANN AUS MARMOR“

so heißt ein bekannter Film Andrzej Wajdas. Ober den Prototyp des Helden dieses

Streifens, einen Warschauer Maurer, berichtet W. Gajuschkin aus der VR Polen.

S. 28

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMEMSKI, S. GOLIAKOW [Stellv. Chefredakteur], J. GUDKOW [Verantw. Sekretär], A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTSCHIK [Stellv. Chefredakteur], V. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], D. WOLSKI, V. ZOPPI Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

STREBEN NACH GUTER NACHBARSCHAFT

Georgi KIM

Korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

Unter allseitiger Berücksichtigung der heutigen Weltlage formulierte die UdSSR auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU eine Strategie zur Schaffung des allumfassenden internationalen Sicherheitssystems. Ein integrierender Teil dieser Strategie muß die Gewährleistung von Frieden und Stabilität im asiatischen und pazifischen Raum werden, denn dieser Raum ist neben Europa die wichtigste Zone der globalen Konfrontation. Deshalb studiert die Weltöffentlichkeit mit unvermindertem Interesse die Rede Michail Gorbatschows in Wladiwostok, worin er den dringendsten Problemen Asiens und des Pazifikraums große Beachtung schenkte.

In Asien lebt mehr als die Hälfte der ganzen Menschheit. In diesem geopolitischen Komplex bestehen Länder mit unterschiedlicher sozialer und politischer Ordnung und unterschiedlichem Wirtschaftsniveau, mit vielfältigen historischen, kulturellen und religiösen Traditionen nebeneinander. Nicht von ungefähr flammt gerade hier oft scharfe Konflikte und sogar Kriege auf. Aus Asien stammt folgende traurige Sage.

„Einst kamen die Völker, die früher in Hader miteinander gelegen hatten, überein, mit den Kriegen Schluß zu machen und einen gigantischen Turm zu bauen, der ihnen den Weg ins Himmelreich eröffnen würde. Die ersten Steine wurden einträchtig gelegt, Stockwerk um Stockwerk wuchs in den blauen Himmel. Doch je näher der Tag der Erfüllung des sehnlichsten Traums der Völker kam, desto stärker wurden die Zwistigkeiten, der Argwohn und das gegenseitige Mißtrauen zwischen ihnen, denn jedes Volk wollte der alleinige Herr über den Turm sein. Erneut kam es zu blutigen Kriegen, und in deren Feuer wurde das Werk vieler Generationen, dem nur noch die letzte Stufe fehlte, vernichtet. Als stummer Vorwurf und als Mahnung an die Menschen, die sich nicht einigen konnten, ist in Asien der Mount Everest, der höchste Gipfel der Erde, übriggeblieben.“

Zählebiges Erbe

Diese Sage offenbart die moralisch-ethischen Probleme der asiatischen Völker. Über Jahrtausende vermochten es die vielen Stämme und Völkerschaften des Kontinents trotz ihrer selbstlosen Arbeit nicht, miteinander in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben. Die

leidenschaftlichen Appelle der hervorragendsten Humanisten des Orients zur gegenseitigen Verständigung und Eintracht stießen leider auf chauvinistische und nicht selten rassenmäßige Vorurteile. Die Mächtigen dieser Welt schürten diese Leidenschaften, denn das Teile-und-herrsche-Prinzip diente ihren egoistischen Interessen ausgezeichnet. Auf diesem Prinzip hielt sich vier Jahrhunderte lang die „koloniale Bastille“, deren festester Pfeiler Asien war. Von dort schöpften fremdländische Unterdrücker Reichtümer. Aber in dieser ganzen Zeit staute sich dort eine Ladung Antikolonialismus auf, die in unserem Jahrhundert mit solcher Brisanz explodierte. „Im 20. Jahrhundert zu neuem Leben erwacht, hat Asien den weltweiten Fortschritt um vielfältige und originelle Erfahrungen beim Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit bereichert“, betonte Michail Gorbatschow.

Die Völker Asiens können darauf stolz sein, daß sie, auf die große Kraft der revolutionären Solidarität in unserer Epoche gestützt, als erste den Kampf für die Abschaffung des Kolonialsystems aufnahmen.

Gegenwärtig ist der Kolonialismus bereits zertrümmert, doch zählebig ist seine Hinterlassenschaft. Das zeigt sich auf die verschiedenste Weise. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU sagte: „Die durch den Kolonialismus verletzte Würde der Völker, das Erbe des Elends, des Analphabetentums, der Rückständigkeit, zugleich aber auch tief verwurzelte Vorurteile bilden Nährböden für Mißtrauen und Animositäten zwischen Völkern, darunter auch solchen, die in einem Staatsverband leben. Schwierigkeiten und Überbleibsel des Alten macht sich der Imperialismus zunutze, und so kommt es zu lokalen Konflikten, ethnischen und religiösen Zwistigkeiten und entsteht politische Instabilität.“

Ja, gerade in Asien wurden in der Nachkriegszeit die größten und grausamsten Kriege — in Korea und Vietnam — geführt. Auch jetzt sind die meisten gefährlichen Spannungsscherde auf diesem Kontinent konzentriert.

Die heutige politische Karte des asiatischen und pazifischen Raums ist überaus bunt. Neben Großmächten bestehen hier Dutzende Kleinststaaten mit eigentümlicher innerer Lebens- und Gesellschaftsordnung. Aber wie sehr sich diese Länder voneinander auch un-

terscheiden mögen, sehen sie sich alle vor die dringende Aufgabe gestellt, die Kunst des Lebens in guter Nachbarschaft, in Frieden und Zusammenarbeit zu meistern. Im Nuklearzeitalter, da die Menschheit ums Überleben ringt, gibt es keine vernünftige Alternative dazu. Am besten erkennen das wohl die Völker Asiens selbst, des einzigen Kontinents, der alle Schrecken der amerikanischen Atombombenabwürfe erlebt hat.

Als Orientologe bin ich ziemlich viel durch asiatische und pazifische Länder gereist, um ihr Leben, ihre wissenschaftlichen und kulturellen Zentren von weltweiter Bedeutung kennenzulernen, und davon gibt es dort nicht wenige. Zugleich aber sind Asien und Ozeanien ein Raum uferloser Armut und Rückständigkeit. Die wissenschaftlich-technische Revolution besteht dort in vielen Ländern neben den Produktivkräften längst vergangener Epochen. Nicht aus eigener Schuld befinden sich diese Länder am Rande der Entwicklung. Sie wurden versklavt und dann jahrhundertelang von fremden Kolonisatoren geplündert, die ihre Entwicklung vorsätzlich bremsten.

Vorteilhaft für alle

Im Pazifikraum liegen über 40 Staaten. Hier sind einzigartige Naturreichtümer konzentriert, doch mit Ausnahme der USA, Japans und Australiens haben nur einige Länder (die sogenannten neuen Industrieländer) in Asien greifbare Resultate in der Wirtschaft erzielt. Die übrigen Staaten, in denen der größere Teil der Bevölkerung dieser Region lebt, müssen noch viel tun, um ihren Platz im internationalen Austausch und in der internationalen Arbeitsteilung einzunehmen, denn sonst können sie weder die wirtschaftliche Selbständigkeit erreichen noch die dringendsten sozialen und kulturellen Probleme lösen.

In seiner Rede in Wladiwostok legte Michail Gorbatschow einige grundsätzlich neue Ideen dar, die die Herbeiführung der internationalen Sicherheit und des friedlichen Zusammenspielns, die qualitative Erweiterung der Teilnahme der UdSSR an der Entwicklung des asiatisch-pazifischen Raums betreffen. In den Pressestimmen aus den Ländern Asiens und Ozeaniens zu dieser Rede wird auf die Großzügigkeit und den realistischen Charakter der dargelegten Ideen hingewiesen sowie

„Eine hohe Ehre für uns“

Takeshi ARAKI
Oberbürgermeister von Hiroshima

Kurz vor dem ersten Jahrestag des sowjetischen Moratoriums für alle Nukleartests und dem 41. Jahrestag des amerikanischen Bombenabwurfs auf Hiroshima gewährte dessen Oberbürgermeister, Takeshi Araki, unserem ständigen Korrespondenten in Japan Juri Tawrowski folgendes Interview.

Der Beschuß der UdSSR, vom 6. August v. J. an die Nukleartests auszusetzen, sowie das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen im November waren ein Hoffnungsstrahl am Horizont der Abrüstung. Doch die Verhandlungen über die nukleare Abrüstung gehen viel langsamer als erwartet vorstatten. Um so rascher werden die Vorräte an den ungeheuerlichen Massenvernichtungsmitteln aufgefüllt, und schon bedroht die Nuklearstrategie den Weltraum. Das steigert die furchtbare Gefahr, für die Menschheit ist eine bedrohliche Zeit angebrochen. Meines Erachtens kommt es jetzt in erster Linie darauf an, daß alle Menschen unseres Planeten und jeder einzelne die Grausamkeit der Kernwaffen und die tiefe Tragödie Hiroshimas in ihrer tiefsten Seele fühlen und alle ihre Kräfte einsetzen, damit

die Erde von den Kernwaffen befreit und der Frieden herbeigeführt wird.

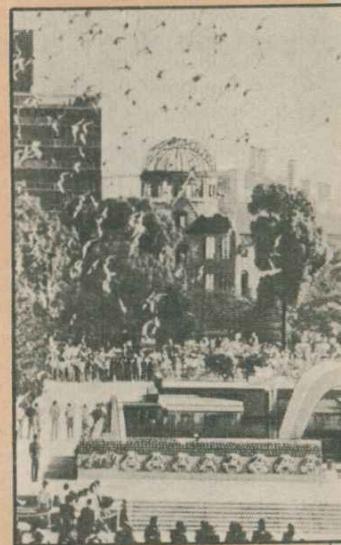
Das Jahr 1986, das Internationale Jahr des Friedens, bietet eine günstige Gelegenheit, über den Wert der Welt und jedes Menschenlebens nachzudenken. Damit es nie mehr Hiroshima gibt, ist es sehr wichtig, den Rahmen der unterschiedlichen Ideologien zu sprengen.

Heute ist schon völlig klar: Falls ein Nuklearkrieg ausbricht, wird es darin weder Besiegte noch Sieger geben, vielmehr wird darin die ganze Erde mit all ihren Bewohnern untergehen. Wir, die wir die unglaublichen Kriegsschrecken erlebt haben, müssen geduldig und ohne unsere Kräfte zu schonen die ganze Welt aufrufen, nicht gemeinsam unterzugehen, sondern gemeinsam zu überleben. Wir müssen eine weltweite Bewegung für

dauerhaften Frieden, für die vollständige Vernichtung aller Kernwaffen entfalten.

Die Hoffnung, den Rivalen mit Kernwaffen zu besiegen, ist sinnlos und kann sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht realisieren. Durchaus real ist dagegen die Vernichtung der ganzen Menschheit durch diese furchtbaren Waffen. Daraus folgt, daß Kernbomben die Sicherheit ihrer Besitzer nicht erhöhen, sondern vermindern. Wir alle haben nur diesen einen Planeten, die Erde, zum Leben, und wenn wir es nicht vermögen, die Koexistenz hier anzubauen, so geben wir uns selbst der Vernichtung preis. Ich glaube, daß man die Ausmerzung von Mißtrauen und Konfrontation nicht mehr hinausschieben darf. Die Zeit ist gekommen, der Politik von Vertrauen und Freundschaft die richtige Stärke zu verleihen.

Die Kernwaffenmächte sind verpflichtet, ihre Verantwortung für die Geschicke der Menschheit noch tiefer zu erkennen. Sie müssen sich darauf konzentrieren, das sofortige und vollständige Verbot aller Kernwaffentests zu erreichen, eingedenk dessen, daß solche Tests die Arsenale nur vergrößern. Ein verantwortungsvolles Herangehen wäre, die Kernwaffen völlig zu vernichten. Ich hoffe auf möglichst baldige Verhandlungen zwischen den beiden größten Kernwaffenmächten



Hiroshima, 6. August 1986. Bei den Trauerfeierlichkeiten

Foto: TASS

UdSSR und USA. Ihre Spitzenpolitiker sind einfach verpflichtet, konkrete Vereinbarungen über die nukleare Abrüstung zu erreichen.

Bekanntlich wurde Hiroshima als Ort der Durchführung eines amerikanisch-sowjetischen Gipfels genannt. Nun mehr schlug Michail Gorbatschow vor, in unserer Stadt eine asiatisch-pazifische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit durchzuführen. Wir betrachten das als eine hohe Ehre für unsere Stadt. Tokio

betont, daß die UdSSR keine Sonderstellung für sich beansprucht und auch keine Absicht an den Tag legt, ihre Sicherheit auf Kosten anderer zu festigen. Zugleich wird es der UdSSR hoch angerechnet, daß sie die bestehenden Realitäten klar sieht und die lebenswichtige Notwendigkeit erkennt, in gemeinsamen Anstrengungen aller interessierten Länder neue, gerechte internationale Beziehungen zu gestalten. Hervorgehoben werden die konstruktiven Vorschläge der UdSSR zum weiteren Ausbau der gegenseitig vorteilhaften Verbindungen zu allen Staaten der Region, besonders zu den USA, zu Japan und China. Die UdSSR bringt ihren Willen zum Frieden und zu guter Nachbarschaft durch konkrete Taten zum Ausdruck: Sie hat einseitig das Moratorium für Nukleartests eingeführt und geht

daran, sechs Regimenter ihres begrenzten Truppenkontingents in Afghanistan zurückzuziehen, sie verhandelt des weiteren über den Abzug eines großen Teils der sowjetischen Truppen aus der Mongolischen Volksrepublik.

Die UdSSR hat das Problem der Sicherheit Asiens und des Pazifiks stets in großen Zusammenhängen gesehen. Deshalb schlägt sie neben der Senkung des Stands der militärischen Konfrontation auch eine breite zwischenstaatliche Zusammenarbeit in allen Bereichen, vor allem in der Wirtschaft, vor. Der asiatische Teil der UdSSR hat außerordentlich reiche Naturschätze. Die dortigen Steinkohlevorräte z. B. werden auf Billionen Tonnen geschätzt. Bei uns wird die modernste Technologie entwickelt, die es erlaubt, aus dieser Kohle flüssige

Brennstoffe zu gewinnen; in der Perspektive könnten sie in an Energieträger arme Länder exportiert werden. Wir sind zur Gründung gemeinsamer, gemischter Unternehmen bereit, was unsere Zusammenarbeit etwa mit Japan, aber auch mit anderen Staaten, festigen würde.

Könnte die UdSSR ihre industriellen Ausrüstungen den Entwicklungsstaaten in größerem Umfang liefern, so würde sie ihrerseits mehr von dort importieren. Von der hohen Effektivität einer solchen Zusammenarbeit zeugen beredt die sowjetisch-indischen Erfahrungen.

Ein Helsinki auch in Asien und Ozeanien möglich

Die bei der Politik der guten Nachbarschaft und der Kooperation ge-

sammelten Erfahrungen sprechen dafür, daß ausnahmslos alle Völker davon nur profitieren werden, wenn sie gemeinsam auf die Überwindung des Mißtrauens, auf Verständigung und Einvernehmen in den zwischenstaatlichen Beziehungen hinwirken. Diese Beziehungen aber laufen auf das Schlüsselproblem hinaus: Wird es einen neuen Weltkrieg mit all seinen für die Menschheit verhängnisvollen Folgen geben oder nicht?

In welch großer Gefahr die Völker Asiens und des Pazifikraums schweben, veranschaulichen u. a. folgende Angaben. Allein auf den Schiffen der im Pazifik kreuzenden US-Flotten befinden sich über 2000 Kernwaffeneinheiten. Etwa 1000 amerikanische nukleare Gefechtsladungen lagern in Südkorea. Japanische Häfen werden regelmäßig von US-Schiffen mit Kernwaffen an Bord angelaufen. In die Weltpresse sickerten Nachrichten darüber durch, daß nicht wenig weitere Staaten, darunter Südkorea, Pakistan und Israel, in den nächsten Jahren in den Besitz von Kernwaffen gelangen können.

In unserer spannungsgeladenen Zeit darf niemand in Abwarthaltung verharren. Sie verlangt gebieterisch dynamisches praktisches Handeln auf der Suche nicht nach Dingen, die die Staaten voneinander trennen, sondern danach,

Parteitag der KPdSU veröffentlicht und in der Erklärung der Sowjetregierung vom 23. April d. J. in bezug auf den asiatisch-pazifischen Raum konkretisiert. Die Erklärung weist konkrete Wege zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Anbahnung einer effektiven Zusammenarbeit. Mit der Position der UdSSR stimmt in vieler Hinsicht die Chinas überein, das als Ziel seiner außenpolitischen Strategie das Verbot und die volle Vernichtung der Kernwaffen verkündet hat. Außerdem setzt sich die VR China dafür ein, daß alle Kernwaffenstaaten die Verpflichtung übernehmen müssen, auf den nuklearen Erstschlag zu verzichten (was die UdSSR und China selbst übrigens schon getan haben), keine militärstrategischen Objekte in den Weltraum zu befördern und die Kernwaffen der USA und der UdSSR wesentlich zu reduzieren, um Voraussetzungen für eine internationale Konferenz über die nukleare Abrüstung zu schaffen.

Von unbestreitbarem praktischen Wert sind die drei nichtnuklearen Prinzipien Japans (Kernwaffen nicht stationieren, nicht produzieren und nicht einführen) sowie der Vorschlag der KDVR über die Anlegung einer kernwaffenfreien Zone auf der Halbinsel Korea. Vietnam, die

weit verwickelter ist als in Europa. Trotzdem darf man nicht pessimistisch sein. Aber die europäischen Erfahrungen zeigen: Ist der gute Wille da, so können auch noch so verwickelte internationale Fragen gelöst werden. Es ist zu berücksichtigen, daß in Asien trotz des Vorhandenseins vieler und schwieriger Probleme etwas besteht, was Europa nicht hatte. So beteiligen sich viele asiatische Staaten an der Nichteinkaufsbündenbewegung, deren Hauptprinzip friedliche Koexistenz heißt. Diese Bewegung hat die Probe der Zeit bestanden und spielt eine wichtige positive Rolle in den internationalen Angelegenheiten.

Auf internationalen Begegnungen von Wissenschaftlern und Vertretern der Öffentlichkeit, denen ich beiwohnen konnte, hörte ich, sobald die Rede auf Asien kam, nicht selten, die Idee einer kernwaffenfreien Welt müsse zuerst in Europa realisiert werden. Gewiß, in Europa besteht die gefährliche Konfrontation der beiden militärisch-politischen Gruppierungen und sind die starken Kräfte der NATO und des Warschauer Vertrags konzentriert. Aber geht es im Kampf für die nukleare Abrüstung denn um Prioritäten? Das glaube ich nicht. Die



**US-Militärstützpunkte im Indik und Pazifik.
Amerikanische "Phantom"-Maschinen auf den Philippinen.**

Schema aus: "Panorama" (Italien),

Foto aus: "U. S. News & World Report"

was sie einander näherbringt und auf globaler Plattform zur Rettung des Lebens vereint.

Nehmen wir als Beispiel die Frage der nuklearen Abrüstung, die ohne jeden Zweifel das Fundament für den Mechanismus der gesamtasiatischen Sicherheit bildet. Nicht nur auf europäischem, sondern auch auf asiatischem Boden darf es keinen Platz für Kern- und C-Waffen geben: Das ist eines der Hauptprinzipien der sowjetischen Konzeption für die allumfassende internationale Sicherheit. Diese Konzeption wurde auf dem XXVII.

Mongolei, Indonesien und mehrere andere Staaten der Region ergreifen wertvolle Initiativen auf diesem Gebiet. All das schafft gleichsam eine vorläufige Plattform dafür, in der Perspektive nach dem Beispiel der Helsinki-Konferenz eine Pazifikkonferenz unter Beteiligung aller Länder des Raums einzuberufen.

Sicherlich unterschied sich die Situation in Europa kurz vor der KSZE-Konferenz wesentlich von der heutigen Lage in Asien und im Pazifik. Man kann auch jenen in gewissem Maße zustimmen, die sagen, daß die Lage in Asien an sich

Länder jeder Region oder auch ein einzelner Staat können jede beliebige Initiative in nichtnuklearer Richtung an den Tag legen.

Asien, das seit alters viel für den allgemeinmenschlichen Fortschritt getan hat, ist auch heute berufen, die Schaffung einer künftigen Welt ohne Kriege und Blutvergießen, ohne Atomwaffen und andere ungeheuerliche Instrumente der Menschenvernichtung zu fördern. Für das Zustandekommen einer solchen Welt sind die in Wladiwostok dargelegten sowjetischen Initiativen unschätzbar.

Lebenswichtige Ziele

Am 11. August traf Michail Gorbatschow mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK der KP Japans, Tetsuzo Fuwa, zusammen. Hauptthema der Begegnung war der Kampf beider Parteien für die Verhinderung eines Nuklearkrieges, für ein vollständiges Verbot und die Beseitigung der Nuklearwaffen. Die KPdSU und die KPJ messen diesem Problem vorrangige Bedeutung bei.

Die internationale Entwicklung bestätigt die Aktualität und die Lebensfähigkeit der Gemeinsamen Erklärung der KPdSU und der KPJ vom Dezember 1984. Damals erklärten beide Parteien, daß "sie alle nur möglichen Anstrengungen für den baldigsten Abschluß und die Verwirklichung eines Abkommens über ein vollständiges Verbot und die Beseitigung der Nuklearwaffen unternehmen werden".

Um diesem Ziel näherzukommen, bekundeten die KPdSU und die KPJ ihre Entschlossenheit, dafür zu kämpfen, daß alle Nuklearmächte auf den Ersteinsatz von Kernwaffen verzichten; ferner für den Abschluß eines internationalen Abkommens über den Nichteinsatz von Nuklearwaffen, für die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums, insbesondere eines nuklearen Wettrüstens im Weltraum, für den Abschluß eines Abkommens über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffentests; für einen Verzicht auf den Einsatz von Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearstaaten, für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Regionen Asiens und anderer Kontinente.

Die Sowjetunion hat nicht wenig für die Verwirklichung dieses Programms getan, indem sie ein umfassendes Programm zum Kampf gegen die Nuklearkriegsgefahr vorlegte. Sie wendet sich gegen die Ausweitung des

Wettrüstens auf den Weltraum und unterstützt die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in allen Weltregionen... Besondere Bedeutung hat das vor mehr als einem Jahr verkündete Moratorium für alle Nuklearexplosionen. Die Sowjetunion ist bereit, mit den anderen Nuklearmächten eine Vereinbarung über die vollständige Vernichtung der Nuklearwaffen zu treffen.

Michail Gorbatschow betonte, daß die Haltung der Sowjetunion zur Lösung der Lebensfragen in ehrlichem Kampf für die Beendigung des Wettrüstens und der Konfrontation, im Übergang zur Abrüstung und zu breiter internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage der Anerkennung der legitimen Interessen und Rechte aller Völker besteht. Von dieser Haltung sind die Friedensinitiativen der UdSSR diktiert.

Die japanischen Kommunisten führen einen prinzipiellen Kampf gegen die Nuklearwaffen, indem sie sich für die Beseitigung der US-Nuklearstützpunkte einsetzen und eine Volksbewegung für die Erklärung von Präfekturen, Städten und Ortschaften zu kernwaffenfreien Territorien entfalten und die strikte Einhaltung der drei Nichtnuklearprinzipien und der dem Frieden dienenden Artikel der Verfassung verlangen.

Die KPdSU und die KPJ bekundeten ihr Streben, ihre Zusammenarbeit für die Erreichung der für die ganze Menschheit lebenswichtigen Ziele weiterzuentwickeln.

SIMBABWE

Abfuhr für Rassisten

Das Parlament von Simbabwe befaßte sich mit Sanktionen gegen das Rassistenregime der RSA und ihren Folgen für die Wirtschaft des Landes. Aufgeworfen wurde diese Frage von Abgeordneten der Konservativen Allianz Simbabwes unter Füh-

rung des berüchtigten Ian Smith. Sie solidarisierten sich mit der Haltung Großbritanniens, indem sie behaupten, die Verhängung verbindlicher Sanktionen gegen Pretoria werde eine "Katastrophe für Simbabwe gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Selbstmord" sein.

Diese These wiederholen in allen Tonarten auch die Gegner von Sanktionen in den USA und Großbritannien. Man könnte fast meinen, das Schicksal von Simbabwe ebenso wie das der anderen Frontstaaten habe plötzlich begonnen, gerade jene am stärksten zu bewegen, die noch vor sieben Jahren mit allen Mitteln versuchten, den Freiheitskampf der Patrioten Simbabwes zu unterdrücken und die Herrschaft der weißen Minderheit zu bewahren.

Sanktionen waren ebenfalls Gegenstand erbitterter Diskussionen auf der Beratung der führenden Repräsentanten von sieben Commonwealth-Ländern in London. Entgegen den Einwänden der konservativen britischen Regierung wurde ein Programm des wirtschaftlichen Widerstandes gegen die RSA angenommen, das offenbar gegen Ende d. J. in Kraft treten wird.

Sanktionen gegen die RSA fallen Simbabwe natürlich keineswegs leicht. Das Land hat keinen Zugang zum Meer. Die Bahnlinie zum mosambikanischen Hafen Beira ist schon lange Zeit durch Diversionsakte der RNM-Marionetten unterbrochen. Über 90% der Ex- und Importe Simbabwes laufen über RSA-Territorium. Bei internationalen Sanktionen droht Pretoria mit einer Blockade dieser Verbindungen, was schweren Schaden für die Wirtschaft Simbabwes heraufbeschwört. Dennoch setzt sich die Regierung der Republik für eine vollständige Isolierung des RSA-Rassistenregimes ein.

Eine entschiedene Abfuhr erteilte Eddison Zvobgo, Abgeordneter der regierenden Afrikanischen Nationalunion von Simbabwe — Patriotic Front (ZANU — PF), im Parlament den Agenten der Rassisten. Die billige Propagand

UdSSR-ZYPERN

"Wir sind Optimisten"

"Ziel unserer Reise ist es, uns mit dem Leben des Sowjetvolkes, mit den großen Aufgaben, die der XXVII. Parteitag der KPdSU gestellt hat, und damit vertraut zu machen, wie Ihr die entstehenden Probleme löst", sagte Antonis Lazarou, Sekretär der Jugendabteilung des Allzyprischen Gewerkschaftsbundes von Larnaka und Famagusta. Er leitete eine große Delegation der Gewerkschaften Zyperns, die zu Begeg-

nung der Smith-Partei, betonte er, zeige klar, daß sie zusammen mit den USA, Großbritannien und der BRD als Agent Pretorias agiert.

Der Premierminister Simbabwes, Robert Mugabe, erklärte auf Fragen von Journalisten, sein Land sei bereit, das in London verabschiedete Sanktionsprogramm zu erfüllen, darunter allen ausländischen Fluggesellschaften das Überfliegen Simbabwes nach Südafrika zu verbieten.

Diese mutige Haltung des Landes fand große Anerkennung. Davon zeugt der Beschuß, die 8. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten Ende August in Harare durchzuführen. Die Wahl Harares soll die Solidarität der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit den Völkern Südafrikas, Namibias und der Frontstaaten demonstrieren.

Am Vorabend der Konferenz entwickeln die Gegner Simbabwes merkliche Aktivitäten. Während die US-Administration, um eine Veränderung der Politik Simbabwes zu erreichen, zu wirtschaftlicher Erpressung greift, verübt das RSA-Rassistenregime neben wirtschaftlichen Maßnahmen auch bewaffnete Überfälle auf die junge Republik.

PANORAMA

nungen mit sowjetischen Kollegen in unser Land gekommen war.

Die zyprischen Gewerkschaftsaktivisten wurden von den Werkstätigen in Moskau, Leningrad, Minsk, Jerewan, Kischinjow und Rostow/Don herzlich empfangen. Die Gäste informierten sich über die Hauptrichtungen der Tätigkeit der sowjetischen Gewerkschaften, über deren Rolle und Aufgaben auf der heutigen Entwicklungsetappe der sowjetischen Gesellschaft. Doch natürlich stand im Mittelpunkt der Gespräche das Thema, das Millionen Menschen bewegt — die Abwendung der Nu-

"Der Friedenkampf ist bei uns auf Zypern, das von einem Netz britischer Stützpunkte überzogen ist und in einen unversenkbaren Flugzeugträger des Imperialismus verwandelt worden ist, nicht leicht", betonte A. Lazarou. "Doch unser Kampf ist ein untrennbarer Bestandteil der Weltfriedensbewegung, an deren Spitze die Sowjetunion steht. Wir sind Optimisten und glauben, daß sich sowohl in unserem Land als auch auf dem ganzen Erdball die Kräfte, die für sozialen Fortschritt und das Wohlergehen der Menschheit eintreten, durchsetzen werden."

K. ISSAKOW



Unser Bild: Zyprische Gewerkschaftsaktivisten in Moskau.
4. v. l. Antonis Lazarou

Foto: W. Panow

In der jetzigen gespannten Lage im südlichen Afrika sind gemeinsame Anstrengungen der Frontstaaten zum Ausbau und zur Modernisierung des Systems der Güterbeförderung zwischen ihnen immer dringender geworden. Für Simbabwe ist diese Frage lebenswichtig, und es wird, wie hiesige Regierungskreise erklären, mit allen Mitteln die Bahnlinie verteidigen, die das Land mit Beira verbindet. Die aggressive Politik Pretorias wirft mit aller Schärfe auch die Frage nach der Aufstellung panafrikanischer Verteidigungskräfte für die gemeinsame Abwehr der rassistischen Aggressoren auf.

J. PITSCHEGIN.
TASS-Korrespondent für NZ
Harare

JAMAIIKA

Zerschlagenes Schaufenster

Dreimal schon verschob der Premierminister von Jamaika, Edward Seaga, die Kommunalwahlen. Sie hätten bereits 1984 stattfinden sollen. Und jetzt schließlich erfolgten sie.

"NEUE ZEIT" 33.86

Das ungute Vorgefühl, hervorgerufen durch die nicht sonderlich erfreulichen Ergebnisse von Meinungsumfragen, hatte den Premier nicht getäuscht. Die von Seaga geleitete regierende Labour Party erlitt eine Niederlage. 57 Prozent der Wähler votierten für Vertreter der größten oppositionellen Kraft, der Nationalen Volkspartei (PNP), unter Michael Manley. Die PNP siegte in 10 von 14 Bezirken Jamaikas.

Bekanntlich war Seaga 1980 mit Unterstützung Washingtons, das hinter einer Kampagne zur Destabilisierung der Regierung Manley stand, an die Macht gekommen. Der neue Premier brachte die Politik Jamaikas jäh auf proamerikanischen Kurs. Auf amerikanischen Wink brach er 1981 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab. 1983 nahm Jamaika am Oberfall auf Grenada teil.

Washington beauftragte Seaga, Jamaika in eine Art "Schaufenster" der Karibik zu verwandeln, in ein "Modell" für die Entwicklung auf der Grundlage "freier Marktwirtschaft" und einer Politik der "offenen Tür" für das Auslandskapital. Die Tür wurde zwar geöffnet, doch

Kapital strömte nicht in die Wirtschaft Jamaikas. Überdies betrachteten es die US-Konzerne, die sich die Bauxitförderung, den Hauptwirtschaftszweig, unter den Nagel gerissen hatten, angesichts der fallenden Weltmarktpreise als vorteilhafter, einige Großbetriebe auf der Insel zu schließen.

Die Wirtschaftspolitik der Labour Party hatte schlimme Folgen. 1985 betrug die Inflation 25%. In den drei letzten Jahren haben sich die Preise für Grundnahrungsmittel, Brennstoff und kommunale Dienste mehr als verdoppelt. Nicht selten werden Strom und Wasser abgestellt. Die Arbeitslosigkeit kletterte auf 30 Prozent. Die Auslandsschulden Jamaikas werden auf 3,5 bis 4 Md. Dollar geschätzt: Pro Kopf sind es mit die höchsten der Entwicklungsländer.

Im März d. J. fanden im Land Massendemonstrationen gegen die zunehmende Teuerung und die Arbeitslosigkeit statt.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen auf Jamaika sind für Beobachter keine Überraschung. Die Niederlage von Seagas Partei war zu erwarten gewesen. Die Bürger Jamaikas, die in den meisten Wahlkreisen für PNP-Kandidaten

stimmten, zeigten, daß sie die progressiven sozialökonomischen Umgestaltungen der Regierung Manley, die Agrarreform, die Schaffung der ersten landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Einführung eines garantierten Mindestlohns, den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Antiteuerungsmaßnahmen nicht vergessen haben.

Angesichts der Wahlergebnisse verlangte Oppositionsführer Michael Manley zu Recht vorgezogene Parlamentswahlen (laut Verfassung müssen sie spätestens 1988 stattfinden).

"Wenn die jetzige Tendenz anhält, wird bei den Parlamentswahlen zweifelsohne die Nationale Volkspartei siegen", sagte im Gespräch mit dem NZ-Korrespondenten der Generalsekretär der Arbeiterpartei Jamaikas, Trevor Munroe. "Die Kommunalwahlen wurden zu einem gesamtnationalen Referendum über die Haltung des Volkes zur Seaga-Administration. Und dieses Referendum hat gezeigt, daß die gesellschaftliche Basis der Regierung stark abgenommen hat und ihre Aussichten schlechter geworden sind."

W. TSCHIRKOW

21. August — 60 Jahre diplomatische Beziehungen UdSSR—Uruguay

Bewährte Zusammenarbeit

Anatoli MEDWEDENKO

Mitte der 20er Jahre war der Prozeß der Anerkennung des ersten sozialistischen Staates der Erde, der UdSSR, in vollem Gang. Die Entscheidung jedes weiteren kapitalistischen Landes, in die UdSSR einen Botschafter zu entsenden, wurde schon nicht mehr als Sensation aufgenommen. Doch selbst in dieser Lage fand die Meldung allgemeine Aufmerksamkeit, daß die Außenminister der Republik Uruguay und der Sowjetunion, A. Saralegui und M. Litwinow, am 21. und 22. August 1926 Noten über die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Staaten austauschten. Uruguay wurde das erste Land in Südamerika (und das zweite — nach Mexiko — auf dem ganzen amerikanischen Kontinent), das die Sowjetunion anerkannte.

Schon viel früher hatte Uruguay mit entsprechenden Sondierungen begonnen. In einem Brief an Maxim Litwinow im Oktober 1924 konstatierte der sowjetische Geschäftsträger in Deutschland, daß der "hiesige uruguayische Gesandte schon seit 1921 zu uns sehr freundlich ist und bei jeder passenden Gelegenheit versichert, er wolle seine Regierung dazu bewegen, mit uns diplomatische Beziehungen aufzunehmen usw. Uruguay ist unter anderem an unserem Bauholz interessiert".

Doch nicht nur daran. Wichtiger ist, daß der Sowjetstaat seit seiner Entstehung Unterstützung bei breitesten Bevölkerungsschichten Uruguays fand. In diesem Land gab es nicht wenige Einwanderer aus Europa, darunter aus Rußland, die ihre Heimat wegen der Verfolgungen der zaristischen Behörden oder auf der Suche nach einem besseren Los verlassen mußten. Von der Haltung der Uruguayer zum jungen Sowjetland sprachen die Solidaritätsdemonstrationen in Montevideo und anderen Städten. Einen großartigen Empfang bereiteten die Einwohner der uruguayischen Hauptstadt 1925 der Besatzung der "Wazlaw Worowski", des ersten sowjetischen Schiffs, das einen Hafen des Landes anlief.

Bei dem Notenaustausch mit dem uruguayischen Außenminister bekundete Maxim Litwinow die feste Zuversicht,

dab die Aufnahme diplomatischer Beziehungen "eine Gewähr für die Festigung und die weitere Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern" sein werde.

Die Zeit hat die Richtigkeit dieser Worte bestätigt. Bereits in den Vorkriegsjahren wurden viele sowjetisch-uruguayische Kontrakte unterzeichnet. So versorgten sowjetische Öllieferungen vollständig die erste staatliche Ölraffinerie Uruguays und förderten so die Festigung des staatlichen Wirtschaftssektors. Die UdSSR lieferte Uruguay ferner Werkzeugmaschinen und Anlagen. Uruguay exportierte seine traditionellen Waren — Leder, Fleisch und Wolle — in die Sowjetunion.

Der bilaterale Handel entwickelte sich unter den Bedingungen absoluter Gleichheit und des beiderseitigen Vorteils. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an mein Gespräch mit

URUGUAY

Gelegen im Osten Südamerikas, an der Atlantikküste. Fläche 186 900 Quadratkilometer, Bevölkerung ca. 3 Millionen, vor allem Nachkommen von Einwanderern aus Europa (von Spaniern sowie Italienern und Portugiesen). Die Ureinwohner, die Indianer, wurden von den Kolonialherren ausgerottet, nachdem auf dem Territorium des heutigen Uruguay Anfang des 16. Jh. die Konquistadoren gelandet waren. Amtssprache ist Spanisch.

Die Unabhängigkeit dieser ehemaligen Kolonie Spaniens wurde am 25. August 1825 proklamiert.

Uruguay ist ein Agrar-Industrie-Land mit entwickelter Viehzucht. Die Nahrungsmittelindustrie (Schlachtung, Fleischkühlung und -konservierung) und die Textilbranche sind wirtschaftlich am bedeutendsten.

dem uruguayischen Wirtschaftswissenschaftler Sergio Ramirez bei meinem letzten Besuch in Montevideo. Ich wollte wissen, warum Uruguay mit seinen ausgezeichneten ökonomischen Möglichkeiten verschuldet ist. Das ist um so merkwürdiger, da das Land einst selbst Kreditgeber war und bei ihm — heute will man das kaum glauben — sogar Großbritannien in der Kreide stand!

"Der Hauptgrund dafür", sagte Sergio Ramirez, "ist, daß sich die sogenannte gleiche Partnerschaft mit den USA gegen uns Lateinamerikaner wendet..."

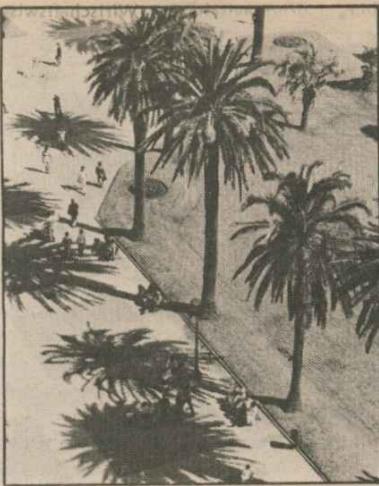
Er reichte mir die Zeitung "Opinar", wo mit Rotstift eine Meldung aus Washington eingekreist war: Die USA kürzten einseitig, ohne Abstimmung mit Montevideo, die Ankäufe uruguayischer Textilien um 30%.

"So sieht diese 'gleiche Partnerschaft' aus", bemerkte mein Gesprächspartner. "In diesem Jahr ist es das dritte Mal, daß sich die USA weigern, unsere Erzeugnisse anzukaufen, obwohl es sowohl eine vorherige Vereinbarung als auch Abkommen gibt. Und jede derartige Willkürhandlung führt dazu, daß uns Millionen Dollars fehlen und die Arbeitslosigkeit wächst."

Die Gründe für solche Schritte?", fragt Ramirez zurück. "Die merkwürdigsten. Plötzlich gefällt Washington irgendeine unserer politischen Entscheidungen nicht oder aber das Weiße Haus meint, eben so wäre es für die USA im betreffenden Augenblick günstiger. Was aber den Schaden angeht, den wir erleiden, so ist ihnen das völlig egal. Ganz anders entwickeln sich die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion. Ich kann mich an keinen Fall — ich wiederhole, keinen — erinnern, daß durch Verschulden der sowjetischen Seite Lieferungen nicht eingehalten oder ein Abkommen nicht realisiert worden wäre. Die sowjetisch-uruguayischen Handelsbeziehungen würde ich als vorbildlich bezeichnen. Schön, wenn wir solche Beziehungen auch zu anderen Ländern hätten."

Wichtige Wandlungen vollzogen sich auch im Kulturaustausch. In den Jahren der gegenseitigen Kontakte haben wir einander besser kennengelernt. In der Sowjetunion wurden und werden Werke der größten uruguayischen Schriftsteller und Dichter verlegt — u. a. von Mario Benedetti, Juan Carlos Onetti, Alfredo Gravina. Das sowjetische Publikum erlebte das wohl beste Theater Lateinamerikas, das Galpon-Theater aus Montevideo.

Auch die Uruguayer erschließen sich immer mehr die Sowjetunion. Übersetzungen von Werken Alexander Fadejews und Alexej Tolstois, Leonid Leonows und Ilja Ehrenburgs, ganz zu schweigen von Puschkin, Tolstoi, Dostojewski und Turgenew, helfen ihnen unser Volk, unser Land besser zu verstehen. Die Einwohner

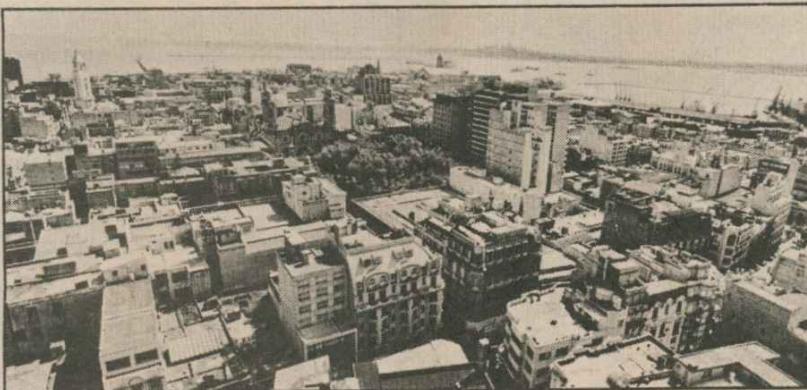


In den 30er Jahren aber kam die Regierung des Präsidenten Terra an die Macht. Er verfolgte eine antinationale Politik, und eine seiner unpopulärsten Entscheidungen, die auf Empfehlung der USA getroffen wurde, war der Abbruch der sowjetisch-uruguayischen Beziehungen im Dezember 1935.

1943 änderte sich die politische Lage im Lande zum Positiven, und diplomatische Beziehungen mit der UdSSR wurden wieder aufgenommen.

Uruguays Hauptstadt Montevideo liegt am linken Ufer der La-Plata-Bucht. Sie ist ein bedeutendes Wirtschaftszentrum, der wichtigste Hafen und Verkehrsknotenpunkt des Landes

Foto: Lechikuva-TASS



Montevideos, Artigas und anderen Städten begrüßten begeistert das Bolschoi-Theater, das Gesangs- und Tanzensemble "Berjaska" und den sowjetischen Zirkus. Bekanntlich fand gerade in Uruguay eines der ersten Auslandsgastspiele sowjetischer Künstler statt: 1930 trat dort erfolgreich das Moskauer Kammertheater unter Leitung Alexander Tairows auf.

Auf und ab

Nicht immer in den letzten 60 Jahren entwickelten sich die sowjetisch-uruguayischen Beziehungen harmonisch. Wegen des Widerstandes der einheimischen und der internationalen Reaktion gab es Rückschläge wie Probleme. Doch eine Gesetzmäßigkeit wird deutlich: Eine positive Entwicklung der Beziehungen fiel stets mit den hellen Seiten der politischen Geschichte Uruguays zusammen.

1926, als in Montevideo die Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Ländern begannen, hatte Uruguay eine Regierung, die gegen die Vorherrschaft des US-Kapitals im Lande eintrat. Dabei hatte sie gewisse Erfolge, wozu in nicht geringem Maße auch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beitrug.

Großteil des Lebens der jungen Uruguayer auf die Jahre, als die Gesellschaft geistig kastriert werden sollte. Verfolgt wurde alles Talentierte, alles, was der primitiven Weltanschauung der reaktionären Generale nicht entsprach. Bücher fortschrittlicher Schriftsteller wurden beschlagnahmt, demokratische Zeitungen und Zeitschriften verboten, viele Rundfunk- und Fernsehsendungen, Theaterstücke und Filme fielen der Zensur zum Opfer. Ein ganzes Jahrzehnt lang wurden die Uruguayer im antikommunistischen, antisowjetischen Geist bearbeitet.



Nachdem 1973 eine reaktionäre Militärdiktatur die Macht im Lande usurpiert hatte, wurde Uruguay, das stets stolz gewesen war auf seine demokratischen Traditionen, ein riesiges KZ für seine 3 Millionen Einwohner. Der Schriftsteller Mario Benedetti bemerkte mit bitterer Ironie: "Uruguay, ein kleiner Staat, wurde zu einer 'Großmacht der Folterungen'." In dieser Zeit wurden die Beziehungen zur UdSSR der von der rechten Militärdiktatur verkündeten Doktrin der "nationalen Sicherheit" geopfert.

Doch selbst in den schwersten Jahren empfanden die einfachen Uruguayer unverändert Sympathie für die UdSSR. Das und ihr aufrichtiges Interesse am Leben in der UdSSR war der größte Eindruck, den ich bei meiner letzten Reise nach Uruguay gewonnen habe.

Das Land stand gleichsam am Scheideweg. Die Militärs waren noch an der Macht, doch faktisch regierten sie schon nicht mehr. Die Parteien aber, die im Grunde reale Macht besaßen, hatten sich noch nicht legalisieren können. Noch war die Angst nicht vergessen, die die Militärdiktatur in elf Jahren verbreitet hatte. Doch die einfachen Uruguayer fürchteten nicht, freundschaftliche Gefühle für unser Land zu bekunden. Besonders gilt das für die Jugend. Dieser Umstand ist überaus wichtig — fiel ja ein

Und das Ergebnis? Ich selbst sah, wie anfangs einzelne junge Leute, dann in großen Gruppen in die UdSSR-Botschaft kamen. Sie baten, ihnen etwas über die Sowjetunion zu lesen zu geben oder zumindest etwas zu erzählen.

Was all das zeigt? Daß es kaum gelingen wird, das Volk Uruguays (und nicht nur Uruguays) dazu zu bringen, kein Interesse mehr an dem ersten sozialistischen Land der Welt zu zeigen.

Ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen

Am 1. März 1985 brach eine neue Periode im Leben Uruguays an. Eine Zivilregierung kam an die Macht. Julio María Sanguinetti, der Führer der Colorado-Partei, die bei den allgemeinen Wahlen am 25. November 1984 gesiegt hatte, verkündete bei seinem Amtsantritt als Präsident ein umfassendes Programm sozialökonomischer Umgestaltungen, das ebenfalls eine Demokratisierung der Außenpolitik vorsah. Beachtung fand der Teil der Rede Sanguinetts, in der er die Absicht der Regierung betonte, eine allseitige Zusammenarbeit mit allen Ländern unabhängig von deren ideologischen Positionen zu entwickeln. Ferner

der Umstand, daß sowohl Präsident Julio María Sanguinetti als auch Außenminister Enrique Iglesias schon vor der feierlichen Amtseinführung wiederholt betonten, Uruguay wolle die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft ausbauen. Das werde es ihrer Meinung nach erlauben, die Absatzmärkte für uruguayische Erzeugnisse zu diversifizieren, und werde die Überwindung der Wirtschaftskrise für Uruguay erleichtern. Von dem Wunsch des Landes, die Kontakte mit der UdSSR zu entwickeln, sprach Julio María Sanguinetti auch bei der Begegnung mit einer sowjetischen Delegation, die an seiner Amtseinführung teilnahm.

Der Besuch des uruguayischen Außenministers Enrique Iglesias im Juli war der erste eines uruguayischen Außenministers seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 60 Jahren. Die sowjetisch-uruguayischen Gespräche in Moskau, die in wohlwollender, sachlicher Atmosphäre verliefen, zeigten gemeinsame Positionen zu den Hauptfragen der Gegenwart. Uruguay nahm die sowjetischen außenpolitischen Initiativen mit besonderer Aufmerksamkeit auf. Tiefe Sorge über die anhaltende Zunahme der internationalen Spannungen wurde bekundet. Sowohl die uruguayanische als auch die sowjetische Seite unterstrichen: In der heutigen komplizierten Lage ist ein neues Denken erforderlich, das die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt.

Eben deshalb wurde im Laufe der Verhandlungen der ernsten Besorgnis darüber Ausdruck verliehen, daß weiterhin regionale, sich verschärfende, Konflikte bestehen, die sich auf die Weltlage negativ auswirken. Das gilt besonders für Mittelamerika. Uruguay und die Sowjetunion sprachen sich noch einmal dafür aus, daß Streitfälle und zwischenstaatliche Konflikte mit friedlichen Mitteln beigelegt werden, indem die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, ihre Souveränität und territoriale Integrität beachtet werden.

Uruguay gehört zur Procontadora-Gruppe und tut viel für eine friedliche Lösung der mittelamerikanischen Krise, für die Beendigung des nichterklärten Krieges gegen Nicaragua. Es ist nur natürlich, daß dieses Problem bei den Moskauer Gesprächen angeschnitten wurde. Die Sowjetunion versteht den positiven Beitrag Uruguays zu den Bemühungen für eine Normalisierung der Lage in Mittelamerika zu würdigen.

Die Außenminister der beiden Länder bekundeten ihre Oberzeugung, daß die Beziehungen UdSSR-Uruguay zum Wohl ihrer Völker, im Interesse des besseren gegenseitigen Verständnisses und der Festigung des Friedens weiterentwickelt werden müssen. Montevideo-Moskau

FRANKREICH

Die Piratenflagge des Kapitals

Nikita JERMAKOW

Die Reprivatisierung eines beträchtlichen Teils des staatlichen Sektors ist gegenwärtig der Angelpunkt der gesamten Wirtschaftspolitik, die die Regierung der rechten Mehrheit betreibt. Sie entspricht den ideologischen Einstellungen, die dem Programm der Regierung Chirac zugrunde liegen: volle Handlungsfreiheit für das Privatkapital, freies Spiel der Marktpreise, maximal günstige Möglichkeiten für die Monopole, Superprofiite zu erzielen.

Worum handelt es sich konkret? Vor allem um den in Aussicht genommenen Verkauf von 65 staatlichen Industrie-, Versicherungsgesellschaften und Banken in den nächsten 5 Jahren. Auf der Liste stehen die Giganten wie Pechiney, ELF-Aquitaine, Saint-Gobain, Compagnie Generale d'electricité, Thomson, Rhône-Poulenc, die wichtigsten Versicherungsanstalten, 36 Banken und Finanzgruppen, darunter solche, die dem Staat seit Kriegsende gehörten: die Société Générale, Le Crédit Lyonnais, die Banque Nationale populaire.

Die zu reprivilisierenden Banken vertreten 80%, die Versicherungsanstalten 30% des entsprechenden Sektors in Frankreich. In den Unternehmen, die in private Hand übergehen, sind 15% der Beschäftigten tätig, werden 25% der Exportproduktion hergestellt und 35% aller Investitionen vorgenommen. Laut Expertenschätzungen werden 200–300 Md. Franc für den Aufkauf benötigt werden.

Um die zahlreichen mit der Privatisierung verbundenen Fragen ist eine heftige Diskussion entbrannt, die sich manchmal zu offenen politischen Kollisionen auswächst, vor allem zwischen den beiden Hauptblöcken, die nach den rationellsten und effektivsten Wegen bei der Modernisierung des französischen Kapitalismus suchen: den Rechtsparteien und den Sozialisten (PS). Wie die Zeitschrift "Économie et politique" schreibt, akzeptiere die eine wie die andere Seite die Spielregeln des Kapitalismus. Da sie sich aber auf unterschiedliche soziale Schichten stützen, kommt es zwischen ihnen zu Differenzen, sobald es gilt, sich für konkrete Leistungsmethoden zu entscheiden.

Als die PS 1981–1986 der Regierung vorstand, zeigte sie, wie die Wirtschaftsprobleme ihrer Meinung nach

anzupacken seien. Die Sozialisten nahmen 1982 eine Nationalisierung vor, und der Leitgedanke war die finanzielle Rentabilität der staatlichen Gesellschaften, die sie der wirtschaftlichen Effektivität gleichsetzten. Die Folgen waren traurig. Die Produktion für den In- und Auslandsmarkt ging zurück, desgleichen die Kapitalzufuhr zur Entwicklung der Produktion. Dafür stiegen die Investitionen und Finanzoperationen im Ausland.

Unter diesen Umständen wurde Subventionierung immer notwendiger, der Staat aber stellte immer weniger Geld zur Verfügung. Einerseits stiegen das Haushaltsdefizit und die Staatschuld, da die Eingänge wegen der wachsenden Ausgaben zwecks Drosselung der "unrentablen" Zweige sanken und sich die Gewinne der großen Gesellschaften auf Kosten der Beschäftigung und der Kaufkraft der Bevölkerung erhöhten. Schon 1983 unternahmen die Sozialisten die ersten Schritte zur Reprivatisierung. Immer häufiger wurde das Privatkapital aufgefordert, mehr zu investieren und mehr Aktien zu kaufen. Allein von Beginn d. J. an wurden Investitions- und Aktienzertifikate für insgesamt 6 Md. Franc emittiert.

Als die Regierung der rechten Mehrheit im März 1986 an die Macht kam, beschloß sie, diesen Prozeß zu beschleunigen. Die Finanzkreise, die sich durch die seinerzeit von den Sozialisten erhaltenen großzügige Abfindung für die nationalisierten Banken und Firmen, durch Börsentransaktionen und die "Austerität" märchenhaft bereicherten, verfügen über große Mittel. Jetzt wollen sie die staatlichen Unternehmen an sich reißen und alle Vorteile, die ihnen dank der kürzlich vorgenommenen Aufhebung der Kontrolle über Devisenoperationen, dank der Francabwertung und der Senkung der Gewinnsteuer winken, benutzen.

Nach Ansicht vieler Wirtschaftsfachleute wird die Reprivatisierung die Produktion und Beschäftigung nicht steigern. Immense Summen müssen gezahlt werden, um die staatlichen Unternehmen, Banken und Firmen aufzukaufen. Somit werden sie der Produktionsfinanzierung, der Beschäftigung, dem Investitionsgeschehen und der wissenschaftlich-technischen Forschung entzogen wer-

den. Ganze Produktionssektoren werden als "unrentabel" liquidiert, jeder vierte Beschäftigte wird entlassen werden. Intensivieren wird sich zudem die Unterwanderung durch amerikanische und bundesdeutsche transnationale Konzerne, die sich ein möglichst fettes Stück vom staatlichen Kuchen abzuzacken hoffen.

Nach allem zu urteilen, ist man sich in der PS und im Palais de l'Elysee darüber klar, welchen Gefahren die Wirtschaft ausgesetzt wird. Kennzeichnend ist daher der Konflikt, der im Juli zwischen Präsident Mitterrand und der rechtsorientierten Regierung ausbrach. Die Regierung Chirac wurde bezichtigt, daß sie erstens keine Klarheit im Verfahren bei der Einschätzung des zu verkaufenen staatlichen Eigentums habe walten lassen. Zweitens habe sie keine Garantien gegeben, daß die Reprivatisierung die nationalen Interessen nicht antaste, dem Auslandskapital jedoch gewisse Schranken setze. Nach Berechnungen der "Libération" werden 25% der Industrie- und 27,8% der Exporterzeugnisse schon heute in französischen Betrieben und Fabriken, die ausländischen transnationalen Konzernen gehören, produziert.

Gewiß, die PS-Abgeordneten verurteilten im Parlament die Privatisierung und warnen vor dem Ausverkauf des nationalen Vermögens, erinnern sich

aber nur äußerst ungern daran, daß sie, als sie noch vor kurzem an der Macht waren, als erste dem Druck der Monopolkreise nachgaben.

Die Kommunisten beziehen eine prinzipielle Position, ebenso wie die CGT (Allgemeine Konföderation der Arbeit), die führende Gewerkschaftszentrale Frankreichs, und andere fortschrittliche Kräfte. In der Nationalisierung von 1982 sahen sie vor allem den Weg zur Modernisierung der Produktion, zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und zur Lösung des Beschäftigungsproblems. Scharf verurteilten sie die PS-Regierung, weil das Gesetz über die Demokratisierung der Betriebe auf dem Papier geblieben war.

Jetzt sagen die KPF und die CGT warnend: Die Reprivatisierung werde zur uneingeschränkten Herrschaft des Privatkapitals führen. Die rechte Mehrheit setzt in ihrem Streben, die Konkurrenzfähigkeit der französischen Betriebe zu sichern, vor allem auf niedrigere Löhne als in der BRD und den USA. Aber das kann die französische Wirtschaft nur noch mehr schwächen, denn auf diese Weise werden der Inlandsmarkt und die Kaufkraft der Werktätigen begrenzt. Die Besitzer großen Kapitals werden in noch höherem Maße als in der BRD ihr Geld risikofrei auf den Finanzmärkten kreisen lassen.

Die Ergebnisse von Umfragen, die das Nationalinstitut für Statistik und Wirtschaftsforschung durchführt, bestätigen, daß die französischen "Industriekapitäne" 1986 weniger zu investieren beabsichtigen. Infolgedessen wird das Wirtschaftswachstum weit hinter dem Stand zurückbleiben, der bei Frankreichs Hauptkonkurrenten geplant ist. Die Einkünfte aus der Verringerung des Erdölimports sollen vornehmlich für die Liquidierung der unrentablen Zweige, die Finanzierung der Reprivatisierung und die Kapitalausfuhr verwendet werden.

Sehr anschaulich zeigt sich all das am Beispiel der ELF-Aquitaine, der landesgrößten Industriegruppe. Ihr Umsatz belief sich 1985 auf 180,7 Md. Franc. Sie kontrolliert rd. 350 Firmen und garantiert die energetische Unabhängigkeit des Landes mit. Ihr gehört der größte petrochemische Konzern, sie ist führend bei der Ausarbeitung neuer Technologien in der Biochemie und bei der Entwicklung neuer Werkstoffe. Die Gesellschaft SNEA, die zu ihr gehört, sichert durch den Export ein Einkommen, das es ermöglicht, die Kosten für den Erdölimport zu einem Drittel zu decken.

In den letzten Jahren strebte die ELF-Aquitaine gleich den anderen Gruppen des staatlichen Sektors vor allem nach maximaler Rentabilität. Das führte dazu, daß zwischen 1983 und 1985 etwa 3000 Arbeitsplätze liquidiert wurden, die Arbeitsproduktivität sank, der Umsatz der Firma um 5–6% und die Realeinkünfte ihrer Beschäftigten ungefähr um einen Monatslohn im Jahr zurückgingen.

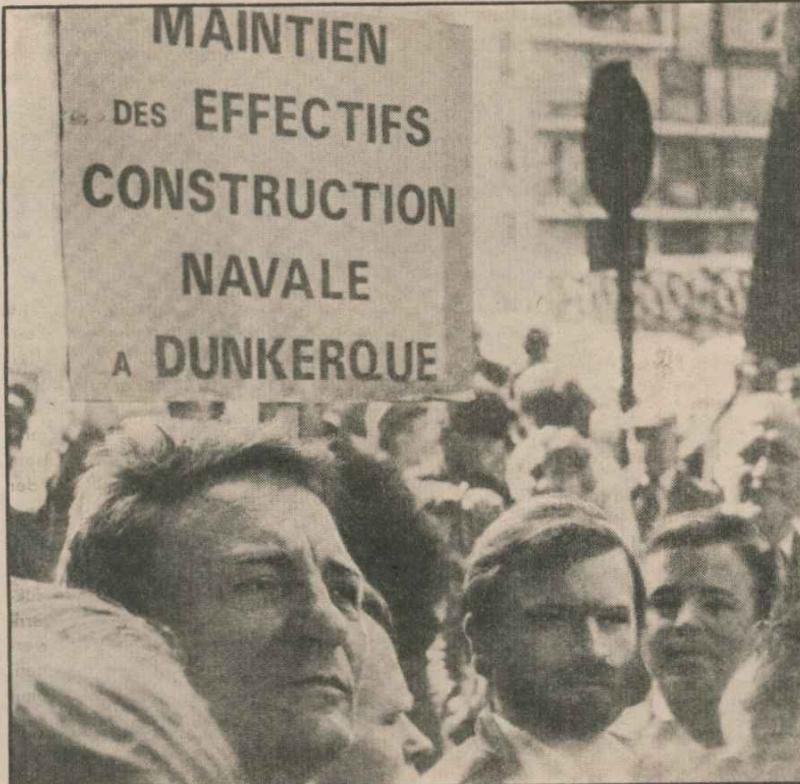
Nun soll die ganze Gruppe reprivatisiert werden. Ihre Probleme werden damit nach Meinung der Gewerkschaften nicht gelöst. Der Übergang unter die Kontrolle von Privatkapital wird nicht zu produktiven Investitionen, sondern zu Börsengeschäften führen. Besonders alarmierend ist, daß ein Großteil der Aktien der ELF-Aquitaine im Ausland abgesetzt werden soll. Das wäre ein Schlag gegen das gesamte Industriepotential Frankreichs, auch gegen seine Verbindungen mit den Entwicklungsländern.

Vor kurzem erklärte der Generalsekretär der FKP, Georges Marchais, in der Nationalversammlung im Auftrag der kommunistischen Abgeordneten: "Die Franzosen benötigen wahre gegenseitige Hilfe für die gemeinsame Lösung ihrer Probleme und für die Vergrößerung der Mittel zur Verbesserung ihres Lebens ..., zur Verhütung dessen, daß diese Mittel zum Fenster hinausgeworfen werden." Diese Worte dienen der FKP als Anleitung zum Handeln in dem Kampf, den sie gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine wirklich demokratische Entwicklung und die Unabhängigkeit Frankreichs führt.

Paris

Schiffbauer von Dunkerque protestieren gegen Entlassungen

Aus: "L'Humanité" (Frankreich)



Im August 1945 brachte die siegreiche Sowjetarmee im Fernen Osten die Befreiung für Korea, und mit ihr begann ein neues Leben

Im Land der Morgenfrische

Das moderne Pjöngjang, gelegen an den hügeligen Ufern des wasserreichen Tädong, beeindruckt durch die klare Straßenführung, die Weite der Plätze und die architektonischen Ensembles. Moderne vielgeschossige Bauten erheben sich nicht nur am Chonllima-Prospekt im Stadtzentrum. Allmählich entstehen sie auch in anderen Stadtteilen und schaffen so ein einheitliches Bild der KDVR-Hauptstadt.

Der majestätische Volkspalast der Bildung, das erhabene Große Theater, das Gesamtensemble des Kim-II-Sung-Platzes und das 48-geschossige Hotel "Koryo" am Chhangwan-Prospekt geben dem neuen Pjöngjang ein unverwechselbares architektonisches Gesicht. Doch am faszinierendsten dürften die Gebäude der Ausstellung der Völkerfreundschaft auf dem Myohiang-Berg sein, eingebettet in unzählige alte Pagoden und silbrige Wasserfälle...

Unter den neuen Bauten werden sorgsam die Reliquien, die kleinen steingewordenen Gedichte bewahrt — das Taedonmun-Tor, das Chonrue-Gartenhaus und die siebenflügelige Pagode des Hangbok-Tempels. Unter der neuen kühnen Architektur haben sich die traditionell gebogenen koreanischen Dächer behaupten können, deren Ränder erhoben sind wie Flügel aufsteigender Vögel.

Nach den barbarischen Luftangriffen der Amerikaner, die 1950–1953 Pjöngjang in Schutt und Asche legten, haften die Imperialisten gemeint, selbst 100 Jahre würden nicht ausreichen, um die Hauptstadt Volkskoreas wieder aufzubauen. Doch Pjöngjang erlebte eine wahre Wiedergeburt. Es wurde eine schöne, moderne Stadt mit fast 1,5 Millionen Einwohnern.

"Alles Lebende

ist stets zu zweit"

Die Straßen Koreas verlaufen mitten durch grüne Hügel, smaragdene

Anpflanzungen von Mais und Sojabohnen und die Plantagen von Ginseng, der schattenliebenden Wurzel des Lebens, durch Strohdächer vor der Sonne geschützt.

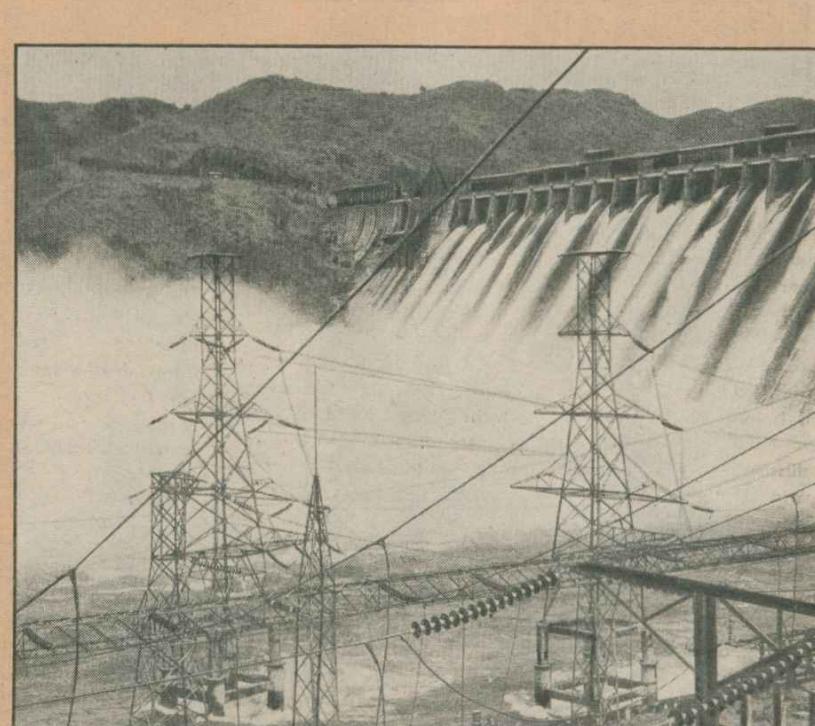
Oberall herrscht die friedliche, domestizierte Natur. Selbst der berühmte Pagyong-Wasserfall, umwunden von den Legenden über die tragische Liebe des jungen Hirten Pak und einer koreanischen Nymphe, der Tochter des Wasserherrschers, sah aus der Nähe nicht drohend, sondern ebenfalls gezähmt aus. Der Berg mahlte wie ein Mühlstein den Wasserstrom, die Sonne umgab ihn mit den Strahlen des Regenbogens, das Rauschen der Wälder dämpfte das Rollen des Wassers... Hier wird das große Interesse der Dichterin Anna Achmatowa an dem koreanischen Schönheitsideal — der Einheit von Mensch und Natur — besonders deutlich. Bereits in hohem Alter übersetzte sie brillant viele Meisterwerke der klassischen koreanischen Poesie — dieses Lobgesangs auf den Fleiß des "Landes der Morgenfrische", auf die glückliche Einheit der grünen Berge, der vielgestaltigen Flüsse und des Menschen. Und so klingen in ihrer Übertragung Verse eines Klassikers des 16. Jh., Chon Chol:

Auf der bunten Pracht der Blumen
Sind zwei Schmetterlinge immer zusammen;
Unter grünen Trauerweiden

Flüßchen, durch Dörfer mit den traditionellen Bauernhäusern unter ihren charakteristischen Dächern.

Die Landschaft Koreas ist nicht endlos, hat keine hohen Berge und keine ferne Weiten. Sie ist eher anheimelnd, anmutig. Sie scheint ganz — von den schmalen Ebenen bis zu den welligen Hügeln und den schlanken Flußbetten — wie von Menschenhand gewebt zu sein.

Einige Stunden rollt unser Wagen über die vorzügliche Autobahn von Pjöngjang nach Süden, nach Kaesong, zum 38. Breitengrad — zur Demarkationslinie, die das Land trennt, und die ganze Zeit begleiten uns die leuchtend grünen kleinen Quadrate der gepflegten Reisfelder, die Birnengärten, die dichten



Sind zwei Goldamseln immer zusammen?

Alles Lebende ist stets zu zweit ...
"Alles Lebende ist stets zu zweit..."

Diese glückliche Einheit von Mensch und durchgeistiger Natur in der KDVR, einem Land mit entwickeltem Berg- und Maschinenbau, wird auf ihre Art durch die kunstvoll in die Bergsohlen geschlagenen Pumpstationen unterstrichen, die das lebenspendende Nass zu den Terrassen hochbringen. Selbst die elektrifizierten Bahnstrecken (ein weiterer Sieg der Arbeiterklasse Volkskorea!), die sich in Serpentinen zwischen Bergen und Wältern aus Pjöngjang nach Norden, nach Süden oder zum Japanischen Meer, nach Wonsan und Chongjin winden, fügen sich harmonisch in die Landschaft.

Da versteht man den gerechten Zorn, mit dem sich die Koreaner an die Bombardierungen der Städte, Dörfer, Wälder und Felder durch die US-Luftwaffe erinnern (selbst die Eichhörnchen suchten Rettung bei den Menschen) — und den Zorn und die Trauer, wenn sie von der jetzigen Teilung ihrer unteilbaren koreanischen Heimat sprechen.

Wahres Schöpfertum

Heimaterde ist nicht nur ein Geschenk an den Menschen, sondern legt ihm auch eine große Verpflichtung auf. In Nampho, an der Küste des Gelben Meeres, wo an der Mündung des Tädong ein gigantischer Staudamm entsteht (der es erlauben wird, mehr Felder zu bewässern und den Salzbodyen

zu rekultivieren), und in der landwirtschaftlichen Genossenschaft "Mingok" in der Provinz Nord-Hwanghae, bei der Stadt Sariwon, faszierte uns immer wieder das weise, so liebevolle Verhältnis der Koreaner zur Natur.

Was wußten die Leiter, die Agronomen und die einfachen Werktagen der landwirtschaftlichen Genossenschaft "Mingok", die ausgedehnte Reisfelder, einen großartigen Garten und Schweinezuchtfarmen, einen Kulturpalast und eine Siedlung städtischen Typs besitzt, zu berichten? Dieser wunderbare Boden, sagten sie, die Felder, wo die Zahl der Sträucher pro Quadratmeter und der Halme an jedem Strauch genau bestimmt ist, waren kein Geschenk der Natur. Enorme Geduld und große Arbeit waren nötig, um mit zwei einander scheinbar ausschließenden, doch im Monsunklima Koreas durchaus realen Erscheinungen fertig zu werden — der so oft wieder kommenden Dürre und den häufigen Überschwemmungen. Der See bei dem Dorf, der früher in der Regenzeit nur Wasser sammelte und das Dorf überschwemmte, wurde über Bewässerungskanäle an Trockenfelder geführt. Der See ist im Grunde nicht gestorben, ist nicht verschwunden. Die "Seegeister" dürfen den Menschen nicht zürnen! Die Leiter der Genossenschaft zeigten uns die Anlagen für die Ableitung des Stauwassers, die Uferbefestigungen und die Bewässerungsanlagen — das ganze System der Wassernutzung — und sprachen mit Freude davon, daß der einstige See atmet, lebt, daß sie nur ein

Talent ihres Bodens zur Entfaltung gebracht haben...

Auch die weise Fürsorge beim Anbau der Ginsengwurzel, des berühmten koreanischen Insam, um Kaesong verdient größte Bewunderung. Der Ginseng, ein Relikt aus dem Tertiär, sammelt bis zu 30 Jahren seine Kraft, die er dann den Menschen schenkt. Für den Ginseng würden in der Umgebung von Kaesong besondere Parzellen ausgewählt, und jede Wurzel ist von einem Strohdach bedeckt, das vor der brennenden Sonne, starkem Regen und jähnen Windstößen schützt.

... Von den hohen Hügeln des Mankiontae, bewachsen mit niedrigen zähen Kiefern, sieht man sogleich auch die riesigen Hallen des Werks für Schwer- und Energemaschinenbau in Taean ebenso wie die sorgfältig bearbeiteten Reisfelder zu beiden Ufern des Tädong und die Umrisse des modernen Pjöngjang. Überall Spuren der schöpferischen Tätigkeit des Volkes, das in der Vergangenheit wiederholt seine Fähigkeit demonstrierte, allen Umtrieben des Imperialismus Widerstand zu leisten, und das jetzt seine Bereitschaft bekundet, die gefährlichen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel abzubauen, zur Sicherheit in Asien beizutragen, sein Streben, die traditionelle Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern weiter zu festigen.

V. TSCHALMAJEW

Pjöngjang-Moskau

Die Breiten der Zusammenarbeit

Die sowjetisch-koreanischen Beziehungen sind fest durch den Vertrag beider Staaten der Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeementiert. Vor kurzem beginnen die UdSSR und die KDVR den 25. Jahrestag seines Abschlusses.

Die fruchtbare Zusammenarbeit beider Länder miteinander erfaßt praktisch alle Schlüsselindustrien: die Energiewirtschaft, die Eisen- und E-Metallurgie, die Kohleindustrie, die Chemie, die Leichtindustrie und den Maschinenbau. In den 25 Jahren wurden in Korea mit

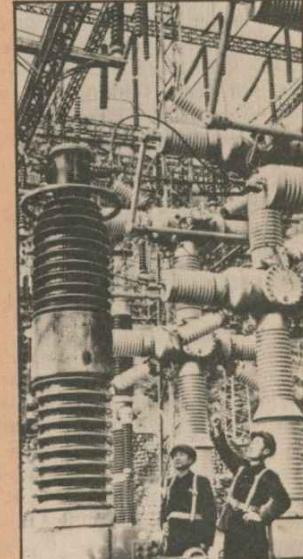
sowjetischer technischer Hilfe etwa 70 Industrieobjekte gebaut, darunter mehrere Kraftwerke, Betriebe der Eisen- und NE-Metallurgie, Kunstdüngerfabriken, Erdölraffinerien und Fertigungsanlagen für Kraftwagen-Akkus.

Eine besondere Entwicklung erfuhr die sowjetisch-koreanische wirtschaftliche Zusammenarbeit 1981-1985. Ihr Umfang verdoppelte sich gegenüber den vorausgegangenen fünf Jahren. In dieser Zeit wurden eine Kaltwalzerei im Hüttenwerk "Kim Chak" in Chongjin, zwei große Wärmekraftwerke, Betriebe der Elektrotechnik und der NE-Metallurgie ihrer Bestimmung übergeben. Man kann mit Fug und Recht sagen, daß die mit sowjetischer Hilfe errichteten

Fabriken und Werke die industrielle Basis Volkskorea's gefestigt haben.

In den Jahren 1986-1990 und in der darauffolgenden Zeit wird die UdSSR Korea bei der Arbeit an 19 Objekten, darunter am ersten Kernkraftwerk des Landes, helfen. Das wird ein wichtiger Beitrag zur Festigung des Wirtschaftspotentials und zur Erweiterung der Exportmöglichkeiten Koreas sein.

Die UdSSR hilft auch bei der Ausbildung koreanischer nationaler Fachkräfte, sowohl qualifizierter Arbeiter als auch Ingenieure und Techniker. Sowjetische Fachleute übermitteln den koreanischen Freunden ihre Produktionserfahrungen und Kenntnisse.



Am Wärmekraftwerk Dzan Dzin Gang

Fotos: Aus der Zeitschrift "Korea" und ZTAK-TASS

as Wasserkraftwerk Suphun, in sowjetischer Hilfe wieder aufgebaut und erweitert

Räuber an der Hirschgrube

In Kabul wurde ein mehrfältiger Prozeß abgehalten, der im Lande eine starke Resonanz fand. Angeklagt wurden sieben der blutigsten und despotischsten Anführer konterrevolutionärer Banden, Leute, die grausame Massenmorde, Gewalttaten, Diverisionen und Raubüberfälle auf dem Gewissen haben. Sie wurden sämtlich in Abwesenheit zur Höchststrafe verurteilt.

Wie im Prozeß betont wurde, verüben die Konterrevolutionäre ihre Verbrechen unter dem Vorwand, "den Islam zu schützen", und spielen sich als uneigennützige Glaubensritter und wahre Patrioten auf. Das ist nicht neu und kann in Afghanistan heute kaum noch jemanden irreführen.

Als erster auf der Liste der Angeklagten stand Ahmed Shah Masud. Hier einige Einzelheiten aus der "Tätigkeit" dieses Kämpfers für den "rechten Glauben".

Der Name des in Afghanistan berühmten Panjshir bedeutet "Fünf Löwen". Seit einigen Jahren versucht der dortige ungekrönte König der Konterrevolution Ahmed Shah Masud diese Gegend der Republik streitig zu machen. Ich war viele Male in diesem majestätischen Bergland, in Friedenszeiten und während der Kampfhandlungen, doch Löwen sah ich nicht. In diesem Land gibt es einfach keine Löwen. Dafür gibt es Hirsche in Panjshir. Diese stolzen, zähnen und anmutigen Tiere leben gleich Adlern beinahe über den Wolken.

In Panjshir hört man immer wieder, einem dieser Tiere sei die Entdeckung der afghanischen Smaragde zu verdanken. Als ich zum erstenmal die Sage hörte und den Namen der ersten hiesigen Fundstelle — Hirschgrube — erfuhr, mußte ich an Bashows "Malachit-Schatulle" und an die in der CSSR bekannte Legende denken, der zufolge Karlovy Vary seine Gründung auch einer Hirschjagdgeschichte zu verdanken habe. Doch meine Erzählung von der Hirschgrube ist kein Mythos, denn ihr liegen die Worte eines Augenzeugen zugrunde.

Da sitzt er vor mir, ein graubärtiger Alter in einem warmen hausgewebten Kaftan mit nationaler Stickerei. Hadja Gulistan ist über 70, aber robust, hat weiße Zähne und ein erstaunlich zuverlässiges Gedächtnis. Hier in Panjshir hat er sein ganzes Leben verbracht. Im Dorf Safedshir steht auf einem Hügel sein Vaterhaus aus Natursteinen, worin er selbst und später seine 12 Söhne und Töchter das Licht der Welt erblickten. Er bestellte seinen Acker und jagte ab und zu.

Vor genau 25 Jahren schoß er einen Hirsch an. Gemeinsam mit zwei Söhnen verfolgte er lange das verwundete Tier, bis es mit einem Bein in einer Fel-

senschlucht steckenblieb. Sie zogen das Tier an die Oberfläche, aber in den Sonnenstrahlen glitzerten in der Tiefe grüne Funken. Aus Neugier sammelten sie ein paar grüne Steinchen und brachten sie zusammen mit ihrer Jagdbeute nach Hause. Weiter war alles äußerst einfach. Hadja Gulistan trug seinen Fund ins Verwaltungszentrum Ruhu zu einem bekannten Krämer, der alles Mögliche verkaufte, darunter billigen Schmuck. Dieser zahlte 7000 Afghani für die Steinchen. Das war für Gulistan ein ganzes Vermögen. Der Krämer



Afghanische Sicherheitskräfte liquidieren eine große Bande in Shakardarah. Unser Bild: Die Waffen der Banditen

Foto: TASS

begab sich mit der erstbesten Karawane nach Kabul und verkaufte die Steine einem Juwelier für 90 000. Dieser nun bekam in der pakistanschen Stadt Peshawar, die im Orient für ihre Juweliere berühmt ist, das Fünffache.

Die Steine erwiesen sich als Smaragde. Die Schlucht wurde Hirschgrube genannt.

Bald erfuhr man von diesem Geschehen auch im ehemaligen königlichen Bergbauministerium. Nach Safedshir wurde eine Kommission entsandt.

"Die Mitglieder der Kommission lebten bei mir", erzählte Hadja Gulistan. "Ein westdeutscher Ministerialrat, der zu ihr gehörte, stieg mit mir sofort zum Fundort hinauf. Mit einem Messer polkte er noch ein paar Steinchen heraus, dann fotografierte er viel und schrieb in seine Hefte, worauf er die Schlucht mit einem speziellen Stoff bedeckte, dem weder Regen noch Schnee, weder Sonne noch Wind etwas anhaben können. Am Abend versammelte der Kommissionsvorsitzende das ganze Dorf und verbot seinen Bewohnern unter Androhung einer hohen Geldstrafe und des Freiheitsentzugs, dort irgendwelche Grabungen vorzunehmen. Das ist die Geschichte der Entdeckung unserer Panjshir-Smaragde."

Das alte Regime schaffte es nicht, diesen Reichtum zu erschließen. Das Fehlen von Straßen, spezieller Technik und gelernten Arbeitskräften, die hohe Lage der Vorkommen, die Notwendigkeit bedeutender Erstinvestitionen in Prospektion und Abbau — all das schreckte die königlichen Minister. Aber die hiesigen Bewohner gruben ein wenig auf eigene Kosten. Selbst wenn sie den harten Felsen mit ganz primitiven Hacken oder Schaufeln abkratzten, verließen sie die "Smaragdgipfel" nie mit leeren Händen. Es gibt hier ganze Felder von Smaragden, und zwar nicht nur in der Hirschgrube, sondern auch Dutzende Kilometer im Umkreis. Es kam so weit, daß einige Familien ihre Parzelle und die Jagd aufgaben und nur noch von den Steinen lebten.

Gewiß, es gab dabei auch Verluste und ein gewisses Risiko. Die Vermittler plünderten die Digger nach Herzenslust. Viele von jenen, die auf eigene Faust nach Peshawar gingen, fielen den Wegelegerern zum Opfer. Auch Hadja Gulistan wollte einmal sein Glück versuchen und ging nach Peshawar zur berühmten internationalen Herbstmesse der Juweliere. Aus seiner Bereicherung wurde nichts. "Ich konnte es mit den berufsmäßigen Schiebern sowieso nicht aufnehmen", sagt er.

Nach der Revolution, die gleich an mehreren Fronten kämpfen mußte, bemächtigte sich Ahmed Shah Masud der Smaragdvorkommen. Er war hier geboren worden. Sein Vater, ein Oberst der königlichen Armee, konnte ihm eine ganz gute Bildung geben: Masud studierte an der Universität Kabul, in Frankreich und Ägypten. Der ehrgeizige Konterrevolutionär entging den westlichen Geheimdiensten nicht. Er wurde in den Methoden des "Guerillakrieges" ausgebildet und auf das genaueste instruiert. Mit vielen Waffen ausgerüstet und von Halsabschneidern —

seiner Leibwache und ausländischen Beratern — umgeben, erhob er sich gegen die Revolution. Dieser grausame, fanatische Mann, ein gefährlicher, unverzöglichlicher Feind der Republik, terrorisiert schon seit Jahren die Bewohner zahlreicher Dörfer in Panjshir. In Interviews, die er westlichen Journalisten mit Vorliebe gewährt, nennt er sich nur noch den "Regenten von Panjshir" und verhehlt nicht, daß er auf ganz Afghanistan reagiert.

B. Rabbani, einer der Anführer der Konterrevolution und Chef der bewaffneten Gruppierung "Islamische Gesellschaft Afghanistans", ernannte Masud zu seinem militärischen Stellvertreter. Beide behaupten, Schützer des "von der Revolution bedrohten" Islam und also Glaubenskämpfer zu sein, während Panjshir das Bollwerk der Konterrevolution sei. Doch hinter ihren salbungsvollen Reden stecken niedrige Interessen. Die "tapferen Patrioten", wie sie im Westen oft und gern genannt werden, geben sich nicht erst mit "Guerilla-Operationen" ab, vielmehr plündern sie die nationalen Reichtümer. Ihre Grabungen betreiben sie im großen, die gewonnenen Smaragde werden ins Ausland transportiert. Hadja Gulistan, der bis vor kurzem diese mehr als fünfjährige Plünderung mit eigenen Augen sah, erzählt:

"Das wird ganz groß betrieben. Aus einzelnen Diggern, ehemaligen Bauern, stellte Masud mehrere Brigaden auf, die unter Bewachung von Kommandos arbeiten. Er selbst oder seine Vertrauensleute nehmen die Steine für einen Pappenstiel entgegen. Masud, der sich als Besitzer der Gruben und als Ernährer der Arbeiter ausgibt, behält außerdem 10% von dem von ihm selbst festgesetzten Preis für sich."

In Peshawar setzen Masuds Agenten die Ware auf dem Sadir-Markt ab. Dort werden in zahlreichen Schmuckwarengeschäften, mit denen der in dieser Stadt lebende Rabbani Geschäftsverbindungen unterhält, schon relativ reelle Preise gezahlt. Ein Teil des Gewinns geht für neue Waffen der Masud-Banden drauf. Einige Märsche von Boten aus Panjshir genügen, damit sich eine weitere Karawane mit MPis, MGs, Gebirgsartillerie und selbst Raketen auf den Weg macht, zumal all diese Waffen auf den pakistanschen Märkten ohne weiteres zu kaufen sind. Der gar nicht geringe Rest bleibt in den Taschen der beiden Anführer der "Islamischen Gesellschaft Afghanistans", Rabbani und Masuds. In der Gegend, wo sich Masuds Banden befinden, tauchen häufig pakistansche, amerikanische, britische, westdeutsche und französische Ausbilder auf. Sie helfen bei der Meisterung neuer Waffen, bilden neue Terroristen und Wühlgänger aus. Wie Hadja Gulistan sagt, sind viele von ihnen nicht abgeneigt, jedesmal einen kleinen Stein aus der Umgebung der Hirschgrube mitnehmen zu lassen.

Masud überwacht seine Arbeiter streng. Sie müssen schuftend und werden schon wegen des geringsten Vergehens bestraft. Die Konterrevolutionäre haben in der Umgebung mehrere Gefängnisse gebaut. Die Flucht aus dem "smaragden Bagno" ist sehr riskant. Dennoch wagte es der alte Hadja Gulistan zu fliehen, und hatte Glück.

Seine Erzählung ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Aufrufe der "Islamischen Gesellschaft Afghanistans" und der anderen konterrevolutionären

Organisationen zur "Verteidigung des Islam" nur ein Rauchvorhang sind. Die "Mujaheddins" sind keine Glaubenseifer, sondern ganz gewöhnliche Gauner und Diebe. Für sie gibt es nichts Heiliges. Es genügt nicht, daß sie Edelsteine räuben. Jeder von ihnen hat noch einen Stein in der Hinterhand — als Waffe gegen die eigene Heimat, gegen die nationale Würde und Freiheit des afghanischen Volkes.

G. USTINOW

Kabul—Moskau

PERSONALIEN



Ständiger Vertreter der UdSSR bei der UNO, Vertreter der UdSSR im UNO-Sicherheitsrat

Alexander Michailowitsch BELONOGOW

Alexander Belonogow, geb. 15. Mai 1931, Moskau, Russe, absolvierte 1954 die Moskauer Staatliche Hochschule für internationale Beziehungen und promovierte als Dr. jur. Trat der KPdSU 1958 bei.

Seit 1954 Referent der Verwaltung Vertragsrecht im Außenministerium der UdSSR, 1956–1959 Oberreferent und Attaché derselben Verwaltung; 1959–1962 3., dann 2. Sekretär der Abteilung Internationale Wirtschaftsorganisationen im Außenministerium. Zwischen 1962 und 1967 2., dann 1. Sekretär der Botschaft der UdSSR in Großbritannien, 1967–1978 Berater, Oberberater und Hauptberater der Verwaltung für Planung der außenpolitischen Maßnahmen im Außenministerium der UdSSR, 1978–1980 Abteilungsleiter. Zwischen 1980 und 1984 stellvertretender Leiter der Verwaltung für Planung der außenpolitischen Maßnahmen, 1984–1986 Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der UdSSR in der Arabischen Republik Ägypten.

A. Belonogow wurde mit dem Orden des Roten Arbeitsbanners und dem Orden der Völkerfreundschaft ausgezeichnet.



Rektor der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der UdSSR

Oleg Gerassimowitsch PERESSYPKIN

Oleg Peressypkin, geb. 12. August 1935, Baku, Russe, absolvierte 1959 die Moskauer Staatliche Hochschule für internationale Beziehungen, ist Dr. sc. phil. und Dr. rer. oec. Trat der KPdSU 1964 bei.

Nach der Hochschule Dolmetscher und dann Attaché der Gesandtschaft der UdSSR in Jemen. Von 1963 bis 1965 Attaché, später 3. Sekretär der Abteilung Nahostländer im Außenministerium der UdSSR; 1965–1969 2., dann 1. Sekretär der Botschaft der UdSSR in Irak. Zwischen 1969 und 1971 erster Sekretär der Abteilung Nahostländer des sowjetischen Außenministeriums, 1971–1975 Botschaftsrat in der VDR Jemen. Zwischen 1975 und 1980 Berater, dann Sektorenleiter in der Abteilung Nahostländer; 1980–1984 Botschafter der UdSSR in der Jemenitischen Arabischen Republik, 1984–1986 Botschafter der UdSSR in der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamaahiriya.

Seit 1986 ist O. Peressypkin Mitglied des Kollegiums des sowjetischen Außenministeriums.

Er wurde mit dem Orden der Völkerfreundschaft und mehreren Medaillen ausgezeichnet.

Tschernobyl: Der große Umzug

Andrej Illesch, Träger des Preises des Journalistenverbands der UdSSR

Fotos: Juri INJAKIN

Aus den Materialien der Sondersitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Zur Begutachtung lag der Bericht der Regierungskommission vor über Untersuchungsergebnisse der Gründe, die zu der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl geführt haben, über die Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen und zur Gewährleistung der Sicherheit der Atomenergiegewinnung: „Für die aus der Gefahrenzone des KKW Tschernobyl evakuierte Bevölkerung werden Wohnungen, Kultur- und Sozialeinrichtungen gebaut. Der materielle Verlust wird ihr ersetzt. Die notwendigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dauern an.“

Eines der ganz großen Probleme in Tschernobyl hieß „Evakuierung“. Die Havarie im vierten Block traf an die hunderttausend Menschen, 31 000 Familien, und zwang sie, ihren Wohnort zu wechseln. An und für sich bringt ein Umzug in diesen Größenordnungen schon genug Probleme mit sich, aber unter Bedingungen einer Havarie steigen sie um ein Vielfaches. Entsprechend bedeutungsvoll erscheint die heute bereits geleistete Arbeit.

Der erste Sekretär des Gebietsparteikomitees Kiew, Grigori REWENKO:

„Unser Gebiet wurde mit einer Katastrophe konfrontiert, die wir bisher auf der Erde noch nicht hatten. Auch in dieser schwierigen Situation wird das Verhalten unserer Menschen durch die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang der Ereignisse bestimmt. Schon in den ersten 24 Stunden nach der Havarie liefen im Gebietsparteikomitee die Telefone heiß: Menschen boten an, überall hinzufahren, wo Not am Mann sei, und zwar sofort. Sie wollten helfen, und Arbeit gab es reichlich. Die Evakuierungszone beträgt 30 Kilometer. Hier haben wir alle rausgeholt. Diese Zone wurde aus in diesem Fall gerechtfertigten Sicherheitsüberlegungen erweitert, denn keiner will die Gesundheit der Menschen aufs Spiel setzen! Wir verteilen die Evakuier-

auf vier Rayons im Gebiet: Iwankowskij, Polesskij, Borodjanskij und Makarowskij. Das Wichtigste war, erst einmal alle Evakuierter mit Lebensmitteln und Kleidung zu versorgen und sich um Schulen und Krankenhäuser zu kümmern.

Die Arbeit in den ersten Tagen war nicht ganz einfach, aber wirklich kompliziert wird es erst noch. Wir wollen schließlich allen helfen.“

Die Hilfe kam.

„Zunächst seien einige äußere Umstände präzisiert, etwa die geographische Lage: das Tschernobyler Kernkraftwerk heißt so, weil es 18 Kilometer von der Rayonhauptstadt Tschernobyl entfernt liegt. Dieses gemütliche ukrainische Städtchen mit seinen 10 000 Einwohnern sieht wegen der vielen grünen Gärten eher wie ein wohlhabendes Dorf aus. Direkt neben dem KKW liegt die Energetikerstadt Pripyat, eine moderne, zugleich mit dem KKW erbaute Stadt. Hier leben und arbeiten diejenigen, die das Kernkraftwerk bedienen, zusammen mit ihren Familien, etwas über 40 000 Menschen.

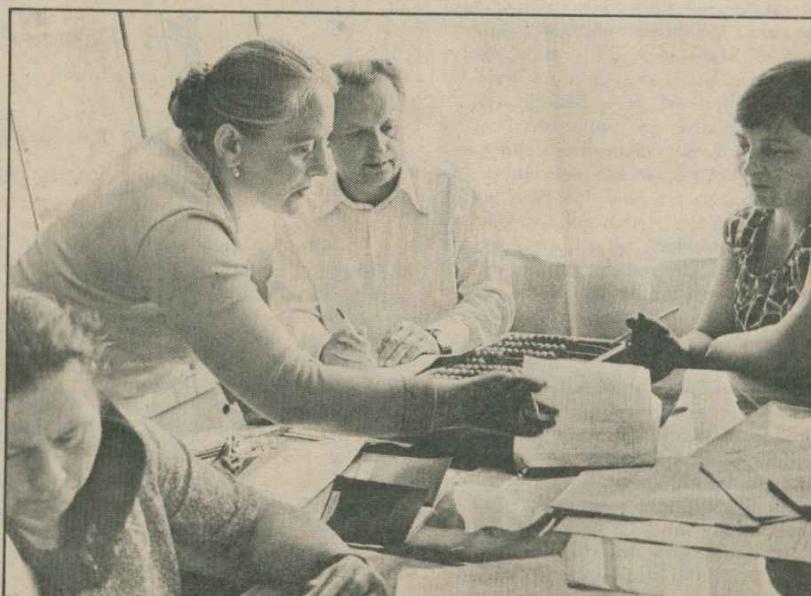
Genauer gesagt, lebten und arbeiteten. Heute ist es im verlassenen Pripyat unheimlich. In den Straßen tau-

chen höchstens ab und zu Patrouillenfahrzeuge auf.

Zugegeben, ein trauriger Anblick: Menschenleere Dörfer, Viehfarmen mit vernagelten Toren und längs der Straße nach Tschernobyl Dörfer mit hermetisch abgedichteten Brunnen. Verwaiste Felder, Wälder, in denen voriges Jahr um diese Zeit Pilzsucher umherschweiften, wo es an Wochenenden recht lebendig zuging, weil sich fast ganz Kiew abplagte, in dieser unberührten Natur Erholung zu finden. Angeln, Beerensuchen, Strand und Baden ist vorläufig alles noch ein Traum, in der 30-km-Zone, aus der die ganze Bevölkerung evakuiert wurde. Damit er sich verwirklicht, entaktivieren Spezialisten das Gebiet. Erst eine vollständige garantie Sicherheit wird die Rückkehr der Menschen auf Dauer ermöglichen.

Die Havarie zwang hundertausend Menschen umzuziehen. Sie wurden schnell, aber ohne Panik evakuiert. Die Ruhe der Menschen ließ sich mit ihrer Hoffnung oder auch Überzeugung erklären, daß sie ihre Häuser nur kurzfristig verlassen... Für eine Woche vielleicht... Daraus wurden drei Monate. Aus ständigen wissenschaftlichen Überprüfungen ging hervor, daß in einigen Teilen der 30-km-Zone, die als potentiell gesundheitsgefährdet erklärt wurde, die Strahlung nicht wesentlich angestiegen war, selbst in den ersten Tagen des Unglücks nicht. In andere Gebiete können die Bewohner leider noch nicht so bald zurückkehren.

Wenn man sich mit den Umsiedlern und denen, die sie aufgenommen haben, unterhält, steht immer der erste Moment vor Augen, die Ankunft. Die



Tschernobyler, so nennt man die Evakuierten jetzt, wußten, daß ihnen geholfen wird, daß sie nicht auf der Straße übernachten müssen. Sie machten sich nur Sorgen wegen der Scherereien, die sie verursachen würden, hatten Angst, die zu belästigen, bei denen sie wohnen würden. Die Wartenden machten sich ebenfalls ihre Gedanken, sie wußten nur gerüchtwiese, was dort, in Pripjat, passiert war. In einigen Dörfern kamen die Busse erst spät nachts an, aber keiner schlief, sie hielten die Öfen angeheizt, um die Ankömmlinge gleich mit einem warmen Essen in Empfang nehmen zu können.

Die Bevölkerung des Rayons Iwankowskij hat sich nach dem Zuzug der Menschen aus Pripjat verdoppelt. Alle An-



Diese Kinder brachte man sofort nach ihrem Umzug aus Tschernobyl in einen neuen Kindergarten.

Heute arbeiten zwei Traktoristen auf einem Feld: Einer aus Tschernobyl und einer aus dem Borodjanski-Rayon. Im Sommer hat der Kolchsbauer auf dem Feld alle Hände voll zu tun.

Die wichtigsten Fragen werden im Rayon-exekutivkomitee entschieden: die Evakuierten schnell und bequem unterbringen, ihnen Wohnung und Arbeit verschaffen.





kömmlinge wurden sofort ärztlich untersucht. Die Reiheuntersuchungen dauern an. Die Kinder wurden alle zur Erholung ans Schwarze Meer oder in andere Gebiete der Republik verschickt. Sie und werdende Mütter erhielten die längerfristigen Reisen umsonst.

Die Ortsansässigen halfen den unfreiwilligen Neusiedlern, sich einzuleben. Die örtlichen Sowjets brachten die Lebensmittelversorgung in Schwung, den Kantinenbetrieb und die Geschäfte, die, wie man sich denken kann, auf diese Kundenmassen nicht vorbereitet waren. Bald verlief die Entwicklung in



Piloten, Feuerwehrleute, extra herangeführte Armee-Einheiten, alle, die Uniform tragen, lösen die gemeinsame Aufgabe, die Folgen der Havarie zu beseitigen.



ruhigeren Bahnen. Alle Schüler und Frauen mit Kleinkindern fuhren in die Ferien. Viele erhielten Arbeit in anderen Städten. Das betraf besonders die Arbeiter des AKW Tschernobyl und der „Jupiter“-Radiowerke aus Pripjat. Beispielsweise lebten im Polesskij-Rayon, Gebiet Kiew, wohin gleich zu Anfang ca. 23 000 Menschen evakuiert wurden, einen Monat später nur noch 2 000 Menschen. Alle übrigen fanden Arbeit oder fuhren in Sanatorien und Erholungsheime.

Aus den Materialien der Sonderitzung des Politbüros des ZK der KPdSU: „Die vorrangige Aufgabe besteht darin, die Bevölkerung mit Wohnraum und Sozialeinrichtungen zu versorgen. Für die Landbevölkerung sind Häuser mit einer Wohnfläche von ca. 700 000 Quadratmeter zu bauen.“

Die Kommission, die sich mit der Hilfe für die Evakuierten befaßt, arbeitet in Kiew im Gebäude des Gebietssovjets der Volksdeputierten. Hier sucht man den Menschen vorübergehende Arbeit, Wohnraum und erklärt ihnen die Ausgabebestimmungen für finanzielle Beihilfen, berät man in Fragen der Sozialversicherung und Rentenversorgung. An den Wänden des von der Kommission belegten Gebäudes, über den Schreibtischen, an denen geschultes Personal die Aufnahme vornimmt, hängen, wie im Stab der Regierungskommission in Tschernobyl,



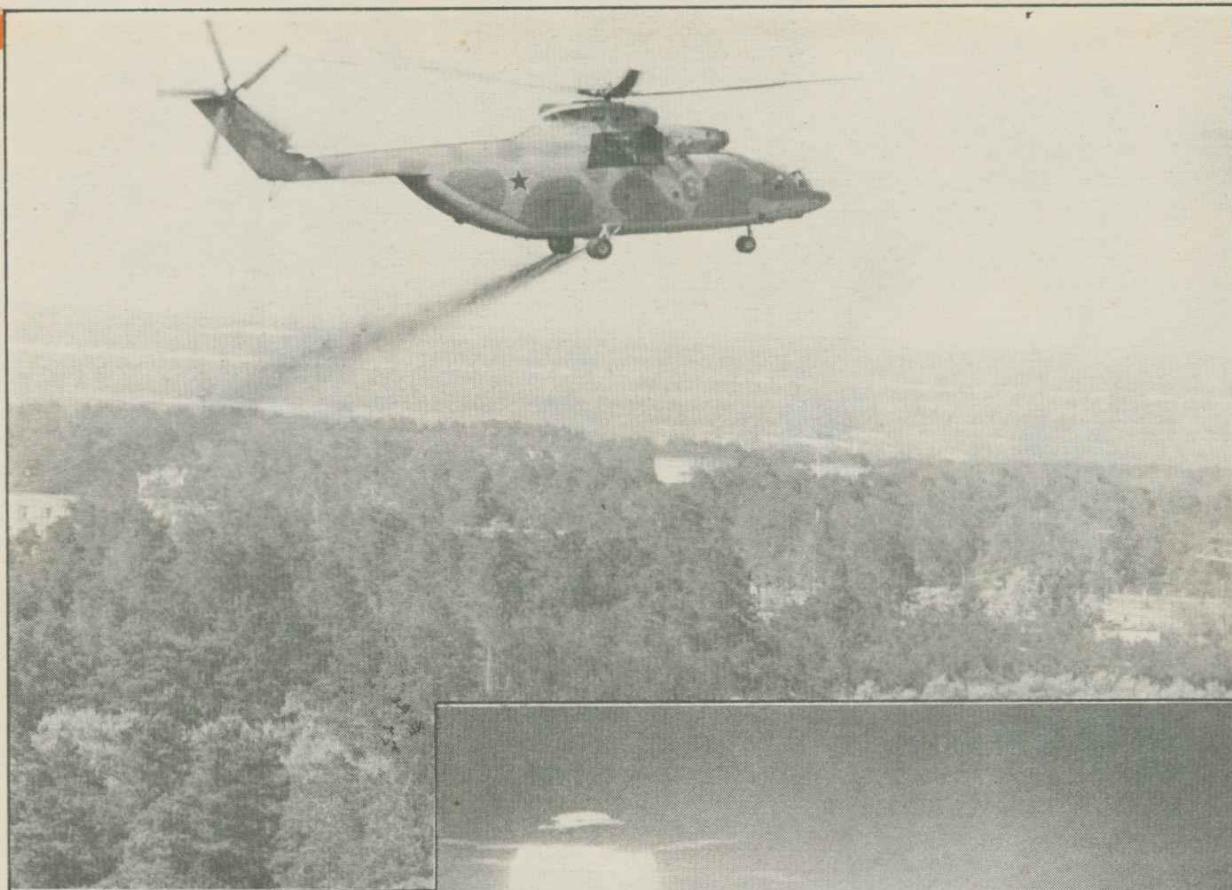
Die aus der 30-km-Zone Evakuierten und ihre gastfreudlichen Wirsitzen am selben Tisch und leben in derselben Familie.

Das Leben geht weiter:
Ärzte überwachen
die Gesundheit
der evakuierten Kinder.
Hier müssen die Straßen
besonders sauber
gehalten werden.
Verschiedene Städte
des Landes halfen
dem Gebiet Kiew
mit Spezialtechnik.



Schilder: „Medizin“, „Miliz“, „Reisen“ und ähnliches mehr.

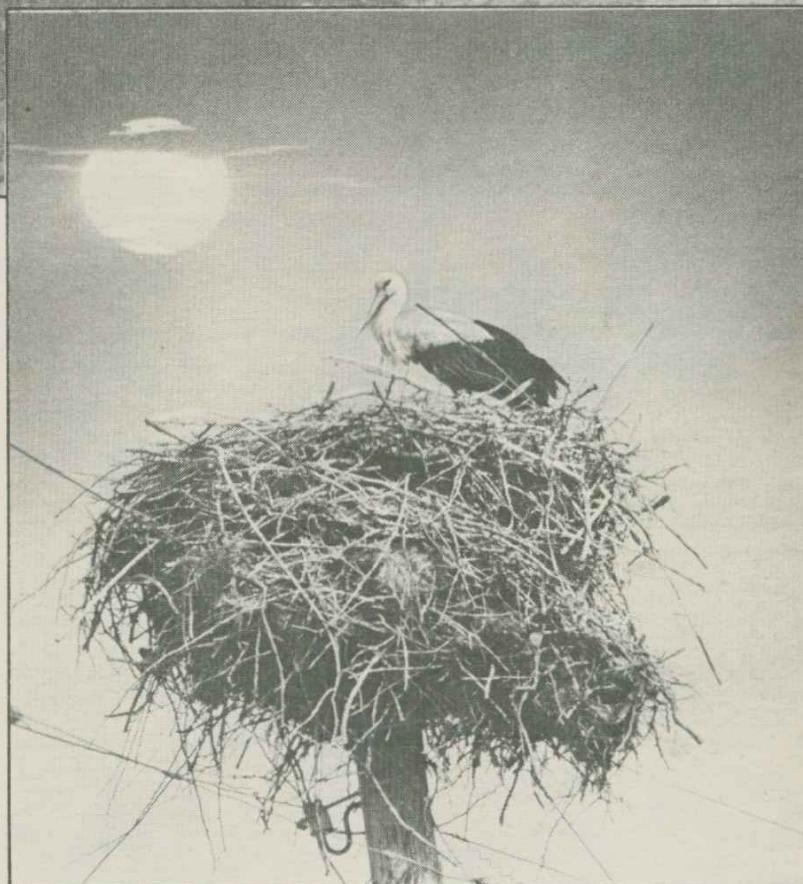
Der verantwortliche Kommissionsmitarbeiter V. Makarov, berichtet: „Tausende von Menschen haben sich bereits an uns gewandt. Es versteht sich, daß wir nicht nur beraten. Wir besorgen denjenigen, die in die Ferien



oder zur Arbeit in andere Städte fahren, Eisenbahn- und Flugzeugtickets. Wir bringen die Menschen in Kiewer Hotels unter, und nicht immer gibt es für den gleichen Tag, an dem sie herkommen, auch freie Zimmer. Die Leute brauchen ein Bett für die Nacht. Die Kommission hat geholfen, die Erholungsheime, in die zunächst die Familien der AKW-Mitarbeiter aus Pripjat extra eingewiesen wurden, in Ordnung zu bringen.

Der Vorsitzende des Borodjanski-Rayonexekutivkomitees, P. Moskalenko: „Unser Rayon gehört zu denen, die Evakuierte aufgenommen haben. Schon in den ersten drei Tagen trafen über 19 000 Umsiedler bei uns ein. Alle haben Arbeit und ein Dach über dem Kopf. Es ist natürlich eng. Deswegen entfalten wir auch aktive Bautätigkeit. Zuerst ziehen wir ein Geschäft, eine Kantine, eine Badeanstalt, eine Schule, Kindergarten, -krippe usw. hoch.“

Der Neubau hat heute auch besondere psychologische Bedeutung. Wenn die Evakuierten auf Neubauten schauen, fühlen sie sich sicher, haben eine Perspektive und wissen, wie es morgen weitergehen soll. Allein in diesem Rayon sollen für Familien, die ihre Tschernobyl Heimat verlassen haben, 1190 Häuser gebaut werden. Den Neusiedlern teilt man Parzellen für Gemüsegärten zu und für die Privatwirtschaften Ferkel und Kälber.



* * *

Zuerst die Evakuierung, dann die Umstellung in neuer Umgebung, neue Arbeit... Alles nicht 'so einfach. Aber wenn man sich mit den Umsiedlern unterhält, versteht man, wie wichtig es ist, daß von den hunder-

tausend auch nicht einer vergessen wird, daß die persönlichen Sorgen und Nöte des Einzelnen niemanden kaltlassen.

Daß das so ist, ist eine Sache des Staates.
Gebiet Kiew



Europa als Entspannungslabor

Lew TOLKUNOW

Vorsitzender des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR,
Vorsitzender des Sowjetischen Komitees für europäische Sicherheit
und Zusammenarbeit

Seit mehr als 40 Jahren herrscht Frieden in Europa. Doch war diese Zeit für den Kontinent nicht idyllisch. Mehr als nur einmal zog das Gespenst eines verheerenden Krieges über ihn herauf. Neuerdings veröffentlichte einstige Geheimdokumente zeugen davon, daß die USA, nachdem sie in den Besitz der Atombombe gekommen waren, sofort daran gingen, einen Überfall auf die UdSSR vorzubereiten. Ein Atomkrieg gegen die Sowjetunion war für 1945, dann für 1947, 1949 usw. geplant. Wie dünn war lange Jahre hindurch die Trennwand zwischen Frieden und Krieg: während der karibischen Krise, bei der Zuspitzung der Lage um Westberlin oder im Nahen Osten. Das Pentagon hielt den Finger dicht am nuklearen Druckknopf.

An der Wende zu den 70er Jahren ergab sich eine grundsätzlich neue Situation. Die Hoffnungen des Pentagon auf absolute militärische Überlegenheit erwiesen sich als illusorisch. Bei der Beurteilung der neuen Situation konstatierte der damalige Präsident Nixon die Parität der strategischen Möglichkeiten der USA und der Sowjetunion. Im April 1969 erklärte er: "Die Spanne ist nicht mehr da. Es wird sie nicht mehr geben." Die Tatsache, daß die herrschenden US-Kreise diesen Umstand erkannt hatten, ebnete den Weg zu mehreren Abkommen, die das Wettrüsten an einigen Abschnitten begrenzen und das politische Weltklima, besonders in Europa, positiv beeinflußten.

Die Schriftsteller und energischen Förderer einer Politik, die das Ziel hat, allen Völkern Europas den Frieden zu sichern, waren und bleiben die sozialistischen Staaten. Gerade sie arbeiteten konsequent und beharrlich auf eine einschneidende Wendung in der Entwicklung auf unserem Kontinent hin.

Doch ist Europa nach wie vor mit Üstungen übersatuiert; ihre Konzentration ist 20mal so hoch wie der Welt durchschnitt. Besonders hoch ist die Konzentration von Streitkräften und Üstungen im Herzen Europas.

Heute ist allen klar, welch katastrophale Folgen die Anwendung von militärischer Gewalt in Europa nach sich

ziehen könnte. Gefährlich ist nicht nur ein Nuklearkrieg. In Europa befinden sich zahlreiche Kernreaktoren und Hunderte Chemiebetriebe. Einige konventionelle Geschosse genügen, damit das nicht Wiedergutmachbare passiert. Ein bewaffneter Konflikt könnte sich als Zündschnur einer Weltkatastrophe erweisen.

Deshalb messen die UdSSR und alle anderen sozialistischen Länder den Fragen der Sicherheit auf unserem Kontinent so große Bedeutung bei. Vor kurzem traten sie mit einem komplexen Programm von Maßnahmen hervor, die Europa eine friedliche Zukunft garantieren können.

Der XXVII. Parteitag der KPdSU bedeutete einen Wendepunkt in der kritischen Einschätzung des internationalen Lebens, darunter in Europa. Auf dem Parteitag wurde gesagt: Es bedarf neuer Initiativen, neuer Betrachtungsweisen, einer neuen, schöpferischen Arbeit, wenn wir den Frieden und die Sicherheit auf unserem Planeten festigen wollen. Die sowjetischen Kommunisten haben einen unerschöpflichen Fonds von Ideen angelegt; diese erfassen die theoretische Analyse der internationalen und europäischen Politik, die Hauptrichtungen in der außenpolitischen Strategie der UdSSR sowie ihre Verwirklichung. Die Erklärung Michail Gorbatschows vom 15. Januar, die Ergebnisse des XXVII. Parteitages der KPdSU, die späteren Initiativen der sowjetischen Führung, die Vorschläge der Budapest Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten, die auf dem ZK-Plenum der KPdSU im Juni 1986 dargelegten neuen Vorschläge, die es ermöglichen, den Weg zur Reduzierung der Kernwaffen freizulegen, bilden einen Komplex, ein ganzheitliches Programm von Friedensinitiativen, das auch für Europa lebenswichtig ist.

In der Öffentlichkeit des Westens weckten die Ergebnisse des XXVII. Parteitages der KPdSU großes Interesse. Das gilt sowohl den inneren als auch den internationalen Aspekten der Politik der Partei. Die Vertreter der linken Flanke der westeuropäischen politischen Kräfte

(Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Grüne, linke Christdemokraten) wünschen bei allen Unterschieden zwischen ihnen den sowjetischen Plänen für die Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, für die Erzielung eines höheren Nutzeffektes in Produktion und Verwaltung Erfolg. Davon erhoffen sie sich einen Stoppt der Offensive der Rechtskräfte im Westen.

Am erfolgreichen Voranschreiten der sowjetischen Wirtschaft sind in gewissem Maße auch einflußreiche Finanz- und Industriekreise des Westens interessiert, die sich auf eine langfristige und großangelegte Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Ost und West orientieren. Der bekannte BRD-Industrielle Otto Wolff von Amerongen schreibt: "Herr Gorbatschow geht zu einem höheren Tempo in der sowjetischen Wirtschaftspolitik über, das vor allem den Verlauf des neuen Planjahrfünfts 1986–1990 beeinflussen wird. Aus Erfahrung wissen wir, daß sich das auf die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im allgemeinen und auf unseren Osthandel im besonderen auswirken wird."

Beeindruckt ist die Öffentlichkeit des Westens dadurch, wie konsequent, einander ergänzend, umfassend und in rascher Aufeinanderfolge die sowjetischen Vorschläge unterbreitet werden. Die Analyse der Stellungnahmen dazu zeigt, daß das einseitige Moratorium für Nukleartests und die Vorschläge der UdSSR, mit den USA ihre beiderseitige Einstellung zu vereinbaren, bei den Westeuropäern am populärsten sind. Die Verlängerung des sowjetischen Moratoriums um ein Jahr stand im Einklang mit dem bekannten Vorschlag der Spitzenpolitiker von sechs Staaten sowie mit den Wünschen verschiedener gesellschaftlicher und politischer Kräfte und der Antikriegsbewegungen.

Sehr populär sind bei der westeuropäischen Öffentlichkeit des weiteren die sowjetischen Vorschläge über die Mittelstreckenraketen in Europa und über die chemischen Waffen und jetzt auch das Programm der sozialistischen Staatengemeinschaft zur Reduzierung der

Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa.

Die US-Administration und ihre Anhänger in Westeuropa verhärteten ihre Haltung in diesen Fragen absichtlich und setzen der sowjetischen Politik die Logik der Konfrontation und Rivalität im Wettrüsten entgegen. In Erkenntnis dieses Umstands äußern viele Europäer die Meinung, daß die Ausdauer und Konsequenz Moskaus möglicherweise schon in nächster Zeit, unbedingt aber im langfristigen Kampf für Frieden und Sicherheit ihre Früchte tragen wird.

Die europäische Richtung war und bleibt unter den wichtigsten in der sowjetischen Außenpolitik. Hier brachen zweimal Weltkriege aus, von hier drangen die Kriege in unsere Häuser ein. Eben deshalb gilt ein Großteil der neuen sowjetischen Initiativen unmittelbar Europa. Das oberste Ziel der UdSSR ist es, einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Unser Planet würde ihn nicht überleben.

Europa verfügt über unschätzbare Erfahrungen der friedlichen Entwicklung und fruchtbaren Zusammenarbeit. Die Richtung wurde in Helsinki gewiesen, auf der Gesamteuropäischen Konferenz von 1975, die den Kodex des friedlichen Lebens auf dem Kontinent formulierte. In den letzten Jahren zeigte die Schlußakte von Helsinki ihre Lebensfähigkeit. Auf politischem Gebiet bestehen zahlreiche Ost-West-Kontakte. Vor kurzem fand ihre neue Runde statt: Begegnungen und Gespräche zwischen den Spitzenpolitikern der UdSSR einerseits und denen Frankreichs, der BRD und Großbritanniens andererseits. Die Foren in Belgrad und Madrid sind abgeschlossen. Auf der Konferenz in Stockholm deuten sich positive Veränderungen an. Ein Treffen der KSZE-Staaten in Wien ist in Vorbereitung.

Die Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa entwickelt sich alles in allem günstig. Die USA trachten danach, die normalen sachlichen Kontakte zu verhindern und unser Land vom technologischen Weltmarkt auszuschalten, sie greifen zu Sanktionen und Embargos. Dennoch haben wir eine ganz gute wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, mit Finnland, Italien, Frankreich und Österreich. In den letzten fünf Jahren stieg der Warenumsatz der UdSSR mit den westlichen Ländern um 20% auf fast 40 Md. Rubel.

Die Rückfälle in den kalten Krieg konnten auch die Kontakte auf humanitärem Gebiet nicht unterminieren. Der Kulturaustausch nimmt zu, obwohl gewisse Leute im Westen ihn zur Wühltätigkeit gegen die sozialistischen Länder, für die Spekulation auf die Probleme der Demokratie und der Menschenrechte auszuschlagen versuchen.

Kurzum, Europa hat alle Möglichkeiten, der Generator der Entspannung zu sein. Gerade hier bestehen gegenwärtig alle Voraussetzungen dafür, die Spanne zwischen Ost und West, besonders in

den Sicherheitsfragen, zu überbrücken, das Wettrüsten einzustellen und die Abrüstung herbeizuführen. Europa, das vor 10 Jahren mit Recht das Entspannungslabor genannt wurde, kann neue Beispiele einer stabilen, für alle nützlichen, zuverlässigen friedlichen Koexistenz liefern.

Das Wesen der sowjetischen Initiativen für Europa besteht darin, es von den Kernwaffen, sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischen, zu befreien. Wir sind für die Liquidierung der sowjetischen und der amerikanischen Mittelstreckenraketen. Entschieden wendet sich die UdSSR gegen die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum und gegen die Einbeziehung Europas in dieses Abenteuer. Es liegt nämlich auf der Hand, daß SDI sich nicht dafür eignet, die Alte Welt vor einem Raketen-kernwaffen-Vergeltungsschlag zu schützen. Real ist eine andere Aussicht: Die USA werden, nachdem sie ihre eigenen strategischen Objekte durch den "kosmischen Schild" gedeckt haben, unter ihm hervor einen Schlag führen und den Krieg von der Vorderkampflinie, vom Territorium Europas aus, beginnen können, was das Aufopfern ihrer Bündnispartner bedeutet.

Die NATO lehnte die Initiative der sozialistischen Länder zur Befreiung Europas von den Kernwaffen ab, und zwar unter dem Vorwand, das gäbe dem Warschauer Vertrag ein "Übergewicht in den konventionellen Rüstungen". Dieses Argument hält keiner Kritik stand. Wir schlagen ja vor, eine bedeutende Reduzierung aller Bestandteile der Landstreitkräfte und der taktischen Fliegerkräfte der europäischen Staaten sowie der in Europa dislozierten entsprechenden Kräfte der USA und Kanadas zu vereinbaren. Der geographische Raum der Reduzierung wäre das ganze Territorium Europas, vom Atlantik bis zum Ural. Gleichzeitig mit den konventionellen Rüstungen würden auch die Kernwaffen operativ-taktischer Bestimmung beschränkt werden.

Die UdSSR verfolgt keine Ziele, die den Interessen dritter Länder zuwiderliegen. Unhaltbar sind auch die Behauptungen, die UdSSR wolle zwischen den Teilnehmern des westlichen Pakts einen Keil treiben. Es ist nicht unsere Schuld, daß diese Allianz von inneren Gegensätzen zerfleischt wird und daß in Westeuropa, wie General Rogers lamentiert, starke "antiamerikanische Stimmungen" bestehen. Das ist nicht auf die Ränke Moskaus zurückzuführen. In den Grundfragen von Krieg und Frieden fällt der US-Kurs nicht mit den Interessen Westeuropas zusammen.

Doch in den gleichen westeuropäischen Hauptstädten ist man bemüht, die zwischen ihnen und dem Seniorpartner real bestehenden Gegensätze zu vernebeln, auf jede Weise betonen sie die atlantische Loyalität und Disziplin,

anstatt das eigene Gewicht und den eigenen Einfluß zu verwenden, um Washington zu einem nüchterneren und realistischeren Kurs zu bewegen. Europa ist dieser Aufgabe gewachsen, sein wirtschaftliches und politisches Potential ist groß genug, damit es sicherer und bestimmter im eigenen Namen spricht und einen Fortschritt bei allen gegenwärtig laufenden Verhandlungen erwirkt. Leider distanzieren sich die Regierungen einiger NATO-Länder in Worten zwar von den gefährlichen Extremen der US-Politik, geben aber letztendlich dem Druck von der anderen Atlantikküste her nach — und übernehmen somit einen Teil der Verantwortung für die Intensivierung des Wettrüstens. Hierbei schützen sie die nichtexistente "sowjetische Bedrohung" vor und sehen die einzige Rettung davor in amerikanischen Divisionen und Raketen, oder aber sie weichen einer deutlichen Antwort auf die sowjetischen Initiativen aus und verschreien sie glattweg als "Propaganda". Ist es möglich, daß noch nicht alle verstehen, wie verhängnisvoll das alte politische Denken für die Geschicke Europas ist?

Der gesamteuropäische Prozeß hat eine große Zukunft. Dies allerdings unter der Bedingung, daß die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder, die Völker und die Öffentlichkeit des Kontinents ihn gegen die subversive Politik der US-Administration verteidigen. Heute fühlen sich die Menschen in Westeuropa immer besorgter über die Linie des Weißen Hauses und der mit ihm konform gehenden westeuropäischen Regierungen, eine Linie, die darauf abzielt, zum Zeitpunkt der Einberufung der nächsten Konferenz der KSZE-Staaten in Wien den Eindruck zu erwecken, der Helsinkiprozeß sei in der Zeit nach dem Madrider Nachfolgetreffen durch die Schuld der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder gescheitert.

Mit jedem Tag überzeugen sich immer mehr Menschen auf der Erde: Das von der UdSSR unterbreitete und von der gesamten sozialistischen Gemeinschaft unterstützte Programm der vollständigen und allumfassenden Beseitigung der Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen bis zum Ende unseres Jahrhunderts, das Programm für die Einstellung der Nukleartests, die nukleare Abrüstung und die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum würden Völkern Europas und unseren ganzen Planeten einen sichereren Frieden geben. Es geht jetzt darum, daß all Friedenskräfte Europas und der ganze Welt den Leuten, die in den westlichen Ländern am Ruder sind, eine positive Antwort auf unsere friedlichen Vorschläge abnötigen und von ihnen verlangen, daß sie ihren Teil des Weges zu Kompromissen gehen.

Die friedliebenden und real denker den Kräfte in Westeuropa und Nordamerika sind zahlreich und einflußreich

genug. Unter ihnen finden sich Vertreter jener gesellschaftlichen und politischen Kreise, die den fortschrittlichen Friedensbewegungen fernstehen, doch zu Dialog und sogar Zusammenarbeit bereit sind, wenn es sich um die Einstellung des Wettrüstens und die Behauptung des Helsinki-Prozesses handelt. Es gibt einflußreiche bürgerliche Kreise in Westeuropa, die darüber besorgt sind, daß sie "das Gesicht nicht wahren" könnten, und sich nach einer Alternative zum Kurs des vorbehaltlosen Parierens auf das Diktat der US-Administration umschauen.

Wir spürten diese tiefen Veränderungen in den Stimmungen auf der VI. Konferenz der Interparlamentarischen Union über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa (Bonn, Mai 1986). Trotz scharfer Meinungsverschiedenheiten fanden die Parlamentarier aus 30 Ländern Europas sowie aus den USA und Kanada eine gemeinsame Sprache bei der Verurteilung des Wettrüstens und der Gefahr seiner Übertragung in den Weltraum, bei der Verurteilung der nicht aufhörenden Kerntests und der Versuche, die militärische Oberlegenheit zu erlangen. Der Konsens zeigte sich auch in der Erkenntnis, daß der gesamteuro-päische Prozeß und die allseitige Zusammenarbeit der europäischen Völker ihre Fortsetzung finden müssen.

Die Parlamente und Parlamentarier spielen eine immer gewichtigere Rolle bei der Lösung der historischen Aufgabe, den Frieden in Europa zu erhalten. Sie haben sämtlich den Auftrag des einfachen Wählers: alles zu tun, um ein nukleares Inferno zu verhüten.

Fragen der Gewährleistung der europäischen Sicherheit stehen immer im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit auch der Parlamentsgruppe der UdSSR. Sie trug nicht wenig zur Vorbereitung und Durchführung von 6 interparlamentarischen Konferenzen über die Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa bei. Mitglieder der sowjetischen Delegationen beteiligten sich aktiv sowohl an den allgemeinen Diskussionen als auch an allen Arbeitsgruppen dieser Konferenzen. Die angenommenen Resolutionen fordern die Parlamente und Regierungen der europäischen Länder, der USA und Kanadas auf, den Kampf für die Einstellung des Wettrüstens, die Überwindung von Komplikationen auf dem Weg der Entspannung, für die Festigung der Sicherheit und den Ausbau der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu aktivieren. Wir sind überzeugt: Der gesamteuropäische Prozeß muß sich nach allen Richtungen hin — nach der politischen, wirtschaftlichen, humanitären und kulturellen — entwickeln. Alle drei "Körbe" von Helsinki müssen mit ischen und nützlichen Früchten gefüllt werden. Dazu kann das bevorstehende treffen der KSZE-Staaten in Wien beitragen. Wir sind der Meinung, daß es eine Wendung zum Besseren einleiten kann.

Zu den Ergebnissen des 17. Kongresses der Sozialistischen Internationale

Von Wien bis Lima

Im Juni d. J. fand in Lima, der Hauptstadt Perus, erstmals in einem Land Lateinamerikas, ein Kongreß der Sozialistischen Internationale [SI] statt. An dem 27. Kongreß nahmen die Vertreter von 75 Parteien und Organisationen aus mehr als 50 Ländern teil. Dieses bedeutende Ereignis bestätigte ein weiteres Mal, daß die internationale Sozialdemokratie eine einflußreiche gesellschaftliche und politische Kraft ist.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre beschlossen einige führende sozialdemokratische Parteien Westeuropas, die den Stimmungswandel in der Öffentlichkeit ihrer Länder erfaßt hatten, sich für eine internationale Entspannung einzusetzen. Das war, wie jetzt klar ist, ein richtiger und vernünftiger Beschuß. Ohne insgesamt über eine liberal-bürgerliche Haltung zur Weltpolitik hinauszugehen, erzielte die Sozialdemokratie wichtige internationale Erfolge. Sie baute ihren Einfluß in einer Reihe von Staaten verstärkt aus, indem sie die konservativen Kräfte zurückdrängte.

Mitglieder des SI-Konsultativrates für Abrüstung unter Kalevi Sorsa besuchten in den letzten Jahren dreimal Washington und Moskau, um zur Aufnahme konstruktiver Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR, zur Beendigung des Wettrüstens und zu einer Gesundung der Weltlage beizutragen. Auf der SI-Abrüstungskonferenz am 16. Oktober v. J. in der österreichischen Hauptstadt wurde der Wiener Appell verabschiedet, der vor allem die USA und die Sowjetunion sowie alle Regierungen, alle Parteien, religiösen und gesellschaftlichen Bewegungen aufrief, alles zu tun, um das Wettrüsten zu stoppen und zur Abrüstung überzugehen.

Auf dem 17. Kongreß in Lima, auf dem die Erörterung der Fragen von Frieden und Abrüstung im Mittelpunkt stand, wurde dieser Kurs der SI weiterentwickelt. Die Kongreßteilnehmer sprachen sich vorbehaltlos für die unverzügliche Einstellung und das anschließende Verbot aller Kernwaffentests, für einen 50prozentigen Abbau der Nukleararsenale, einen Stationierungsstop für die nuklearen Mittelstreckenwaffen, ihre anschließende Reduzierung und Beseitigung aus, wandten sich gegen eine Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum und verlangten dessen ausschließlich friedliche Nutzung, die Einhaltung des sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrags, von SALT 1 und SALT 2, die

Festigung des Regimes der Nichtweitergabe von Nuklearwaffen, die Schaffung kernwaffenfreier Zonen und Korridore.

In der vom Kongreß verabschiedeten politischen Resolution, dem Manifest von Lima, wurde die Regierung der USA aufgerufen, sich dem von der UdSSR einseitig erklärten Moratorium für Nuklearexpllosionen anzuschließen, die Notwendigkeit des schnellstmöglichen Abschlusses eines umfassenden Abkommen über ein Verbot aller Kernwaffentests unterstrichen.

Der Kongreß von Lima setzte sich für die vollständige Beseitigung der C-Waffen ein, wobei er insbesondere die gemeinsam von der SED und der SPD ergriffene Initiative für die Schaffung einer C-waffenfreien Zone in Mitteleuropa sowie den sowjetischen Vorschlag für den Abbau der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa unterstützte.

In Lima wurde deutlich, daß bei allen Differenzen zu einigen sozialen und politischen Problemen die Positionen der KPdSU und der SI in den Hauptfragen des Kampfes für Frieden und Abrüstung faktisch identisch oder sehr ähnlich sind. Davon sprachen viele Kongreßteilnehmer. So unterstrich der SI-Vorsitzende Willy Brandt, daß die in der Grüßbotschaft der KPdSU an den Kongreß von Lima dargelegte Position zu Fragen des Friedens und der Abrüstung bei der Erarbeitung der Kongreßdokumente berücksichtigt wurde. "Einer der Hauptbeschlüsse des 17. SI-Kongresses von Lima", erklärte der Ex-Präsident Venezuelas, der stellvertretende Vorsitzende der SI, Carlos Andres Perez, "war der Beschuß, die Initiativen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, für eine allgemeine Abrüstung, insbesondere eine nukleare, voll zu unterstützen."

In dem Aktionsprogramm von Lima werden Maßnahmen zur Überwindung der Krise der Weltwirtschaft und zur Gesundung der internationalen

Wirtschaftsbeziehungen dargelegt. In den Reden des Generalsekretärs der Peruanischen Aprista-Partei, Armando Villanueva, des Generalsekretärs der Radikalen Partei Chiles, Anselmo Sule, und anderer Delegierter wurde betont, daß eine beständige globale Entwicklung und eine lebensfähige internationale Wirtschaftsordnung eine Atmosphäre des Friedens und der Zusammenarbeit sowie Sofortmaßnahmen zur Abrüstung verlangen.

Eine solche Haltung stimmt mit dem sowjetischen Standpunkt überein, der in der Botschaft des ZK der KPdSU an den 17. SI-Kongreß dargelegt wurde: "Das Wettrüsten zu stoppen und die militärischen Gefahrenherde zu entschärfen, bedeutet nicht nur, das Abgleiten in einen Krieg zu beenden, sondern auch Mittel freizusetzen, die notwendig sind für die Lösung ökonomischer Probleme, darunter natürlich auch jener der Entwicklungsländer, für die Bekämpfung des Hungers, der Armut und der Krankheiten, für die Bewahrung der Umwelt in einem Zustand, der für das Leben künftiger Generationen geeignet ist."

Die Arbeitsgruppe der SI zur Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer legte dem Kongreß einen Sonderbericht vor, worin vorgeschlagen wird, eine internationale Organisation zur Auslandsverschuldung unter Teilnahme sowohl der Schuldner- als auch der Gläubigerländer und der Vertreter von Banken zu bilden. Das SI-Komitee für Fragen der Wirtschaftspolitik legte ein Fünfpunktepogramm vor, das das Problem der Auslandsverschuldung regeln soll. Dazu gehören eine Senkung des Schuldenvolumens für die am schwächsten entwickelten Länder, die Regelung der Restschulden und deren Stundung für die Länder der dritten Welt, die Festlegung einer Obergrenze für die Zinssätze bei unbedingter Senkung ihres gegenwärtigen Standes, die Begrenzung der Rückzahlung auf einen bestimmten Teil der Exporterlöse der Schuldnerländer, die Anhebung der Summe, die der IWF den Entwicklungsländern für die Rückzahlung der Schulden, zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Wirtschaft gewährt, in den kommenden fünf Jahren auf 150 Md. Dollar.

Doch Illusionen sind hier natürlich nicht angebracht. Die von der SI vorgeschlagenen Wege zur Lösung dieses überaus akuten Problems sehen kühn aus. Doch bis zu ihrer Verwirklichung ist es noch weit. Und das verstehen viele SI-Führer ausgezeichnet. Der Vorsitzende der Linken Revolutionären Bewegung Boliviens, Jaime Paz Zamora, kritisierte u. a. die Dokumente des Kongresses, die, wie er meint, "konkreter" sein müßten. Er appellierte an die SI, "operativer Beschlüsse bezüglich der Länder Lateinamerikas zu fassen".

Der Lage in dieser Region galt auf dem Kongreß von Lima die besondere

Aufmerksamkeit. Und das nicht von ungefähr. Die SI-Führer betrachten ange-sichts politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Faktoren Lateinamerika als am besten geeignet für die Aufnahme sozialdemokratischer Ideen.

Warum? Weil, wie die SI-Führung meint, bei der Ausweitung der Bewegungen gegen die Diktaturen in einer Reihe lateinamerikanischer Länder objektiv die Rolle der nationalreformistischen Parteien zunimmt. Die Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses auf diese Bewegungen, meinen die führenden Vertreter der SI, wird es erlauben, die nationale Befreiungsbewegung auf den Weg der Schaffung einer "Demokratie" westeuropäischen Musters zu bringen und so die weitere Verbreitung kommunistischer Ideen auf dem Kontinent zu verhindern. Doch hier gleich ein Vorbehalt: Den Parteien sozialdemokratischer Orientierung Lateinamerikas im Einflußbereich der SI ist ein recht breiter "ideologischer Pluralismus" eigen. Und das ist erklärlich: Unter den konkreten Bedingungen dieser Region, deren Länder sich in Abhängigkeit von den USA und den transnationalen Monopolen befinden, nehmen selbst reformistische Lösungen oft ausgeprägt anti-imperialistischen Charakter an. Ebendeshalb arbeiten in Lateinamerika neben den Parteien, deren Ideologie und Politik sich in vielem mit dem Kurs der SI decken, mit dieser auch Parteien zusammen, die den linken Flügel der internationalen Sozialdemokratie vertreten. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag zur Erarbeitung radikaler Beschlüsse zu den Problemen der dritten Welt und demonstrieren immer größere Konsequenz bei ihrem Widerstand gegen den interventionistischen Kurs der USA.

Bei der Erörterung des Sonderberichts "Frieden, Demokratie und Menschenrechte in Lateinamerika" auf dem Kongreß wurde der Prozeß der Demokratisierung auf dem Kontinent unterstützt, der mit dem Übergang zur zivilen Regierungsform in Argentinien, Uruguay und Brasilien eingeleitet wurde und durch den Sturz der reaktionären Diktatur Duvaliers auf Haiti gekennzeichnet war. Entschieden verurteilt wurden die Diktaturen in Chile und Paraguay. Der Kongreß bekundete seine Solidarität mit dem Kampf der salvadorianischen Patrioten und appellierte an die Regierung Großbritanniens, Verhandlungen mit Argentinien über alle Aspekte des Problems der Malvinen (Falklandinseln) aufzunehmen.

Der Einfluß der westeuropäischen Sozialdemokratie auf die Entwicklung in Lateinamerika bringt die SI so oder so in Konfrontation mit den USA. Besonders akut werden die Gegensätze in Mittelamerika, unterstützt die SI ja Nikaragua und die salvadorianischen Patrioten. Washington erklärte sogar wiederholt, die Europäer begrißen die "ganze Kompliziertheit der Lage in Mittelamerika" nicht, und drohte, eine

"Verschlechterung" der Lage in der Region könne negative Folgen "auf die Fähigkeit der USA haben, ihre NATO-Verpflichtungen zu erfüllen". Doch diese hysterischen Beschwörungen blieben wirkungslos. Die Reden des peruanischen Präsidenten Alan Garcia, des Vorsitzenden des SI-Komitees für Lateinamerika und die Karibik, Juan Francisco Pena Gomez (Dominikanische Republik), und vieler anderer enthielten scharfe Kritik an den Handlungen der Reagan-Administration, die einen nichterklärten Krieg gegen das nikaraguanische Volk führt. In der Kongresslösung über Lateinamerika und die Karibik wird volle Unterstützung für die Tätigkeit der Contadora-Gruppe und der Contadora-Unterstützungsgruppe bekundet.

Schon lange arbeitet die SI am Entwurf einer neuen "Prinzipiendeklaration", die jene ersetzen soll, die bereits 1951 in Frankfurt a. M. angenommen worden war. Das neue programmatische Dokument soll die seitdem erfolgten Veränderungen in der Welt wie in der sozialdemokratischen Bewegung selbst berücksichtigen, einen "universalen", nicht aber "eurozentristischen" Charakter des "demokratischen Sozialismus des 21. Jh." verkünden.

Doch der Entwurf der neuen Deklaration, erarbeitet von einem Sonderausschuß unter dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez, wurde dem Kongreß nicht vorgelegt. Es blieb bei einer Billigung des "Mandato von Lima", worin in allgemeiner Form die Hauptpostulate des "demokratischen Sozialismus" dargelegt sind.

Der Beobachter des Kongresses von Lima kommt zu dem Schluß, daß trotz gewisser ideologischer Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten heute größere Möglichkeiten als früher für einen fruchtbaren Meinungsaustausch zwischen ihnen, für parallele, ja sogar gemeinsame Aktionen gegen die Kriegsgefahr, für die Gesundung der Weltlage, die Beseitigung der Überreste des Kolonialismus, für die Interessen und Rechte der Werktägler bestehen. Wie der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, bei einer Begegnung mit dem SI-Konsultativrat für Abrüstung im März 1985 sagte, "verlangt die Weltlage eindringlich aktive und wirksame Anstrengungen der Arbeiter- und demokratischen Bewegung im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Die KPdSU ihrerseits ist zu einer aktiven Zusammenarbeit mit allen friedliebenden gesellschaftlichen Kräften, darunter auch mit den Parteien, die die SI angehören, bereit — das ist unser fester und unabänderlicher Kurs, um den werden wir auch in Zukunft konsequent verfolgen".

Erfolge auf diesem Weg werden vielmehr von der Bereitschaft der SI und der ihr angehörenden Parteien zu einer solchen Zusammenarbeit abhängen. Lima-Moskau

J. ANTONOV

Kämpfe einer Diktatur und der Wille der Massen

Das häßliche Regime

Volodia TEITELBOIM

Mitglied der Politischen Kommission und des Sekretariats des ZK der Kommunistischen Partei Chiles

Der von der CIA gemästete chileische Diktator Pinochet ist die widerlichste Ausgeburt des US-Staatsterrorismus. Seit 13 Jahren verurteilt die UNO-Vollversammlung seine Politik. Für die Chilenen selbst wurde Pinochet schon längst zur *Persona non grata*.

In der Hauptstadt abgelehnt, glaubte der Diktator bisher, daß ihm Reisen durch die Provinz einen Vitaminstoß für die Fortsetzung des Kampfes versetzen könnten. Seit Februar 1984 jedoch und bis auf den heutigen Tag stößt er zwischen Arica und Punta Arenas auf mächtige Protestdemonstrationen. Ihre Teilnehmer rufen: "Nieder mit dem Tyrannen!" und "Pinochet hat kein Recht, unter uns zu sein!"

Bürgerversammlung

Jetzt versucht Pinochet sich in seinem Bunker zu verkriechen. Von Mal zu Mal wird es für ihn gefährlicher und unerfreulicher, durch die Provinz zu reisen. Chile erträgt ihn nicht länger. Die Welt akzeptiert ihn nicht.

Besonders seit April und Mai dieses Jahres werden weite Bevölkerungsschichten in den Kampf gegen die Diktatur einbezogen. Die Opposition erklärte den Juni zum Monat des bürgerlichen Ungehorsams. Protestaktionen des Volkes nehmen zu. Praktisch ergeht kein Tag, an dem die Straßen antiagos und anderer Städte nicht Zeugen schwerer Zusammenstöße wären. Militär und Polizei greifen die Volksmassen an, unter denen sich Vertreter aller sozialen und politischen Kräfte befinden. Erstmals seit dreizehn Jahren Diktatur haben alle Oppositionsgruppen ein gemeinsames Aktionsprogramm unterzeichnet und sich in einer nationalen Bürgerversammlung zusammen geschlossen.

Für die zweite Hälfte 1986 ist beabichtigt, den Kampf gegen die Diktatur auszuweiten und zu vertiefen. Er soll selbsttätigere Formen annehmen, die die Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams aktivieren und die Zerrüttung des Regimes fördern sollen. In dem Maße wie der Volkswiderstand, der in einen nationalen Aufstand übergehen soll,

zunimmt, wird es für Pinochet immer schwerer, die Lage zu kontrollieren. Umfragen bestätigen die absolute Verhaftigkeit seines Regimes. Der Nationale Leitungsrat der Werktätigen vereint verschiedene Gewerkschaftsorganisationen. Am volksweiten Kampf nehmen alte und junge Menschen teil, bis hin zu Gymnasiasten.

Die Mittelschichten

schließen sich an

Nicht nur in Proletarierkreisen wächst die Empörung. Heute treten auch die Mittelschichten der Diktatur entgegen. Die überwältigende Mehrheit der hierzu zählenden Chilenen geht zur Opposition über.

Bei der Gründung der Bürgerversammlung beteiligten sich Delegierte von 250 gesellschaftlichen Organisationen. Sie repräsentieren die Mehrheit der Bevölkerung, die die Idee begeistert, gemeinsam unter der Losung "Venceremos — Wir werden siegen" zu marschieren. Zu den Gründungsmitgliedern gehören der Nationale Leitungsrat der Werktätigen, der Berufsschülerverband, die Studentenkonföderation, der Armenrat, Frauen für das Leben (eine Vereinigung aller Frauengruppen des Landes), die Nationale Bauernkommission, die Kooperativkonföderation, der Wissenschaftler- und Künstlerrat, der Nationalrat der Rentner, die Föderation der Lastwagenbesitzer, die Föderation der Einzelhandelsmitarbeiter usw.

Vertreter verschiedener Organisationen bilden das Exekutivkomitee der Versammlung. Obwohl sie kein Bündnis politischer Parteien darstellen, sondern eine Vereinigung gesellschaftlicher Organisationen, stellen die beiden einflußreichsten Kräfte des Landes, Christdemokraten und Kommunisten, die Mehrheit in der Bürgerversammlung.

Die Versammlung verabschiedete ein Dokument unter der Bezeichnung "Chile fordert!". Dem Volk die Macht zu geben, damit es die Demokratie verwirklicht, ist seine Grundausage. In einem "Wir fordern Demokratie, um die nationale Unabhängigkeit wiederzuerrichten!" beschrifteten Abschnitt ist von der Notwendig-

keit die Rede, die sogenannte nationale Sicherheitsdoktrin außer Kraft zu setzen, Chile in die Gemeinschaft der Länder Lateinamerikas und der dritten Welt zu reintegrieren und die Rückzahlungsbedingungen für die knechtenden Auslandsschulden zu überprüfen. Es wird betont, daß keinerlei Gründe dafür sprechen, das Recht der Chilenen, ihre Regierung durch reguläre, freie, allgemeine und geheime Wahlen zu wählen, nicht sofort zu erfüllen.

Für eine Antwort gab man Pinochet 30 Tage Zeit. Der Diktator antwortete mit verstärkter Repression. Die Bürgerversammlung und ihr Exekutivkomitee, die eine ähnliche Reaktion vorausgesehen hatten, bekräftigten ihren Plan für Protestaktionen in der Öffentlichkeit.

Pinochet will in der Bevölkerung Panik verbreiten. Die Zeit der Angst ist bei den meisten Chilenen jedoch vorbei. Sie, die Erniedrigungen ausgesetzt waren, die im Laufe all der schrecklichen Jahre der Diktatur täglich mit dem Tod rechnen mußten, befreien sich jetzt von der Angst. Im Gegenteil, Angst erfaßt jetzt die Streitkräfte, das Oberkommando und den Diktator selbst.

Der hat mehrere Gründe, unruhig zu werden. Die internationale Solidarität mit den chilenischen Demokraten macht ihn rasend, auch die Verurteilung seines Regimes durch internationale Organisationen. In der zweiten Maihälfte fand in Santiago ein Treffen von 67 Parlamentariern aus 12 lateinamerikanischen und europäischen Ländern mit 135 ehemaligen Mitgliedern des chilenischen Parlaments statt. Alle Teilnehmer des Treffens verurteilten übereinstimmend die tyrannischen Exzesse und forderten die Rückkehr des Landes zur Demokratie.

Pinochets Wut darüber war einfach unbeschreiblich. Sie nahm schon unanständige Formen an. Er sparte nicht an Beschimpfungen. Jose Ruiz Di Giorgio, Vizepräsident der einflußreichen Christlich-Demokratischen Partei, bemerkte: "Chile hat keine Regierung." Er hat absolut recht. Das Kabinett Pinochets ist nicht in der Lage, auch nur ein Problem zu lösen. Seine einzige Aufgabe besteht darin, das Volk zu unterdrücken. Die Diktatur ähnelt einem Elefanten, der sich noch auf den Beinen hält, obwohl er praktisch bereits tot ist.

Die Krise des Regimes ergreift konsequent den politischen, sozialen, moralischen und natürlich den wirtschaftlichen Bereich. Nach Angaben des lateinamerikanischen Instituts für Soziologie und -forschung leben 55 Prozent der Chilenen in Bedürftigkeit und 32 Prozent an der Armutsgrenze. Für die Zeit von 1970 bis 1983 stiegen diese Zahlen entsprechend um das 4- bzw. 6fache.

Eine Umfrage des Instituts ergab, daß 10 Prozent der Bevölkerung 46 Prozent des Nationaleinkommens beziehen. Auf

20 Prozent der ärmsten Familien entfallen dagegen nur 3,3 Prozent des Nationalinkommens.

Alvaro Garcia, Beobachter bei der "Apsi Economia", schrieb im März dieses Jahres: "Eine Form der Gewalt im heutigen Chile besteht darin, daß man den Hungernden jedes Einkommen vorbehält, damit eine Minderheit sich die Taschen mit Dollars vollstopfen kann. Die unabdingbare Voraussetzung jedes echten demokratischen Programms ist eine Umverteilung des Bevölkerungseinkommens."

Pinochet verteilt bereits um, u. zw. nach dem Prinzip "Jeder ist sich selbst der Nächste". Darin wetteifert er

weil es auf verschiedenen internationalen Foren die Diktatur gedeckt hatte. Darüber hatten sich Politiker aus der Mitte-Rechtsopposition immer sehr gefreut. Sollte die Reagan-Administration wirklich ihre Position geändert haben und eine neue Lösung in Chile bevorzugen? Setzen die USA anstelle Pinochets vielleicht irgendeinen General wie Namphy auf Haiti ein? Oder werden sie die philippinische Variante bevorzugen, eine Regierung zu unterstützen, die ein ziviler Spitzelpolitiker repräsentiert?

Diese und ähnliche Vermutungen warf unlängst Vernon Walters, der UNO-Botschafter der USA, mit einer Bemerkung über den Haufen. Auf der Sitzung eines Ausschusses des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats hatte er gesagt: "Wir möchten hiermit unsere Anerkennung für die positive Tätigkeit der chilenischen Regierung zum Ausdruck bringen." Er setzte hinzu, daß Spekulationen über die Einhaltung der Menschenrechte in Chile seiner Meinung

Valparaiso hatte den 24jährigen Mario Antonio Araya Marchant das gleiche Schicksal ereilt.

Manöver des Weißen Hauses

All diese zwielichtigen Manöver der Amerikaner, mit denen sie einem allmählichen Übergang zu demokratischen Formen der Regierung in Chile nachhelfen, sind nicht zufällig. Sie werden durch die Angst vor einem zweiten Nikaragua diktiert. Die USA wollen keine Minuten der längst fälligen radikalen politischen Veränderungen in Chile verpassen. In Washington weiß man, daß es daraus kommt, fünf Minuten, bevor die Herrschaft des innig geliebten Diktators zusammenbricht, zur Stelle zu sein.

Washington hat sich allerdings bislang noch nicht von Pinochets Plänen distanziert: die Wahlen von 1989 abzuwarten und weitere acht Jahre im Präsidentensessel zu verharren, bis 1997. Alles spricht dafür, daß das Weiße Haus keinen



Militärstreife in Santiago

mit anderen Diktatoren. Auf Geheimkonten in der Schweiz und den USA soll der Diktator Milliarden Dollars deponiert haben.

Die dritte in der Reihe

Auch seine Generäle vergißt Pinochet nicht. Während 60 Prozent der Chilenen ein Monatseinkommen von etwa 12 000 Peso, annähernd 60 Dollar, erhalten, streicht ein General Pinochets 56 Mal mehr ein.

Nach dem Sturz Jean-Claude Duvaliers und Ferdinand Marcos begann man zu munkeln, daß Pinochet als dritter fällig sei. Ein chilenischer Politiker bediente sich des Fußballjargons, als er sagte, daß Reagan in einem Brief an den Diktator diesem die gelbe Karte gezeigt habe. Kurz darauf, erstmalig in den Jahren der Diktatur, stimmte ein amerikanischer Vertreter in Genf gegen das Militärrégime, dessen Errichtung CIA und Pentagon am 11. September 1973 aktiv unterstützt hatten.

Das blieb nicht unbemerkt, wenn man bedenkt, wie oft Washington isoliert war,



Bei einer Protestdemonstration in der chilenischen Hauptstadt

Aus: "Der Spiegel" (BRD)

nach ungerecht seien, weil es "nun mal nicht anginge, Chile weiterhin als das schwarze Schaf, was die Beachtung der Menschenrechte betrifft, anzusehen."

Der tragische Vorgang um den jungen Chilenen Rodrigo Rojas Denegri ist die Untermalung dieser Erklärung von Walters. Nach längerem Exil in Washington war Rodrigo nach Santiago zurückgekehrt. Anderthalb Monate danach wurde er von Pinochets Soldaten gleich zu Beginn des Generalstreiks vom 2. und 3. Juli bei lebendigem Leibe verbrannt. Sie hatten den jungen Mann mit Benzin übergossen und angesteckt. Wie eine neue Jeanne d'Arc verwandelte er sich in eine lebendige Fackel. Die 18jährige Studentin Carmen Quintana, die mit Rodrigo zusammen war, ringt jetzt mit dem Tod. Bei Rodrigos Begräbnis kam eine weitere Nachricht: In der Hafenstadt

ernsthaften Aktivitäten an den Tag legen und keine einzige Initiative zeigen will, um ihre Kreatur in La Moneda, dem Präsidentensitz in Santiago, ja nicht zu verstimmen. Erst, wenn der Diktator bei den Streitkräften, besonders beim Heer, seinen Einfluß einbüßt, wollen die USA einen anderen Trumpf ausspielen. Sie suchen dann nach einem kandidaturfähigen General im Austausch für Pinochet, wie schon einmal in Port-au-Prince vorexerziert. Oder sie suchen zwei solche Generale wie Ramos und Ponciano Enrile in Manila. Sie werden die Machtaübergabe an eine zivile Mitregierung erleichtern und durchführen. Diese müßte Washington natürlich einen hundertprozentigen Treuebeweis liefern.

Wer glaubt, Reagan, Weinberger, Shultz und Casey würden Pinochet ve-

"NEUE ZEIT" 33.8

elbst fallen lassen, flüchtet sich zutiefst. Im Weißen Haus wünscht man, daß der Diktator so lange wie möglich an der Macht bleibt, weil nur er amerikanische Interessen am besten vertritt. Außerdem tut Pinochet selbst alles, um an der Macht zu bleiben.

Die künftige Befreiung Chiles muß durch gemeinsame Anstrengungen der Opposition erkämpft werden. Die US-Regierung versteht, daß ihr das keinen Bonus bringen wird. Deshalb behindert sie den Vereinigungsprozeß der Opposition nach Kräften. Mit zahllosen Tricks versuchen die Vereinigten Staaten das Bündnis der beiden wichtigsten oppositionellen Kräfte zu zerstören, der Demokratischen Volksbewegung, in der die KP und die Sozialistische Partei unter Clodomiro Almeyda, die Bewegung der Revolutionären Linken, die MAPU (Bewegung der einheitlichen Volksaktion) und andere linksgerichtete Organisationen vereint sind, und der durch die Christlich-Demokratische Partei geführten Demokratischen Allianz. Ein Ergebnis all dieser Manipulationen war, daß der Vereinigungsprozeß der oppositionellen Kräfte jahrelang gebremst wurde. Das hat die Existenzbedingungen für die Diktatur erleichtert.

Andererseits versucht das Weiße Haus mit allen Mitteln gegenseitiges Verständnis zwischen Diktatur und Mitte-Rechts-Opposition für einander anzubauen. Das erwies sich als unmöglich. In Pinochets Plänen sind Bündnisse nicht vorgesehen. Er akzeptiert ausschließlich adävergessene. Sein "Plan der nationalen Eintracht" wurde ebenfalls abgelehnt.

Ukunft a la Pinochet

Das Verhalten Pinochets deutet darauf hin, daß er nicht nur geplant hat, bis 1989 das Ruder der Macht in Händen zu halten, sondern sich für eine neue Regierungsperiode bis 1997 wieder selbst zu nennen. Danach soll keine zivile oder parlamentarische Regierung, sondern eine militärische Herrschaft installiert werden. Eine einzelner soll formeller Präsident werden, aber die reale Macht bleibt weiter bei den Militärs. Sie erklären sich im "Rückgrat", zu Vormündern einer Nation, die zu Unberechenbarkeit und keinem Abenteuerlust neige. Einem Oberwachtmeister gleich wird das Militär die Situation im Auge behalten, damit es 1973 von den Militärs verkündeten Grundprinzipien weiterhin gelten.

Die Kommunistische Partei Chiles unzog die historische Erfahrung der letzten Jahrzehnte, besonders die Frage der Einmischung des amerikanischen Imperialismus und des reaktionären Militarismus, der jenem zu Diensten war, her. gründlichen Analyse. Auch der in einer permanenten Diktatur, den Theoretiker der Militärakademie unter Einfluß der nationalen Sicherheitsdoktrin aus dem Pentagon ausgear-

beitet hatte, wurde analysiert. Diese Doktrin geht von einem "inneren Krieg" aus, d. h. nicht abreißende Repression gegen das Volk, und von einer "permanenter Militärregierung": Die Macht soll direkt vom Oberkommandierenden der nationalen Streitkräfte ausgeübt werden. Die Urheber dieses Plans wollen, daß auch im 21. Jahrhundert ein Militär der Regierung vorsteht. Ein beliebiger ziviler Präsident darf allenfalls den Hampelmann abgeben. Die Militärs werden sich aber nicht damit begnügen, am Schnürchen zu ziehen. Sie sollen sich nicht hinter den Mauern des Palastes verstecken, sondern die reale Macht benutzen, die ihnen Pinochets Verfassung von 1980 verleiht.

Es wird immer deutlicher: Chiles Volk will die Herrschaft der Militärs nicht länger ertragen. Um diese Herrschaft zu beseitigen, müssen die Streitkräfte vollständig demokratisiert werden. Das Militärkmando, inklusive Pinochets, ist beunruhigt über die Gerichtsprozesse, die in Argentinien Mitgliedern dreier Militärjunta gemacht wurden, die man wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt hatte wie auch für ihre schmählich unkompetente Kriegsführung während der Malvinas-Krise. Viele würden es vorziehen, daß man mit ihnen verfährt, wie in Spanien oder Brasilien. Aber jedesmal kommt es anders. Die Geschichte wiederholt sich nicht mechanisch. In Chile ist die Situation noch angespannter, weil im Unterschied zu den Diktaturen in Argentinien, Brasilien und Uruguay kein Triumvirat oder eine kollektive Tyrannie gemeint ist, sondern ein Diktator, der die Macht in einer Hand konzentrierte.

Die Militärs drückt noch ein anderer Alp, sein Name: Nürnberger Prozeß. Die Verwandten der Ermordeten, der Verschollenen, der politischen Häftlinge, der Gefolterten, die vielen politischen Emigranten, die in 50 Ländern der Welt leben, fordern keine Rache. Sie fordern ein Gericht. Ein Gericht kommt jedoch erst dann zustande, wenn sich eine Macht findet, stark genug, den Prozeß zu führen und die Vollstreckung seines Urteils zu gewährleisten. Es muß zum Gericht kommen, um die Verbrecher zu bestrafen. Sicher, keiner kann Tote auferstehen lassen. Aber die entsetzliche Erfahrung der jüngsten Vergangenheit sollte sicherstellen, daß in Chile nie wieder Unschuldige getötet, daß weder in diesem Jahrhundert noch jemals wieder eine Ära Pinochet sich wiederholt. Dazu ist es nötig, die Wurzeln dieser Erscheinung herauszureißen. Darin besteht die Hauptaufgabe der chilenischen Kommunisten, die diese Erwartung des ganzen Volkes zum Ausdruck bringen. Sie läßt sich in zwei Worten formulieren: "Nie wieder!"

Im September 1980 hatte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Corvalan, unser Plan des Volkswiderstands formuliert. Er hatte den

Weg gewiesen, den das Volk beschritt. Heute entfaltet sich die allgemeine Bewegung, der tägliche Widerstand, und der Kampf des Volkes nimmt unterschiedlichste Formen an, gewaltlose und bewaffnete. Die Beteiligung der Massen ist gewährleistet. Neben ihren eigenen konkreten Forderungen, die sich unter den Bedingungen der allgemeinen Krise summiert haben, erheben alle Schichten der Bevölkerung die gemeinsame Forderung: der Diktatur unverzüglich ein Ende zu bereiten und zur Demokratie zurückzukehren.

Zeit der Entscheidungen

Nach dem Generalstreik Anfang Juli hatte die Kommunistische Partei Chiles erklärt, daß sie für Verhandlungen mit den Streitkräften eintritt und eine Militärregierung "ohne Präsident Pinochet" als eine Rückkehr des Landes zur Demokratie unterstützen wolle.

Die überwiegende Mehrheit des Volkes ist in der Opposition und versteht genau, daß Pinochet die Macht niemals freiwillig abgeben wird. Man muß ihn vertreiben. Jugendliche unterschiedlichster politischer Überzeugungen haben sich in der Patriotischen Front "Manuel Rodriguez" zusammengefunden.

In den kommenden Wochen und Monaten werden sich die Kämpfe ausdehnen und verstärken. Generalstreiks machen den Weg frei für den nationalen Aufstand. Um das zu verhindern, hat Pinochet erklärt, daß er jedes Mittel, auch eine Wiederholung des Blutbads vom 11. September 1973 ins Auge gefaßt habe. Die Verhältnisse im Land sind aber nicht mehr die gleichen.

Das Volk hat sich von seiner Angst losgerissen und ist zu allem bereit. Es kann die Diktatur nicht länger ertragen. In der letzten Zeit wurden große Aktivitäten entfaltet, um die oppositionellen Kräfte zu vereinigen. Um einen wahrhaft hohen Preis mußte Kampferfahrung gesammelt werden, mußten verschiedene Methoden des Widerstands erprobt werden.

1986 kann für Chile das entscheidende Jahr werden. Die Lösung "Ganz Chile und die ganze Welt gegen Pinochet!" findet immer mehr Unterstützung. Nur Reagan und seine Administration verfolgen eine zweideutige Politik und spielen ihre Schmierenkomödie weiter, der die Entschlossenheit zugrundeliegt, die Diktatur bis wenige Minuten vor ihrem Sturz zu unterstützen.

In dieser Situation steigt die Bedeutung der internationalen Solidarität. Das chilenische Volk weiß, daß es auf die Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, der Nichtpaktgebundenenbewegung, gesellschaftlicher Organisationen aus kapitalistischen Ländern, d. h. auf die Mehrheit der Menschheit rechnen kann.

Sergej Antonow

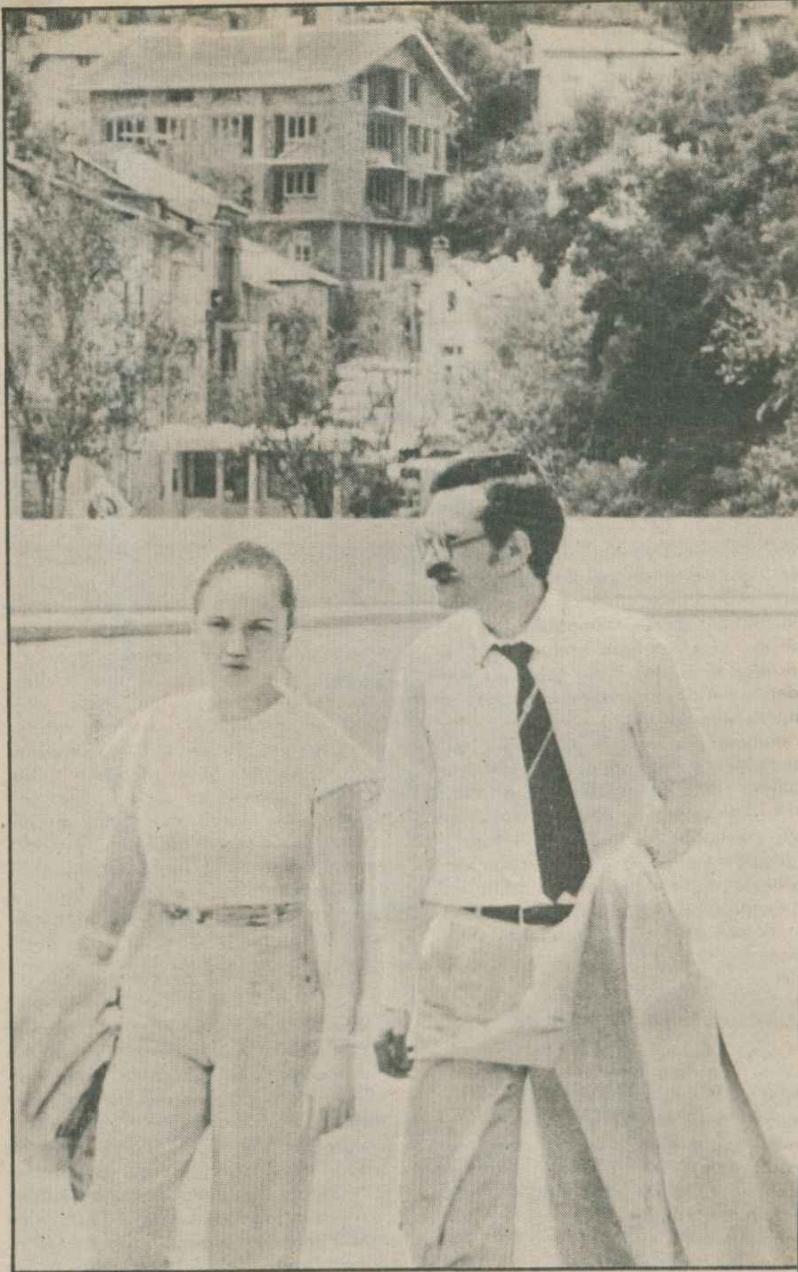
Interview
nach der Rückkehr
in die Heimat

Der „Prozeß
von Rom“ ist noch
nicht beendet

Berufung
der Verteidigung
bei der höchsten
Instanz
des italienischen
Gerichts

Mit Kollegen von der Zeitung "Otetschestven Front" fuhren wir in eine kleine Stadt am Fuß des Pirin-Gebirges im Südwesten Bulgariens. Ich war schon früher in dieser Stadt gewesen, die nach Jane Sandanski — einem Revolutionär und Kämpfer gegen die Türkeneinherrschaft — benannt ist. Diesmal sollte ich mit Sergej Antonow zusammentreffen.

In diesem Kurort mit seinen berühmten Thermalquellen wird Sergej Antonow, ehemaliger Vertreter der bulgarischen Luftverkehrsgesellschaft in Rom, der Anfang April in die Heimat zurückgekehrt ist, behandelt. Um es gleich zu sagen: Sein Befinden ruft Besorgnis bei verschiedenen Fachärzten, besonders bei Neuropathologen, hervor. Nach vierjähriger Haft (genauer gesagt, nach 1222 Tagen) und der Teilnahme an dem ermürbenden, provokatorischen Prozeß ist Antonows Gesundheit spürbar untergraben. Selbst äußerlich zeigt dieser stark abgemagerte, noch junge Mann (am 11. Juli wurde er 38): Das, was er in



der finsternen Einzelzelle, bei den endlosen Verhören und den zahlreichen Gegenüberstellungen mit Verleumndern, angeführt von dem Terroristen Agca, durchgemacht hat, sein Einschluß in dem erniedrigenden Eisenkäfig im Saal des Foro Italico, sind nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Die Ärzte warnen, daß der Patient Ruhe, Ruhe und nochmals Ruhe braucht. Und deshalb durften wir auch nur sehr kurz mit ihm sprechen.

Zusammen mit seiner Mutter Iwanka und der Tochter Anna kam Sergej uns in der Halle des neuen Hotels "Sandanski" entgegen. Freundlich gab er uns die Hand. Auf die Frage, wie er sich fühle, antwortete er schnell:

"So, wie sich jemand in der Heim und unter Angehörigen fühlen kann."

Jemand schlug vor, das Gespräch einem kleinen Tisch in der kühlen und dunklen Halle fortzuführen, doch Sergej winkte ab und zeigte auf einen hellen Platz an einem großen Fenster. Wenige Monate seit der Rückkehr nach Bulgarien sind vergangen — eine kurze Zeit, um den langen Alpträume der Fremde, die Dunkelheit der Gefängniszellen zu vergessen... Unwillig dachte ich, daß das Verlangen nach Licht, Luft und menschlicher Wärme so lange für ihn unstillbar sein wird.

"Das erste, was ich gleich nach der Rückkehr tat — schon auf dem Flughafen Sofia kam ich mit al-

"NEUE ZEIT" 33

freunden und Arbeitskollegen zusammen", berichtet Antonow. "Ich bin stolz darauf, daß unsere Luftflotte noch stärker wurde, daß unsere Flugzeuge alle Kontinente anfliegen. So schnell wie möglich wollte ich wieder meiner gewohnten Arbeit nachgehen."

Und weiter, sagt er, müsse unbedingt was geschehen, worum sich jetzt die drei Bulgaren, die im Prozeß vor dem Foro Italico angeklagt waren, bemühen, wofür sich ihre Landsleute und die ehrlichen Menschen in aller Welt einsetzen. Wahrheit und Gerechtigkeit müßten uneingeschränkt triumphieren. Der Prozeß von Rom ist noch nicht beendet. Hat die italienische Justiz ja, als sie den bulgarischen Bürger "wegen Mangels an Beweisen für eine Teilnahme am Attentat auf den Papst" freisprach, entgegen der Logik und unwiderlegbaren Tatsachen nicht alle Verdächtigungen von ihm und von seinen Landsleuten Sheljo Wassilew und Todor Aiwasow genommen. Welchen Kräften diente das? Hat ja der Prozeßverlauf unwiderlegbar gezeigt, daß gerade die CIA und die von ihr mobilisierten reaktionären Kräfte in Italien, der BRD, der Türkei und einigen anderen NATO-Ländern alles taten, um mindest irgendwie Fundament für ihre "Reumiederische Version von einer bulgarischen Spur" auf dem Petersplatz zu schaffen. Doch Tatsachen gab es nicht und konnte es auch nicht geben. Deshalb gelang es nicht, Sergej Antonow lange Jahre hinter Gitter zu bringen, wurde ein kasuistisches Urteil gefällt, der italienischen Justiz keine Ehre macht. In Sofia unterhielt ich mich mit einem bekannten bulgarischen Juristen, dem Abgeordneten und Vorsitzenden des nationalen Komitees zur Verteidigung Sergej Antonows, Prof. Boris Aiwasow. Er äußert sich kategorisch über Schandprozeß.

Wir warten auf eine genaue und echte Formulierung des Urteils des "Geschworenengerichts", sagt Aiwasow. "Deshalb meinen wir, daß der Prozeß von Rom noch nicht abgeschlossen ist. Die italienischen Verteidiger Antonows, Wassilews und Aiwasows stellten ein Gesuch an die oberste Anzahl des Römer Gerichts. Sie gehen davon aus, daß alle drei Bulgaren von Terroristen Ali Agca verleumdet werden. Sie haben mit dem Attentat auf Johannes Paul II. absolut nichts zu tun. Deshalb sind sie völlig, ja völlig schuldig. Dieser Meinung sind alle schriftlichen Juristen, darunter die Mitglieder der internationalen Kommission zur Untersuchung des Falls Antonow unter Sean Macbride, alle nationalen Komitees zur Verteidigung Sergej Antonows, unter anderem auch das Komitee in der UdSSR. Bei dieser Gelegenheit", fährt der bulgarische Jurist "möchte ich dem Sowjetischen Komitee, allen sowjetischen Menschen einen brüderlichen Dank für die Solidarität und die moralische Unterstützung übermitteln ...".

Im Auftrag des Sowjetischen Komitees überreichen wir Sergej Antonow Bücher, die unsere Historiker, Publizisten und Journalisten über den Hintergrund des Prozesses im Foro Italico verfaßt haben, sowie Souvenirs von sowjetischen Menschen, insbesondere eine in Baku herausgegebene Miniaturausgabe mit Versen Sergej Jessenins.

"Mein Sohn schreibt auch Gedichte und widmet sie seiner Tochter Anna", bemerkte nicht ohne Stolz Sergejs Mutter.

Die blonde Anna, Bestschülerin des mathematischen Gymnasiums von Sofia, schaltete sich gleichfalls in das Gespräch ein.

"Mein Vater hat mir ein ganzes Album seiner Gedichte geschenkt, schreibt weiter Gedichte, auch nach der Rückkehr in die Heimat." Ihrer ersten Leserin gefallen die Verse sehr.

Sergej macht solches Lob verlegen. Zärtlich umarmt er seine 16jährige Tochter, die ebenfalls Schweres in der Fremde durchmachen mußte, als sie jeweils nur für kurze Zeit bei Besuchen im Gefängnis ihren Vater treffen durfte — hinter einer Wand aus kugelsicherem Glas, von strengen Aufsehern bewacht. Sergej rezitierte der Tochter Gedichte aus dem Gedächtnis, Anna prägte sie sich ein und hielt sie in einem Album fest — Verse davon, daß das Licht die Finsternis besiegen wird, daß sie erneut in ihrem Haus voller Sonne leben werden...

Diesen Tag brachten die Angehörigen und die vielen Freunde Sergej Antonows näher. Vor meiner Reise nach Sandanski traf ich in Sofia mit der Ingenieurin Tanja Georgijewa, einer Schwester Sergejs, zusammen. Sie kam oft und für lange Zeit nach Italien, leistete dem unter Hausarrest gestellten Bruder Gesellschaft, als die Richter den kranken Häftling aus den Gefängnissen in Ascoli Piceno und Rebibia in die von Carabinieris bewachte Wohnung in der Römer Via Polo entlassen mußten.

"In jenen Tagen voller Sorge, Angst und Aufregung erfuhren wir mit dem Bruder und den anderen Familienangehörigen, die nach Rom gekommen waren, die Kraft menschlicher Solidarität", erinnert sich Tanja. "Die Kollegen im Sofioter Georgi-Kostow-Werk arbeiteten nicht wenige Stunden für mich, damit ich meinen Bruder besuchen konnte, unterstützten unsere Familie materiell und moralisch."

Sergej Antonow und seine Angehörigen hatten Freunde auch in Italien selbst. Viele ehrliche Menschen stärkten dem verleumdeten Bulgaren den Rücken durch Herzlichkeit und Briefe... Tanja nennt die Namen von Italienern, die als Zeugen im Prozeß — trotz der Einschüchterungsversuche und Provokationen — immer wieder die Unschuld des Angeklagten der bulgarischen Fluggesellschaft "Balkan" bestätigten und die Verleumdungen Agcas entschieden zurückwiesen.

Solidaritätsbekundungen aus vielen Ländern gingen nach Rom. Menschen unterschiedlicher Nationalitäten wurden zu Mitschreitern im Kampf der Wahrheit gegen die Lüge.

"Kürzlich gab es in Sofia eine bewegende Begegnung mit Mitgliedern des Britischen Komitees zur Verteidigung Sergej Antonows", berichtet meine Gesprächspartnerin. "Sie besuchten unser Werk, waren bei mir zu Besuch."

Das Echo des Prozesses von Rom erreichte natürlich auch die kleine bulgarische Stadt Sandanski. In vielen Ländern wirken weiterhin nationale Komitees zur Verteidigung Sergej Antonows. In der Sowjetunion, in Bulgarien, in den USA, in Frankreich und anderen Staaten erschienen Bücher über die gescheiterte Provokation der Feinde Bulgariens, der Gegner des Sozialismus, der Entspannung und des Friedens. Der Kampf um die Wahrheit geht weiter, und das freut Sergej, das gibt ihm Kraft, hilft ihm, wieder gesund zu werden.

... In dem Hotel, einem balneologischen Zentrum für ausländische Touristen, ist Mittagszeit. Wir setzen uns an einen großen Tisch, Sergej Antonow bestellt verschiedene nationale Gerichte für seine Gäste. Doch er selbst röhrt das Essen kaum an — noch leidet er unter schlechtem Appetit.

Alle, selbst die Kinder hier kennen Sergej Antonow. Während wir die lange schattige Allee entlanggingen, grüßten viele ihn herzlich. Sergejs Mutter sagte, die Einwohner und Gäste von Sandanski wollten ihm nicht die Ruhe nehmen. Sie bedrängten ihn nicht, da sie verstanden, daß er schnellstmöglich wieder gesund werden, zur Arbeit, zu seinen gewohnten Beschäftigungen zurückkehren müsse.

Ja, Sergej Antonow wird noch lange nur mühsam eine Unterhaltung führen, noch lange wird er kaum über seine Leiden schreiben können. Ich sagte ihm, daß ich in der NZ über das Treffen mit ihm berichten wolle. Er antwortete mir da, er kenne die Zeitschrift gut und sei ihrer Redaktion und den Lesern für die freundschaftliche Anteilnahme und die Solidarität, für die Veröffentlichungen zur Verteidigung der unschuldig angeklagten Bulgaren dankbar. Mit winzigen Buchstaben schrieb Antonow akkurat, langsam in meinen Notizblock: "Mit den besten Wünschen für die Leser der NZ".

Als wir uns verabschiedeten, wünschten wir Sergej Antonow baldige Genesung und den Triumph der Gerechtigkeit. Als Antwort hörten wir: "Ich glaube, daß dem so sein wird!"

N. PANJEW
stellvertretender Vorsitzender
des Sowjetischen Komitees zur Verteidigung Sergej Antonows

Sofia--Moskau

Sergej Antonow mit Tochter Anna bei einem Spaziergang in Sandanski

Foto: D. Bojadshijew

Washingtons undichte Stellen

Der jüngste Brief des US-Präsidenten und seine Vorschläge in Sachen SDI

Nikolai SCHISCHLIN

Die erhitzten Diskussionen um das "Sternenkriegs"-Programm oder, wenn man die Formulierung des amerikanischen Präsidenten gebrauchen wollte, das Programm der "Strategischen Verteidigungsinitiative" klingen nicht ab.

Der offizielle amerikanische, SDI unterstützende Standpunkt bedient sich unterschiedlichster Argumentationen, denen man ihren reklamegeschulten Einfallsreichtum noch anmerkt.

SDI, so behauptet man, mache atomare Rüstung macht- und deshalb nutzlos. Die ganze Militärstrategie werde ihren Schwerpunkt auf die Verteidigung verlagern. Mit der Installierung eines "Oberschildes" werden Angriffswaffen ungefähr so interessant, wie eine Steinaxt in der Glasvitrine irgendeines Völkerkundemuseums.

Wirklich eine attraktive Aussicht, so eine Weltraumsicherung. Strategische Rüstung wird wegen Ineffektivität eingeschmolzen. Allerdings ist dann auch unklar, was aus der Weltraumsicherung selbst werden soll, die immerhin einige hundert Milliarden Dollar gekostet hat.

Dann heißt es, das SDI-Programm sei für Wissenschaft und Forschung hochbedeutsam, weil es gerade noch in die nach Washingtoner Lesart "enge" Auslegung des ABM-Vertrages von 1972 hineinpaßt. Der gestatte nämlich, wieder nach Washingtoner Interpretation, Entwicklung und Erprobung weltraumgestützter Antisatellitenwaffen, die auf neuesten physikalischen Grundlagen aufzubauen, wie Laser, gebündelte Teilchen usw. Sollten Erforschung und Erprobung sich als erfolgreich erweisen, hätte die Öffentlichkeit immer noch keinen Grund zur Sorge, weil nämlich die USA mit der Sowjetunion in Verhandlungen eintreten, zwecks Überprüfung des ABM-Vertrags. Was weiter? Danach zaubern die USA ihre schlagkräftigen Weltraumwaffen aus dem Hut.

Die Sowjetunion fröstet man: Wenn das "Sternenkriegs"-Programm erfolgreich realisiert ist, kann sie schließlich, so das seriöse Washingtoner

Angebot, umsonst oder zu einem angemessenen Preis an den neuesten Errungenschaften amerikanischer Kriegstechnik teilhaben. Im hartnäckigen Bemühen der jetzigen US-Administration, sich die Wunderwaffe anzuschaffen, hat sich also eine potentielle Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen. Sie stürmt vor zur militärischen Überlegenheit, um sie sich sofort wieder aus der Hand schlagen zu lassen?

Alexander Bowin nimmt in seiner Arbeit "Weltraumphantasien und irdische Realität" all diese Propagandamaßnahmen gewissenhaft auseinander. Der Leser kann sich auf den nächsten Seiten dieser Zeitschrift selbst davon überzeugen.

Es gibt verschiedene Kategorien von Polemiken. Die einen verwerfen die Argumentation der anderen Seite in Bausch und Bogen und behaupten trotz ihrer eigene. Die anderen erfinden eine gegnerische Argumentation, auf die sie dann begeistert eindreschen. Es gibt daneben auch echte Streitschriften, die alle Für und Wider zu Wort kommen lassen. Das hilft eher, die Wahrheit zu finden. Bowin geht so vor. Er zitiert Fürsprecher und Gegner von SDI, danach entwickelt er seine Beweisführung und stellt uns seine Schlußfolgerungen vor.

In den letzten Wochen rankt sich die SDI-Diskussion um westliche Veröffentlichungen, deren Autoren sich auf den Juli-Brief Präsident Reagans an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, beziehen.

Unsere Zeitschrift erhielt viele Zuschriften aus dem Ausland, in denen Leser ihre Eindrücke in der Form formulieren, als seien durch Reagans Brief alle Störfaktoren für ein neues sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen beseitigt worden. Jetzt warte man auf eine Antwort der sowjetischen Seite. Außerdem sei der "große Kompromiß" gar nicht so weit hergeholt: Die USA halten sich sieben oder siebeneinhalf

Jahre lang an die Bestimmungen des ABM-Vertrages, verkniefen sich also die Entwicklung kosmischer Offensivwaffen. Währenddessen können die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten eine einschneidende, sagen wir fünfzigprozentige Reduzierung ihrer strategischen Offensivwaffen vornehmen.

Nehmen wir einmal an, die Pressemeldungen stimmen. Dafür gibt es gute Gründe. Ohne Einverständnis des Weißen Hauses würden die gutorganisierten amerikanischen Massenmedien nicht lautgeben. In der amerikanischen Praxis wären somit vertrauliche Informationen nicht zum ersten Mal ausgelaufen. Die bekannte Masche: Ohne eine Antwort aus Moskau abzuwarten, der Brief des Präsidenten wird hier gerade ernsthaft und gründlich geprüft, macht die amerikanische Regierung für ihre Ziele bereits Reklame. Die braucht sie auch. Für SDI ganz besonders.

Was ist mit dem amerikanischen Vorschlag, die Wirksamkeit des zeitlich unbegrenzten ABM-Vertrages um sieben Jahre zu verlängern, gemeint? Ein Zugeständnis an die Sowjetunion, wie das die Presse glauben machen will? Die Belegschaft des Präsidenten, die entstandene Lage im Interesse eines echten Schrittes hin zu einer Einschränkung des Wettrüstens auf der Erde und im Weltraum noch einmal zu überdenken.

Eine überzeugende Antwort auf diese Fragen ist leider nicht möglich.

Was für ein Zugeständnis, was für eine sowjetischen Position entgegenkommender Schritt ist eigentlich gemeint, wenn die für SDI verantwortliche amerikanischen Politiker autorisiert erklären, daß sie 9 bis 10 Jahre brauchen, um alle Komponenten des Programms auszuarbeiten und zu erproben? Vor dem Hintergrund dieser einleuchtenden Tatsache erscheint die siebenjährige Einhaltung der Vereinigten Staaten befrügerisch. In eben diesen Jahren beabsichtigt Washington sowohl die Forschung als auch die Erprobung von SDI durchzuführen, die materielle, wissenschaftlich-technische Grundlage für die Stationierung raffinierter Weltraumwaffen zu schaffen.

Eine Neuinterpretation der entstandenen Lage durch die jetzige Administration ist jedenfalls nicht festzustellen. Die amerikanische Herangehen an Frage der Einstellung des Wettrüstens auf der Erde und seines Verbots im Weltraum bleibt absolut das gleiche. Sie treibt die Wettrüster in alle Richtungen weiter. Neben Worten über die Möglichkeit eines "großen Kompromiß" zu erzielen taucht in Reden höchststranger amerikanischer Politiker die konstante Forderung auf, die Militärmacht der USA zu vergrößern. Wozu? Um erst einmal die Hauptvoraussetzung für einen Erfolg bei Verhandlungen mit den Russen zu schaffen.

Auf diese Art stellt man keine Kompromisse her, ganz zu schweigen von "großen". Kompromisse erfordern

anderes Herrangehen, eine Bewegung aufeinander zu, wobei man die Sicherheitsinteressen seines eigenen Landes und desjenigen, mit dem man sich einigen will, nicht aus dem Auge verlieren darf.

Sackgassen in internationalen Beziehungen kommen vor. Sie sind meistens künstlich geschaffen. Sackgassen sind Ergebnisse falscher Politik, falscher Einschätzung der Absichten und Möglichkeiten der anderen Seite. Das gilt sowohl für SDI als auch für westliche Veröffentlichungen über den Juli-Brief des US-Präsidenten.

Wir haben bereits des öfteren darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion ein neues sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen befürwortet. Es muß nur ergebnisorientiert sein. Diesem Treffen muß die Vorrätsbewegung anzumerken sein, hin zu ernsthaften Vereinbarungen über tatsächlich wichtige Fragen, wie der Stabilisierung der internationalen Sicherheit. Die Sowjetunion pflegt ihren politischen guten Willen durch Taten zu kräftigen.

Die Sowjetunion legt ihren Teil des Weges konsequent zurück. Damit die Seiten sich treffen, müssen die Vereinigten Staaten nicht nur nicht zurückweichen, oder auf der Stelle treten, sondern sich zu realen, abwägbaren Vereinkünften voranbewegen.

Jetzt hat Alexander Bowin das Wort.



du siehst, dient das alles deiner Freiheit!

Zeichnung: N. Stscherbakow

JE ZEIT" 33.86

Folgenschwere

Kettenreaktion,

die die Realisierung von SDI auslösen kann

Alexander BOWIN

Die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) sieht keine Ablösung der Angriffswaffen vor, sondern ihre Vollständigung durch neue, schlagkräftige Systeme. Diese neuen Systeme werden neben Verteidigungsfunktionen über mächtige Angriffsmöglichkeiten verfügen. Strategisch gesehen, besteht der Sinn dieser Kombination aus offensivem und defensivem System darin, das "Schwert" unter dem Schutz eines "Schildes" einzusetzen, günstige Bedingungen für den ersten Entwaffnungsschlag zu schaffen und dann den atomaren Raketenkrieg zu gewinnen.

Die krankhafte Besessenheit der jetzigen US-Administration bei der Verwirklichung des Star-War-Programms läßt sich erklären. Die Einführung eines umfassenden Antiraketenystems wird in Washington als logisches Resultat ununterbrochenen Strebens nach amerikanischer strategischer Überlegenheit betrachtet, einer Überlegenheit, die vom Standpunkt der Reagan-Mannschaft ebenso natürlich und legitim ist wie die Überlegenheit des "absolut Guten" über das "absolut Böse". Man darf auch den Druck von Seiten des militärisch-industriellen Komplexes nicht außer acht lassen, der bereits faktisch ein sich selbst reproduzierendes System darstellt, daß immer neue milliardenschwere Aufträge verlangt und die Politik entsprechend in die Richtung seiner finanziellen Interessen und technologischen Möglichkeiten dirigiert.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß jeder Versuch, die Präsidenteninitiative zu verwirklichen, eine Kettenreaktion negativer Folgen provozieren wird. Es entsteht die Gefahr, daß die bestehende strategische Parität verletzt wird. Eine Militarisierung des Weltraums würde den ABM-Vertrag außer Kraft setzen. Die Sowjetunion wäre gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Eine neue, gefährlichere Runde des Wettrüstens würde einsetzen. Die Möglichkeit einer Vereinbarung über Rüstungskontrolle überhaupt wäre in Frage gestellt. Das alles verstärkt die internationalen Spannungen und schadet der ohnehin brüchigen Stabilität. Bereits

die ersten Ansätze, SDI zu verwirklichen, werden eine zusätzliche Belastung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen herbeiführen. Schließlich bringt eine Erhöhung der potentiellen Gefahr und der Ungewißheit keiner Seite Gewinn, sondern beiden Seiten Verlust.

In einem besonderen Beitrag des amerikanischen "Verbands besorgter Wissenschaftler", im März 1984 veröffentlicht, heißt es: "Die Konsequenz, mit der die USA ihre Pläne einer Antiraketenrüstung verfolgen, führt auf Seiten der Sowjetunion zu einer Kette von Aktionen und Gegenaktionen, die die strategische Lage radikal zuungunsten der Sicherheit beider Seiten verändern. Die Welt der Kernwaffen wird noch leichter verwundbar. Während die scheinbaren Vorteile eines solchen Systems hypothetisch in weiter Ferne scheinen, liegt ihre Gefährlichkeit auf der Hand und ist fast voraussehbar." Dieser Schlußfolgerung schließen wir uns an.

Hier tritt der Direktor der Kommission für Rüstungskontrolle und Abrüstung K. Adelman auf den Plan: "In der sowjetischen Anti-SDI-Propaganda ist häufig eine interessante Inkonsistenz festzustellen. SDI wird als gefährlicher, destabilisierender Schritt dargestellt, dem sowjetischerseits Maßnahmen entgegengesetzt werden müssen. Gleichzeitig wird behauptet, daß SDI unnütz und ineffektiv sei", und fragt listig: "Wenn SDI also nicht effektiv ist, warum bereitet sie dann den Russen derartiges Kopfzerbrechen?"

Umsonst übt sich Adelman im Scharfsinn, denn gerade weil wir besorgt sind, müssen wir unsere Gegenmaßnahmen treffen, um SDI in ihrer Effektivität zu beschneiden. Wenn es nötig sein sollte, tun wir das. Wir haben jedoch schon oft und auf verschiedenen Podien gesagt, daß wir unsere intellektuellen und materiellen Ressourcen nicht für eine neue Runde im Rüstungswettlauf verpulvern wollen. Wir haben uns um Wichtigeres zu kümmern. Das zum ersten. Zweitens fragen wir uns, ob die Amerikaner nicht im festen Vertrauen auf die Effektivität und die "absolute Zuverlässigkeit" des

ABM-Systems Lust bekommen, es tatsächlich einmal auszuprobieren. Dabei machen sie einen Fehler, aber es wird schon niemanden mehr geben, der ihn analysieren könnte. Drittens. Die Eigenart der weiträumig angelegten ABM selbst, die minimale Zeitspanne, in der sie Tausende Ziele aufklären, ihre Vernichtungsmittel richten, die Effektivität der Schläge einschätzen muß und ähnliches mehr, schaltet den Menschen faktisch aus dem Entscheidungsprozeß aus. Nicht Menschen, sondern Computer werden die Frage über Sein oder Nichtsein der Menschheit entscheiden. Auch das macht uns Sorgen. Wie auch immer wir zu den Amerikanern stehen mögen, hätten wir es doch gern mit ihnen persönlich zu tun, und nicht mit ihren Rechenmaschinen, seien sie auch noch so "intelligent".

Schade, daß all das die amerikanische Regierung nicht beunruhigt. Sehr schade, daß Leute, die heute die Politik der USA gestalten, in Kategorien des vornuklearen Zeitalters denken. Sie wollen die Sicherheit der Vereinigten Staaten auf Kosten erhöhter Unsicherheit anderer garantieren. Aber im Atomzeitalter ist das der sicherste Weg ins Nichts. Der Vorsitzende des Instituts für Weltraumforschung und Sicherheit, Robert Bowman schreibt: "Die entsetzliche Zerstörungskraft der Kernwaffen ließ die Interessen der USA und der UdSSR auf dem Gebiet der Sicherheit beinahe identisch werden. Wir teilen das gemeinsame Interesse am Überleben. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn es uns gelingt, einen Krieg zu verhindern. Der Begriff der nationalen Sicherheit sollte gestrichen werden. Es kann nur noch eine allgemeine Sicherheit geben." Wer danach strebt, die Gefahr für den anderen zu vergrößern, vergrößert sie auch für sich selbst. Diese gegenseitige Bedingtheit scheint man im Weißen Haus nicht ganz zu begreifen. Der amerikanische Journalist Strobe Talbott schreibt über die "Sternenrede" des Präsidenten: "Was an Reagans Rede besonders überraschte, ist sein Herangehen an ABM wie an eine Entscheidung, die die USA selbständig treffen könnten, und nicht wie an ein Problem, das mit der anderen Supermacht gemeinsam zu lösen wäre."

Dieses Bedürfnis, selbständig zu entscheiden, ohne die Interessen und Sorgen der anderen Seite zu berücksichtigen, bestimmt die Position der USA bei Abrüstungsgesprächen. Sie steigen etwa wie folgt in die Verhandlungen ein: "Wollen doch mal sehen, ob wir die Russen nicht im guten überzeugen, unsere Position zu übernehmen und unsere Bedingungen zu akzeptieren. Wenn's nicht klappt, überholen wir sie eben im Wettrüsten und diktieren unsere Bedingungen." Daraus wird nichts. Wie schon mehrfach gesagt, kann man das Wettrüsten nicht gewinnen. Die "New York Times" bemerkt ganz richtig:

"Jeder Schritt nach vorn im Rüstungswettlauf zwingt den Gegner zu Antwortmaßnahmen. Diese Gegenmaßnahmen senken das Niveau der Sicherheit und Stabilität und führen zu einer Verschlechterung der Lage für beide Seiten. Aus diesem Teufelskreis kommt man solange nicht raus, wie kurzfristige Vorzüge einem näherliegen, als die ferne Aussicht auf Gegenmaßnahmen, die der Gegner einleiten wird." Nicht Rüstung, sondern gegenseitige Abrüstung muß zum wichtigsten und einzigen verlässlichen Element der nationalen Sicherheit jeder Seite werden. In Moskau ist man sich darüber völlig im klaren. Michail Gorbatschow sagte: "Wie noch nie zuvor, ist heute eine weit-sichtige Politik vonnöten, die auf einem Verständnis der Realität beruht und der Gefahren, mit denen wir morgen unweigerlich konfrontiert werden, wenn sich heute diejenigen, die die einzige richtige Entscheidung treffen können und müssen, aus der Verantwortung stehlen, die auf ihnen lastet." In Moskau ist man bereit, verantwortungsbewußt zu handeln.

In Washington weht ein anderer Wind. Von ihren eigenen finanziellen und technischen Möglichkeiten fasziniert, hoffen die Amerikaner, mit ein paar Milliarden Dollar und einer neuen "Wunderwaffe" die Notwendigkeit, mit der Sowjetunion zu verhandeln, umgehen zu können, daß damit alles seine Ordnung hat und daß ihre Sicherheit, wenn nicht zu 150, dann doch zu 100% garantiert ist. Ein ähnlich naiver Standpunkt liegt der Militärpolitik der USA zugrunde, obwohl seine Anfechtbarkeit längst allen klar ist. Der führende amerikanische Gelehrte R. Garwin bemerkte: "Der Schlüssel zur Entspannung liegt nicht in der fortschrittlichen Technik aus den Militärlabors, sondern im Fortschritt am Verhandlungstisch." Zum gleichen Schluß kommt auch der als Journalist bekannte T. Powers: "Unser ganzes Land hängt jetzt vom gesunden Menschenverstand der Sowjetunion ab. Um diese einfache Wahrheit kommen wir nicht herum. Die Spezialisten können alle möglichen technischen Raffinessen zusammenbasteln, bloß unsere Sicherheit zu garantieren sind sie nicht in der Lage. Sollte es uns beschieden sein, irgendwann einmal wieder in Sicherheit leben zu können, dann nur um den Preis der gleichen Sicherheit für die Russen. Das bedeutet, daß Vereinbarungen am Verhandlungstisch nötig sind, gerade jetzt, bevor wir ernsthaft darangehen, Geld auszugeben, weil wir dann schon nicht mehr aufhören können." Das ist einer der Widersprüche amerikanischer Politik: Einerseits herrscht kein Mangel an gesunden, fundierten Einschätzungen der allgemeinen strategischen Lage und ihrer Erfordernisse, andererseits eine ihren theoretischen Voraussetzungen nach primitive, vornukleare Politik.

Auf dem X. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei wurde neben anderen unaufschiebbaren Problemen der polnischen Gesellschaft der weiteren Festigung des Vertrauens zur Partei und ihrer Autorität bei der Arbeiterklasse des Landes eine außerordentliche Aufmerksamkeit geschenkt. "Unter den Bedingungen der sozialistischen Demokratie", betonte in seinem Bericht Wojciech Jaruzelski, "kommt dem Maßstab der Teilnahme der Arbeiter am Leben des Landes, ihrer Stimme und ihrem Einfluß auf gesellschaftliche Prozesse eine fundamentale Bedeutung zu."

Dieser Grundgedanke des Forums der polnischen Kommunisten rief bei mir die Erinnerung an eine bemerkenswerte Begegnung in der Hauptstadt Volkspolens wach...

Diese Geschichte ist mit dem bekannten Film Andrzej Wajdas "Der Mann aus Marmor" verbunden, von dem man nicht zu Unrecht sagt, er habe viel Aufsehen erregt. Was hinter diesem Aufsehen steckte, ist eine andere Sache. Jedenfalls stürmte bei diesem Film das Publikum die Kinos, und die Rezensenten schrieben sich die Finger wund. Während meiner damaligen Polen-Reise konnte ich mir den Film leider nicht ansehen, weil seine Spielzeit bereits abgelaufen war. Mir war auch nicht nach einer Rezension. Den Inhalt des Streifens kannte ich in groben Zügen: das Schicksal eines Bestarbeiters aus der Zeit des Wiederaufbaus der polnischen Hauptstadt nach dem Krieg, den die Behörden zum beruflichen und privaten Ruin getrieben hatten.

Obrigens ist das Schicksal dieses Filmes ebenfalls keine alltägliche Sache. Mit ihm wurde ich allerdings "von anderen Ende" her konfrontiert, als ich nämlich mit einem Mann Bekanntschaft machte, der in mehr als direkter Beziehung zum Film stand.

Das Drehbuch zu "Der Mann aus Marmor" wurde seinerzeit verworfen und für viele Jahre zu den Akten gelegt. Gerade darauf stieß Wajda und zwar in dem Moment, als der soziale Konflikt in Polen bereits anschwellt. Da sah der Filmmann die Zeit für gekommen: Schauen Sie sich, bitte schön, mal an, wogegen die Leute so rebellieren. Künstlerisch wurde der Film wirklich niveauvoll gestaltet, das wird von Kenner des Mediums bestätigt, schließlich darf man doch Andrzej Wajda nicht Talentlosigkeit nachsagen... Aber hier die Meinung eines Zuschauers, der in der Filmkunst nicht so versiert ist:

"Schlecht ist der Film auf keinen Fall, er geht bis ins Herz. Ich habe selbiges gesehen, daß viele Menschen sich die Tränen abwischen, als es im Saal heulte... Warum mußte aber alles verdreht werden im Film — im Leben ist doch alles ganz anders gewesen. Hat e-

Der „Mann aus Marmor“ lebt...

Vitali GANJUSCHKIN

das nötig gehabt, das Leben zu verschälen? Das kann ich nicht begreifen..."

Als Wajda an seinem politisch anrührigen Filmwerk über einen Arbeiter, an dem sich die "Machthaber" vergangen haben, eifrig drehte, konnte er nicht ahnen, daß es den "Hauptzeugen der Anklage" wirklich gibt und daß er noch lebt. Die Meinung, die wir soeben angeführt haben, stammt aus erster Hand. Sie wurde von keinem anderen als dem "Mann aus Marmor" höchstpersönlich ausgesprochen, von einem Warschauer Maurer, dessen Schicksal im Drehbuch aufgearbeitet, jedoch vom Autor und später von Wajda in einem ihnen ehenen Sinn präpariert wurde.

Marschallstab eines Majors

Michał Krajewski. Über 80 Jahre alt, immer noch sehr rüstig, mittelgroß, kein ländlicher Habitus, aber die Stärke, die fördert man. Ein scharfer Blick, um den ihn auch Jüngere beneiden könnten, klarer Verstand, durch und durch intellektuelle Sprache, an der man sowohl große Lebenserfahrungen als auch Kenntnisse und kein geringes Maß eigener Überlegungen über das Geschehen erkennt. So hat ihn sein Leben geprägt. Ein anderer, dessen Geist und Fleisch schwächer wären, — so einer hätte bei solchem Leben wohl resigniert.

Sein Leben lang war und bleibt er Maurer. Wände hat er hochgezogen, Täuer errichtet. Würde man nebeneinanderstellen, was er gebaut hat, dann könnte es sich wohl mit der "chinesischen Mauer" messen. Da gab es allerdings eine Pause, eine Unterbrechung in seinem Beruf. Er mußte in den Krieg ziehen, mit der Polnischen Volksarmee. Vom ersten bis zum letzten Schuß hat er ihre Kämpfe mitgemacht und kehrte nach dem Sieg heim, in das alte Polen, Volkspolen. Major war er damals, die Brust voller Orden. Zwischen sind viele Arbeitsauszeichnungen hinzugekommen.

Michał Krajewski ist Feuer und Flamme die Partei. Bereits 1928 trat er in die Partei ein, in die jetzige PVAP. Die christliche Lehre vom Klassenkampf schloß er sich auf zutiefst persönliche Weise, als Arbeiter. Siebenjährige Haft in bürgerlichen Gefängnissen gen der Teilnahmen am Streik in Nowa Wola war seine "Diplomverteidigung". Als der zweite Weltkrieg be-

gann, fand er — wie viele seiner Landsleute — in der Sowjetunion Zuflucht. In der Stadt Orsk im Ural wurde Michał Krajewski Gehilfe bei Maximenko, dem landesweit bekannten Stoßarbeiter, der eine neue Methode des Ziegelverlegens erfunden und angewandt hat. Schnell erlernte der Gehilfe diese Methode, obwohl auch er anfänglich gar nicht glauben konnte, daß man 6000 bis 7000 Ziegel in einer Schicht legen kann und nicht 600 bis 800, wie es damals in Polen üblich war. Aus dem polnischen Murarz (Maurer) wurde ein Stoßarbeiter, Teilnehmer der Stachanow-Bewegung.

Als später auf dem Territorium der UdSSR die 1. polnische

Als der Friede kam und man mit dem sozialistischen Aufbau begann, mußte der Major mit Fronterfahrungen noch einige Zeit bei der Armee bleiben. Und überall sah er die Ruinen des heimatlichen Warschau, die Züge gequälter obdachloser Warschauer, die heimkehrten und Schutt und Asche vorfan- den...

Nun fand der Frontmajor keine Ruhe mehr in seinem soliden und ruhigen Amt: hatte er doch einen "Zauberstab" in den Händen, mit dessen Hilfe man die Stadt — wie im Märchen — wie Phönix aus der Asche hätte auferstehen lassen können. Eine ruhige Kugel schieben? — daran fand Michał Krajewski kein Gefallen. Zuerst stellte er Unterlagen für die schnelle Methode zusammen und brachte sie in die Parteizeitung "Glos Ludu". Dort wurde der Wert dieses Rationalisierungsvorschlags sofort erkannt. Krajewski wurde ... Mitarbeiter in der Redaktion ans Herz gelegt. Er sollte gleich eine Serie über die neue Methode schreiben. Das war für ihn wieder nicht das Richtige. Es juckte ihm in den Fingern, er wollte das Vorhaben verwirklicht sehen. Aber wie das manchmal so kommt, war es gar nicht leicht, eine Mauerstelle auf dem Bau in seiner damaligen Position zu finden. Seine Kollegen zeigten ihm einen Vogel, die Frau drohte die Scheidung an: Was willst du weg aus dem guten Amt, bleib bei deinem Leisten... Krajewski aber erwirkte seine Entlassung aus der Armee und legte sich so richtig ins Zeug.

Beinahe einen Monat lang suchte er ganz Warschau ab — nach einer passenden Mauer, groß genug, um die Maximenko-Methode anschaulich vorzuführen. Im städtischen Bauamt wurde ihm angeboten, er solle hölzerne Ziegel anfertigen und das Ganze im Dienstzimmer des Chefs, sozusagen im Laborumfang vorführen. Keiner wollte glauben, daß so etwas überhaupt möglich ist. Michał Krajewski beharrte darauf, daß er es nicht den Chefs, sondern den Kollegen vom Bau vorführen wolle, damit sie davon ergriffen werden. Gerüchte über den Kauz drangen bis Bolesław Bierut selbst. Dieser, beschäftigt mit einer Unzahl staatlicher Angelegenheiten und Sorgen, fand jedoch Zeit, Krajewski anzuhören, faßte die Methode sehr ernst auf und fragte Michał lange nach allen Details aus. Eine Skizze sollte er sogar anfertigen. Michals Erklärung war simpel: Mährt man das Korn, so wird dem Schnitter eine Gehilfin beigegeben, die hinter ihm Garben bündeln soll, während er immer nur von Reihe zur Reihe vordringt. Denn er ist der Meister, er soll das Wichtigste erledigen. Das gilt auch für den Bau: Der Maurer, der Meister, sollte nur Ziegelsteine legen und dürfte nicht abgelenkt werden. Da-



Konzert im Warschauer Lazienki-Park beim Chopin-Denkmal. Jedes Jahr im Frühling und im Herbst versammeln sich hier Musikliebhaber, um den Schöpfungen des großen Komponisten zu lauschen.

Armee gebildet wurde, begann für Michał Krajewski wie für Tausende andere polnische Patrioten bald der Frontalltag — Schulter an Schulter mit sowjetischen Soldaten. Durch alle Fronten und Grenzen, Gräben und Stürme trug der polnische Arbeiter, wie wenn es ein Marschallstab wäre, die Erinnerung an das phantastische Ziegellegen, an die superschnelle Maximenko-Methode.

läuft die Arbeit auf Hochtouren, erst wenn die Schicht zu Ende ist, zählt man die Ziegel. Was man braucht, sind zwei Gehilfen, oder auch nur einer, eine Brigade, und entsprechende Arbeitsplätze, gut versorgt mit Material und allem drum und dran.

Nach diesem "Gipfeltreffen" wurde eine Konferenz Warschauer Maurer einberufen, schnell fand man einen passenden Platz. Michal Krajewski nahm da seinen "Marschallstab" — die Kelle in die Hand. Ob man das gefilmt hat, weiß ich nicht, aber die Konferenzteilnehmer, die ihren Augen nicht trauen wollten, mußten erleben, wie der Meister im Nu 3600 Ziegelsteine verlegte. Mehr hatte man im Augenblick nicht auf Lager.

Das war der Anfang. Krajewski schonte sich nicht und stellte immer neue Rekorde auf. Über ihn und über die Methode wurde viel in den Zeitungen geschrieben. Nun war Krajewski der beste Stoßarbeiter. Dann wurde er aber mit der "Wahrheit des Lebens" konfrontiert, die Krajewski allerdings im besagten Film stark vermißte. Sein Neuererstum paßte sehr vielen Leuten nicht ins Konzept. So sieht es bei Novitäten häufig aus. Es gab auch recht viele Kollegen, Männer vom Bau, die sein Vorhaben lediglich als "Schweißtreiberei" betrachteten. Es fanden sich auch leitende Genossen, die die zusätzlichen Sorgen wegen der neuen Arbeitsorganisation als eine Last empfanden. So etwas kommt auch jetzt noch vor: Jegliche Umgestaltungen werden von manchen Leuten angefeindet. Krajewski ließ aber nicht locker: Er strebte keine persönlichen Rekorde an, sondern wollte, daß man auf allen Baustellen so arbeite.

Niemand vermochte aber zu stoppen, was er in Gang gesetzt hat. Die Meistermaurer, und deren gab es bereits viele in Warschau und auch landesweit, spornten an. Es gab kein Zurück mehr zu den alten Arbeitsmethoden.

Der "Mann aus Marmor"

hat das Wort

Was hat denn beim Aktivisten des Wiederaufbaus Warschaus einen so heftigen menschlichen und staatsbürgerlichen Protest hervorgerufen, als er den Film Wajdas gesehen hat, in dem ihn der Filmemacher als einen "Mann aus Marmor" dargestellt hatte? Vor allen Dingen eine einfache Ablehnung einer, wenn auch noch so kunstvollen, Verfälschung, einer Mache, die für "echtes Leben" verkauft wird. Der Konflikt zwischen Alt und Neu, der auch heute nichts von seiner Schärfe eingebüßt hat, von damaligen Zeiten ganz zu schweigen, wird im Film durch die Mittel der Kunst bis hin zu sozialen Verallgemeinerungen hochstilisiert. Da wird der Hauptheld — ein Bestarbeiter — nicht bloß mit einem von den Positionen unserer Ideologie erklärbaren Widerstand der Menschen konfrontiert, die das Neue nicht begreif-

fen können oder wollen, sondern mit einer finsternen Macht — mit der "Obrigkeit" in Gestalt der vom Drehbuchautor und dem Regisseur ins Filmgewebe transplantierten Vertreter der Staatssicherheit. Die Aufmachung ist entsprechend — geheime Türen, Verhöre, die "schwedischen Gardinen" fehlen auch nicht. Nach dieser "künstlerischen" Version drückt der im Mittelpunkt des Filmes stehende Arbeiter, durch "Verfolgungen" völlig aus der Fassung gebracht, seinen "sozialen Protest" letzten Endes auf eigene Art und Weise aus — er macht sich auf, um seinem Peiniger "aus den Organen" die Fenster einzuschlagen.

Eine derartige "Widerspiegelung" des Lebens in der Kunst hat zu einer scharfen Kontroverse zwischen dem echten "Mann aus Marmor" und dem Filmemacher geführt.

In jener sorgenvollen Zeit, als die unruhlich bekannte "Solidarnosc" ihr Unwesen immer aktiver trieb und als "Der Mann aus Marmor" seine Premiere feierte, hat es Michal Krajewski (inzwischen war er im wohlverdienten Ruhestand) mit einer Gruppe Gleichgesinnter gewagt, den destruktiven Bestrebungen der Pseudogewerkschaft im Bereich der Kultur eine wirklich proletarische, von Arbeitern getragene Alternative zu bieten. Gegenwärtig hat sie sich zu einer recht breiten Bewegung seiner Klassengenossen entwickelt. Heute ist dies die offiziell anerkannte staatlich unterstützte "Union der Arbeiter — Schöpfer der Kultur". Michal Krajewski ist bis heute ihr Vorsitzender. In Dutzenden Organisationen der Union im ganzen Land und vor allem in den Kollektiven der größten Betriebe sind über 4000 Mitglieder vereinigt.

Die Idee, den Grundgedanken der Union kann sicher Michal Krajewski selber am besten schildern:

"Unser Gedanke ist eigentlich sehr einfach und marxistisch-leninistisch in seinem Gehalt: Die Arbeit ist das Wichtigste von allem. Darin liegen alle Freuden und Leiden jeglicher Gesellschaft, und in einer sozialistischen Gesellschaft wird die Arbeit zur Arbeit für sich selbst. Darum wollen wir die Aufmerksamkeit der Gesellschaft vor allem auf die Menschen der Arbeit als Träger der sozialen und anderen Kreativität lenken. Diese ihre Eigenschaft ist bei uns in jüngster Zeit etwas in Vergessenheit geraten. Die Menschen der Arbeit wurden zwar über alle Maße gelobt und mit Orden ausgezeichnet — in ihrer Eigenschaft als Arbeitskraft. Schöpfer der Volkskultur wurden dabei in den Werktagen einfach übersehen. Jede materielle Produktion bildet aber die wichtigste Grundlage der Kultur im breitesten Sinne dieses Wortes."

Denkt man über die Geschicke Polens und seiner Kultur nach, kommt man zu dem Schluß, daß wir Polen kraft gesichtlicher Umstände und auch der

eigenen Mentalität "traditionsgemäß" vor allem den Kampf für unsere Heimat und die Bereitschaft zur Selbstaufopferung ihretwegen hervorheben. Das ist für uns die wichtigste Lehre aus der Geschichte. Ist aber nicht die Zeit gekommen, heute, im Sozialismus, das Schwergewicht auch darauf zu legen, wie man für Polen, für sein Wohl arbeiten und leben muß? Diese 'Kunst' beherrschen wir bisweilen am wenigsten, es müßte aber anders sein. Das Hauptanliegen unserer Union besteht darin, die kreativen Potenzen der arbeitenden Menschen zu wecken und ihnen Bahn zu brechen.

Wie verwirklichen wir diese Aufgaben? Begonnen haben wir mit der Gründung unseres 'Gewöhnlichen Theaters' und der Zeitung. Unser Laientheater führt Werke der Arbeiter für die Arbeiter auf. Heute stehen Dutzende Stücke auf seinem Spielplan. Immer wieder spielen wir das Stück des Technikers aus Rzeszow Zbigniew Okon 'Die Ausnützerungsanstalt', der Lagerarbeiterin des Warschauer Hotels 'Solec' Kristina Przybyszewska 'Ein Tagebuch, gefunden auf der Mülldeponie'. Darin werden scharfe soziale Probleme angesprochen. Unsere Zeitung erscheint alle zwei Wochen und heißt 'Die Schöpferkraft des Arbeiters'. Da sind Kommentare, glaub ich, gar nicht nötig. Darin werden Artikel, Skizzen und Reportagen des Industriearbeiters und natürlich ihre Prosawerke und Gedichte veröffentlicht. Wie es darum bestellt ist, weiß man. Diese Menschen sind bescheiden und ungeschult. Wenn sie zur Feder greifen, so tun sie es häufig so, daß Freunde und Familienangehörige davon gar nichts wissen. Sie hegen meistens auch gar keine Erfolgshoffnungen. Wir bieten nun jedem, der einen Funken Talent besitzt, die Möglichkeit, seine Werke zu veröffentlichen. Vier unsere Arbeiter, darunter auch ich, sind inzwischen Mitglieder des Schriftstellerverbandes der VR Polen.

Von manchen Künstlern wird uns immer noch vorgeworfen, unser Ziel sei eine Gegenüberstellung des berufsmäßigigen Kunstschatzens und des imaginären Arbeiterschöpfertums. Wir sagen dazu, daß wir gar nicht darauf sind, ein 'Getto' der abgekapselften Arbeiterkunst zu schaffen. Wir wollen, daß die Potential der Persönlichkeit, der Fähigkeiten und Talente der arbeitenden Menschen sich voll entfalten, im eigenen Arbeitsprozeß wie bei der Schaffung künstlerischer Werte, daß das Ganze ein gleichberechtigter Bestandteil der nationalen Kultur wird und sich Zusammenarbeit mit Berufskünstlern entwickelt, damit alle davon profitieren.

Die Einstellung der Behörden gegenüber unserer Union gefällt uns. Vor kurzem wurden beispielsweise vier Arbeiter, die sich bei uns engagieren, den Nationalen Rat für Kultur bei den Vorsitzenden des Ministerrates der Polen berufen — eines repräsentativen beratenden Organes, das über Kulturpolitik entscheidet."

Wozu braucht ein Arbeiter Chopin?

Die Bewegung, an deren Ursprung Michal Krajewski steht, hat sicher deswegen so schnell und so viel engagierte Mitglieder gewinnen und sich offizielle Unterstützung sichern können, weil sie sehr rechtzeitig dringende gesellschaftliche Anforderungen aufgegriffen hat. Ihren Niederschlag fanden sie z. a. im Kulturreport, der vom erwähnten Nationalen Rat vorgelegt wurde. Das war eine statistische Übersicht. Er war darauf gerichtet, kreative Kräfte des Volkes zu aktivieren und alles zu vereitigen, was der tatkräftigen Beteiligung verschiedener sozialer Gruppen, vor allem der Werktätigen, an der Entfaltung und Verbreitung der Kultur im Wege steht.

Spricht man vom künstlerischen Schaffen, so muß man sehen, daß Ausartungen der jüngsten Zeit in diesem Bereich gerade auf gewissen elitären Geist, landesmäßige hermetische Abgekapseltheit des eigentlichen berufsmäßigen Kunstschaffens und seiner Diener zurückzuführen sind. Viele von ihnen fühlen mit der Zeit ihre Wurzeln in der nationalen Volkskultur ein und orientieren sich vorwiegend auf kosmopolitische westliche Spielarten und Einflüsse oder aber gingen im "epischen" Raum der reinen formalen Kunst ein. Das war einer der Gründe für die Auflösung der Künstlerverbände, deren Führung eine antisozialistische Position bezog. Aber auf dem Höhepunkt der Disensituation fanden sich in der polnischen Literatur und Kunst gesunde Äste, wahre Künstler, die auf den richtigen parteilichen und volksverbundenen Standpunkten standen. Sie spielen die entscheidende Rolle bei der eidegeburt der Künstlerverbände der sozialistischen Grundlage.

Heute besteht das Hauptanliegen der Maßnahmen, die von Partei und Staat griffen werden, darin, die künstlerischen Prozesse im Lande auf breiter Front zu demokratisieren und ihr Klassengeschehen auszuloten und zu konsolidieren. Besonders augenfällig ist dies in Industrienzentren. In Lodz beispielsweise, wo enge Verbindungen zwischen der künstlerischen Intelligenz und der Arbeitersklasse reiche Traditionen haben, fand jülich ein landesweites Seminar über spektiven und Probleme der Entwicklung der Arbeiterkultur statt. Daraan teilten sich Wissenschaftler, Kunstschaffende und natürlich Arbeiterkollektive selbst. Es wurde beschlossen, dass Werkstattgespräche ständig in industriellen Ballungsgebieten (Katowice, Poznan, Gdansk) zu veranstalten. Vieles wird gegenwärtig geleistet, um kulturelle Aufklärungsarbeit in Arbeitskollektiven und in Wohngebieten deraufzunehmen und zu aktivieren. In diesem Geiste wurden den Volksräten den neuen Gewerkschaften und den

Organen der Arbeiterselbstverwaltung größere Rechte und Privilegien eingeräumt. Vor einigen Jahren wurden in Polen zwei erste Zentren der künstlerischen Erziehung der Kinder, vor allem der Kinder aus Arbeiterfamilien, gegründet. Kurz. Krajewski und seine Gesinnungsgenossen standen an der Spitze dieser Welle. Aber damals, am Anfang, lag das Garze noch in weiter Ferne: Der Weg zu den Sternen mußte dornig sein...

Sie haben damit begonnen, daß sie die ersten Aufführungen ihres "Gewöhnlichen Theaters" gleich in den Arbeiterkollektiven veranstalteten, dort, wo damals, aufgewühlt durch genau kalkulierte Hetze, gar nicht theatralische Leidenschaften bei Meetings, Protestkundgebungen, ja Streiks nur so brodelten. Die "Union der Arbeiter — Schöpfer der Kultur" attackierte die "Kulturträger" von der "Solidarnosc". Der Aufruf der Union lautete: Nicht Zerstörung, sondern Schaffen, nicht durch Arbeitsniederlegungen die Situation meistern, sondern durch Besinnung darauf, daß man zur Arbeiterklasse gehört, zu den Herren im Lande und zu den Schöpfern aller Güter und Werte. Bei manchen rief dies Verwunderung hervor, bei vielen Verständnis, bei wieder anderen wildes Zähneknirschen.

Ein Turnier "Wajda gegen Krajewski"

In eben dieser scharfen Situation traf der "Mann aus Marmor" zum ersten Mal mit dem "Interpreten" seines Schicksals zusammen. Andrzej Wajda wußte inzwischen, daß es einen lebenden Prototyp gibt. Wie konnte er das nicht wissen: Kurze Zeit davor stand in der "Tribuna Ludu" ein Interview mit Michal Krajewski, in dem er mit einer für einen Mann vom Bau typischen Offenheit den Filmautoren die Leviten las. Nicht nur in der Zeitung entflammte eine lebhafte Diskussion — darüber, daß der Arbeiter recht hat, sowie über das Recht eines Künstlers auf künstlerisches Ersinnen. Aber welches Ersinnen soll es denn sein? Und zu welchem Zweck?

Ob extra eingefädelt oder zufällig, aber eines Abends wurden vom Traktorenwerk "Ursus" bei Warschau (das ist einer der größten Betriebe Polens) zugleich Andrzej Wajda mit seinem "Mann aus Marmor" und Michal Krajewski mit seinem "Gewöhnlichen Theater" eingeladen. Wajda — von der örtlichen "Solidarnosc", Krajewski — von der Betriebsorganisation des Verbandes der Sozialistischen Polnischen Jugend.

Zuerst sah man sich den Streifen an, später spielten die Arbeiter von der Union ihr Stück und rezitierten Gedichte.

Anschließend wurde in einem Saal, der 2000 Menschen faßt, bis nach Mitternacht ein Meinungsstreit ausgetragen. Der Filmmacher beeilte sich zwar nicht, sich dem Publikum zu stellen,

mußte aber den dringlichen Bitten nachgeben. Krajewski und seine Kampfgefährten konnten hier, diesmal Wajda direkt, ihre Meinung darlegen: Ein Spielfilm, ja, wozu hat man aber die Wahrheit des Lebens derart entstellt — und gerade zu solch einer Zeit? Wajda berief sich darauf, daß er eine Gestalt eines Bestarbeiters habe schaffen wollen, der unter den Verhältnissen leiden müsse, die stärker seien als er. Was war da aber für ein seltsames Bewußtsein, wenn sich im Film das Gefühl "Herr im Haus zu sein" nur darin äußerte, daß da bei dem von den Filmautoren ersonnenen Obeltäter von der Staatsicherheit die Fenster eingeschlagen werden?

Die Kunst soll ja keine Kopie des Lebens sein. Ist aber das Schicksal Michal Krajewskis, falls es von den Autoren für ihren Film "geliehen" wurde, nicht auch für die heutigen Tage dramatisch genug gewesen, als daß man es zur vorsätzlichen und tendenziösen Schwarz-Weiß-Malerei mißbrauchen und den Mann zu einem Märtyrer und armen Schlucker stilisieren sollte?

Eine Resolution wurde an jenem Abend im Ursus-Werk natürlich nicht verabschiedet. Wer damals die Mehrheit bekommen hat, ist heute schwer zu sagen. Bekannt ist jedenfalls, daß Andrzej Wajda es seitdem vermied, sich nochmals im Betrieb sehen zu lassen. Das Arbeitertheater Michal Krajewskis ist hier aber zu einem ständigen und gern gesehenen Gast geworden. Viele Premieren haben ihre Probe auf Lebenswahrheit im unruhigen, aber immer offenen Arbeiterauditorium der Traktorenbauer bestanden.

Vor kurzem rief ich Michal Krajewski in Warschau an: Was gibt's Neues, wie entwickelt sich die Bewegung? Unter sonstigen Nachrichten berichtete mir der Unionsvorsitzende mit besonderem Elan von der Gründung einer Sektion der Kultur der Arbeit. Sie vereine neben Arbeitern Wissenschaftler und Ingenieure. Das ist eines der konstruktivistischen Vorhaben. Von der Union wurden Partnerschaftskollektive initiiert. Sie wären — unter Rücksicht auf gewisse Besonderheiten, die von den Verhältnissen in Polen bedingt sind — mit dem System der Kollektivaufträge in der UdSSR zu vergleichen. Einem der Verfechter dieser Initiative, Rudolf Paciok, aus dem Warschauer Computerinstandhaltungsbetrieb wurde der Hauptpreis des jährlichen Wettbewerbes der "Tribuna Ludu" für den wichtigsten Beitrag zur Vervollkommnung der Arbeitskultur verliehen.

In der Sowjetunion werden die freundschaftlichen Bände zwischen Kunstschaftern und arbeitenden Menschen traditionell als Bund der Kunst und der Arbeit bezeichnet. Ich weiß nicht, ob die "Union der Arbeiter — Schöpfer der Kultur" ein ähnliches Motto auf ihre Fahnen schreibt, doch ich glaube, es wäre dort nicht fehl am Platz. Warschau-Moskau

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ihr spreicht jetzt viel von Euren Plänen einer Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung. Doch ich bin überzeugt, daß, solange Ihr keine Konkurrenz bei Euch einführt, daraus nichts werden wird. Die Konkurrenz ist, wie schon seit langem bewiesen, der wichtigste Motor des wirtschaftlichen Fortschritts. Warum sie fürchten?

Georges BLOCH
Lyon, Frankreich



Es diskutiert
der Kommentator
der Presseagentur "Nowosti"
Wladimir GUREWITSCH

Zunächst ein kurzer geschichtlicher Exkurs, Herr Bloch. Dem Sozialismus wurde eine Geringsschätzung der Konkurrenz bereits vorgeworfen, als der Sowjetstaat gerade erst entstanden war. W. I. Lenin schrieb aus diesem Anlaß, daß der Sozialismus keineswegs gegen den Wettbewerb ist, sondern gegen die kapitalistische Konkurrenz. Gerade im Sozialismus, prophezeite er, besteht die Möglichkeit, "den Wettbewerb nicht in seinen tierischen, sondern menschlichen Formen zu organisieren". Und um mit Ihnen eine gemeinsame Sprache zu finden, wollen wir konkretisieren: Der Kapitalismus hat die Konkurrenz hervorgebracht, die auch wirklich seine Entwicklung stimuliert. Der Sozialismus hat den Wettbewerb organisiert — den wichtigsten Faktor der Entwicklung der Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete.

Ich weiß nicht, ob Sie den Namen Stachanow kennen. Für uns ist er verbunden mit der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs Mitte der 30er Jahre, als die Arbeiter in Fabriken und Schächten um Produktionsrekorde kämpften, wobei sie nicht nur miteinander wetteiferten, sondern auch gegen den höchsten Weltstand der Produktivität antraten, wie das der Bergmann Stachanow tat.

Die Stachanow-Bewegung wurde bei uns von den Werktätigen anderer

Wirtschaftszweige aufgegriffen. Über diese Bewegung wurden in jenen Jahren in Frankreich, Italien und der Schweiz Artikel, Broschüren und Bücher verfaßt. Und die westlichen Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen mußten damals eingestehen, daß in kapitalistischen Betrieben eine solche Erscheinung undenkbar ist — werden die Arbeiter ja bei der Normüberbietung um der Unternehmerprofiite willen nicht so enthusiastisch wetteifern. Dafür, schrieb Romain Rolland, muß der Arbeiter der Herr der Produktion und sich dessen bewußt sein.

Viele Jahre sind seitdem vergangen. Die UdSSR hat große Fortschritte gemacht. Heute haben wir natürlich eine ganz andere wirtschaftliche Situation, anders wurden auch die Formen des sozialistischen Wettbewerbs. Früher galten unsere Sorgen vor allem der Quantität. Mehr Stahl, mehr Werkzeugmaschinen und Schuhe... Jetzt — und das in nicht gerinem Maße dank dem Wettbewerb — erzeugen wir mehr Stahl, Schuhe und Werkzeugmaschinen als alle anderen Länder der Erde. Doch nicht immer sind diese Erzeugnisse besser als z. B. in Frankreich. Der Wirtschaft stellt sich eine neue Aufgabe: Die Erzeugnisse müssen von hoher Qualität und schnell erneuerbar sein. Die Bedingungen soll nicht der Produzent diktieren, sondern der Verbraucher mit seinen vielfältigen Ansprüchen und unaufhaltsam wachsenden Bedürfnissen. Der sozialistische Wettbewerb ist dafür ein effektives Instrument.

Anders als bei der Konkurrenz in der bürgerlichen Gesellschaft — und das ist offenbar das Wesen der Antwort auf Ihre Frage, Herr Bloch — war es nie und wird es nie Ziel des Wettbewerbs im Sozialismus sein, den Konkurrenten mit allen Mitteln bankrott zu machen. Obgleich auch bei uns die Verlierer jetzt deutlicher ihren Rückstand werden spüren müssen — so bei der Höhe der Löhne

oder, wenn es um den Betrieb insgesamt geht, bei den betrieblichen Sozialleistungen (z. B. Wohnungsbau). Überdies können im Prinzip auch bei uns einzelne Betriebe mit geringer Effektivität, die den Bedürfnissen des Landes nicht gerecht werden, geschlossen werden. Doch erstens führt das nicht zur Arbeitslosigkeit wie im Westen. Das Recht auf Arbeit ist bei uns garantiert, und jeder Werktätige findet für sich eine geeignete Beschäftigung. Vor allem aber hat das nichts gemein mit Massenbankrott.

Bekanntlich ist die Konkurrenz im Westen untrennbar verbunden mit z. B. Industriespionage. Die Firmen erlauben sich sogar ökonomische Anschläge auf Konkurrenten. Zumindest aber halten sie technische Neuentwicklungen, Angaben über die Unkosten, ja sogar über das System der Entlohnung voreinander geheim. Für den Sozialismus ist der Begriff des "Firmengeheimnisses" absurd — wollen wir ja, daß die Arbeitskollektive aktiver die Erfahrungen des anderen übernehmen.

Und ein weiterer prinzipieller Aspekt. Die kapitalistische Konkurrenz führt meist zur unproduktiven Herausgabe der Ressourcen. Warum? Weil für den Kapitalisten nur die Profitnorm von Bedeutung ist. Und das, während seine Investitionen für die Gesellschaft absolut überflüssig sein können.

Natürlich wissen wir, Herr Bloch, daß die kapitalistische Konkurrenz ein starker Stimulus des technischen Fortschritts ist. Und wenn wir nicht zu einem solchen Stimulus greifen, dann keineswegs, weil wir angeblich konservativ sind. Im Gegenteil, sind wir uns genug bewußt, daß die Nutzung eines Mechanismus, der nach der Regel "Alle gegen alle" funktioniert, kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt wäre, zum Schaden dessen, wofür die sozialistischen Umgestaltungen verwirklicht wurden.

Dabei verzichten wir keineswegs auf das Prinzip des Wettbewerbs und setzen ihn immer aktiver ein, wir suchen und finden solche seiner Formen, die unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effektivität entsprechen.

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawa"

SOVIET DANUBE SHIPPING COMPANY

**FRACHT-
VERSCHIFFUNG
IM HAFEN
UST-DUNAISK
MIT MODERNSTER
TECHNIK**

Achtung Fracht- und Schiffseigner!
Neue Greifer-Schwimmkräne,
die einzigen in der Region,
stehen zu Ihrer Verfügung.

Moderne Schwimmkräfte garantieren
den Umschlag von Stück- und
Massengut im Hafen von Seeschiffen
bis zu 50 000 t Tragfähigkeit
und bis zu 12 m Tiefgang auf
Flusschiffe und umgekehrt nach der
„von Bord zu Bord“-Methode.

board board

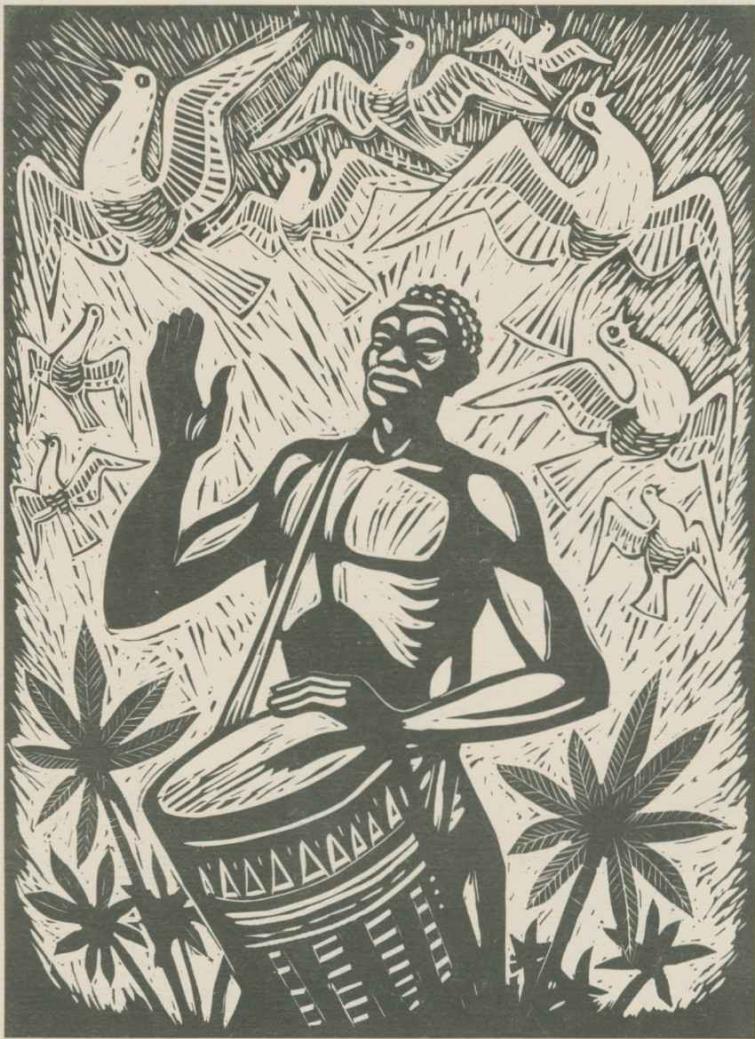
**WIR HELFEN IHNEN
DAS WICHTIGSTE ZU SPAREN - ZEIT!**

Maximale technische
Umschlagleistung jedes
Schwimmkrans
für Erz: 1000 t/h
für Getreide und Kohle: 350 t/h
für Stückgut: 25 t/36 m
und 50 t/20 m



Zusätzliche Informationen
erhalten Sie bei der
**SOWJETISCHEN
DONAU-REEDEREI**
UdSSR, 272630, Ismail, Suworowstr. 2
Telegrammadresse: Ismail Morlot
Telex: 232817, 412699.

14159 33 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525
FACH 65



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHEN-
WETTBEWERB

„JAHR
DES FRIEDENS“

Stich „Afrika erwacht“

Von Otakar
STEMBERA
(CSSR)

